
MASTER OF SCIENCE ARBEIT

Frau M.A., B.A.
ELENA DANIELA SARAU

DIE AKTUELLEN WIRTSCHAFTS- KRIEGE DER EU

Mittweida, 2015

Fakultät WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

MASTER OF SCIENCE ARBEIT

DIE AKTUELLEN WIRTSCHAFTS- KRIEGE DER EU

Autor:

Frau M.A., B.A.

ELENA DANIELA SARAU

Studiengang:

INDUSTRIAL MANAGEMENT

Seminargruppe:

UNTERNEHMENSFÜHRUNG/ACCOUNTING

Erstprüfer:

Prof., Dr. rer. oec. JOHANNES N. STELLING

Zweitprüfer:

Prof., Dr. rer. pol. ANDREAS HOLLIDT

Einreichung:

Mittweida, 02.Dezember.2015

Verteidigung/Bewertung:

WIENER NEUSTADT, 2015

MASTER OF SCIENCE THESIS

THE EU'S CURRENT ECONOMIC WARS

author:

Ms. M.A., B.A.

ELENA DANIELA SARAU

course of studies:

INDUSTRIAL MANAGEMENT

seminar group:

BUSINESS MANAGEMENT/ACCOUNTING

first examiner:

Prof., Dr. rer. oec. JOHANNES N STELLING

second examiner:

Prof., Dr. rer. pol. ANDREAS HOLLIDT

submission:

Mittweida, 02.December.2015

defence/ evaluation:

WIENER NEUSTADT, 2015

Bibliografische Beschreibung:

SARAU, ELENA DANIELA:

DIE AKTUELLEN WIRTSCHAFTSKRIEGE DER EU. – 2015. - 13 S., 97 S., 1. S.

Mittweida, Hochschule Mittweida, Fakultät WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN, MASTER OF SCIENCE ARBEIT, 2015

Referat:

Diese Arbeit beschäftigt sich mit dem Beziehungsgeflecht zweier Teilsysteme, Ökonomie und Militär, indem sie die Begriffe des Krieges, der Kriegswirtschaft und des Wirtschaftskrieges analysiert. Dabei werden die wirtschaftlichen Folgen der aktuellen von der EU auferlegten Sanktionen gegen Russland, die Islamische Republik Iran und die Demokratische Volksrepublik Korea untersucht und auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die EU selbst diskutiert, um auf dieser Basis allgemein gültige Aussagen formulieren.

Inhalt

Inhalt	I
Abbildungsverzeichnis	III
1 EINLEITUNG: ÖKONOMIE ALS ABBILDUNG DES KRIEGES	1
2 KRIEG	3
2.1 Definition des Krieges	3
2.2 Kriegstheorien	4
2.2.1 Intrakultureller Krieg	4
2.2.2 Krieg als Erfindungs-, Entdeckungs- und Wirtschaftstreiber	5
2.2.3 Interkulturelle Kriege	6
2.2.4 Geopolitische Kriegstheorien	7
2.2.5 Ökonomische Kriegstheorien	8
3 KRIEGSWIRTSCHAFT	10
4 WIRTSCHAFTSKRIEG	12
4.1 Wirtschaftskrieg im weiteren Sinne	15
4.1.1 Blockade	15
4.1.2 Guthabensperre	16
4.1.3 Strategische Bombardements	17
4.1.4 Pre-emptive Buying (vorsorgliche Rohstoffeinkäufe)	18
4.2 Wirtschaftskrieg im engeren Sinne	19
4.2.1 Wirtschaftssanktionen	19
4.2.1.1 Benachteiligung (Wirtschaftsdiskriminierung)	21
4.2.1.2 Embargo	23
4.2.1.3 Bevorzugung (Protektionismus)	28
4.2.2 Diplomatische Sanktionen	30
5 METHODEN DES VERBORGENEN WIRTSCHAFTSKRIEGES	32
5.1 Credit Default Swaps als finanzielle Massenvernichtungswaffen	32
5.2 Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage	36
5.2.1 Competitive Intelligence (CI)	37
5.2.2 Wirtschaftsspionage	39
5.2.2.1 Ecole de Guerre Économique	42
5.2.2.2 Private Intelligence Structures (PIS)	45
6 DIE AKTUELLEN WIRTSCHAFTSKRIEGE DER EU	47
6.1 EU-Sanktionen gegen RUSSLAND	49
6.1.1 Politische Entwicklung	49
6.1.2 Ökonomische Auswirkungen der Sanktionen	54

6.2 EU-Sanktionen gegen den IRAN.....	63
6.2.1 Politische Entwicklung	63
6.2.2 Ökonomische Auswirkungen der Sanktionen.....	70
6.3 EU-Sanktionen gegen NORD-KOREA	77
6.3.1 Politische Entwicklung	77
6.3.2 Ökonomische Auswirkungen der Sanktionen.....	79
7 FAZIT	84
Literaturverzeichnis	98
Selbstständigkeitserklärung.....	108

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Die wechselseitige Beziehung Krieg – Wirtschaftskrieg.....	13
Abbildung 2:	Wirtschaftskrieg.....	14
Abbildung 3:	Vier-Typen-Modell der Diskriminierung.....	22
Abbildung 4:	Wirksamkeit und Intensität der Wirtschaftskriegsmaßnahmen.....	28
Abbildung 5:	Handelskrieg	29
Abbildung 6:	Credit Default Swaps.....	33
Abbildung 7:	Credit Default Swap als finanzielle Massenvernichtungswaffe.....	35
Abbildung 8:	Intelligence Cycle	38
Abbildung 9:	Abgrenzung Competitive Intelligence, Konkurrenzausspähung, Wirtschaftsspionage	41
Abbildung 10:	Konflikteskalationsstufen nach Glasl	47
Abbildung 11:	Exporte nach Russland nach Beginn der Sanktionen im Q4/2014 und Q1/2015	57
Abbildung 12:	Gefährdete Arbeitsplätze in Europa und die Schweiz bei unmittelbaren und anhaltenden Sanktionen.....	58
Abbildung 13:	Gefährdete Arbeitsplätze nach Branchen in Europa	59
Abbildung 14:	Rückgang der Wertschöpfung nach Branchen.....	60
Abbildung 15:	Importe/Exporte der EU vor/nach dem Beginn der Russland-Sanktionen, in Mill. €.....	61
Abbildung 16:	Exporte/Importe der EU vor/nach der Einführung der Sanktionen gegen den Iran im Zeitraum 2011–2014, in Mill. €.....	72
Abbildung 17:	EU-Importe aus dem Iran nach Branchen im Zeitraum 2011–2014, in Mill. €.....	73
Abbildung 18:	EU-Exporte in den Iran nach Branchen im Zeitraum 2011–2014, in Mill. € 74	
Abbildung 19:	Deutsche Exporte/Importe in den/aus dem Iran im Zeitraum 2011–2014, in Mill. €.....	75
Abbildung 20:	Exporte/Importe der EU vor/nach Beginn der Sanktionen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea im Zeitraum 2006–2014, in Mill. €.....	80
Abbildung 21:	EU-Exporte nach Nord-Korea nach Branchen im Zeitraum 2011–2014, in Mio. €.....	82
Abbildung 22:	EU-Importe aus Nord-Korea nach Branchen im Zeitraum 2011–2014, in Mill. €.....	83

1 EINLEITUNG: ÖKONOMIE ALS ABBILDUNG DES KRIEGES

Die Gesellschaft als Ganze besteht aus Teilsystemen wie Politik, Wissenschaft, Ökonomie, Militär oder Religion, die in enger Symbiose existieren und dadurch eine hohe gesellschaftliche Dynamik ermöglichen.

Aus dem Gesichtspunkt dieser Interdependenzen heraus sieht F. Kernic „die moderne Ökonomie als Wissenschaft [...] als ein Kind der militärischen Gewalt [an]. Die gesamte Begrifflichkeit, der [sic] sie sich bedient, die gesamte Wissenschaftskonzeption, auf die sie [die Ökonomie; Anmerkung d. Verf.] aufbaut, ist eine Spiegelung des Militärs. Die strategische Analyse [...] repräsentiert die traditionellen Kriegsspiele des Militärs, wobei beide auf denselben Kriterien aufbauen (Kosten-Nutzen-Kalkulation, Perzeption der Stärke, Offensive, Defensive, Zweckrationalität etc.).“¹

Die zentralen Themen der modernen Wirtschaft zeigen, dass in ihr militärisches Denken übernommen wurde und zur Basis ökonomischer Ansätze und Wirklichkeitsperzeption geworden ist. So ist der Konkurrent als der Gegner zu betrachten, der im Wettstreit um Vorherrschaft zu besiegen ist, um damit das eigene ökonomische Überleben zu sichern. Militärisch-strategische Begriffe wie „Zielerreichung“, „Entscheidungsprozesse“ oder „Durchsetzung“ sind dabei selbstverständlich. Das rational abwägende Handlungsprinzip des Militärs kongruiert mit der ökonomischen Zweckrationalität.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, den Begriff des Wirtschaftskrieges in seinem Verhältnis zu den Begriffen der Wirtschaft und des Krieges systematisch zu umreißen und auf dieser Grundlage in einem empirischen Teil Maßnahmen der EU darauf zu untersuchen, ob sie dem Wirtschaftskrieg zugerechnet werden können, wie effektiv sie der Wahrung der Interessen der EU dienen und in welchem Verhältnis sie zu potentiellen gewalttätigen Auseinandersetzungen stehen, d. h., ob die Sanktionen einem militärischen Konflikt eher entgegenwirken oder einen solchen eher herbeiführen. Des Weiteren wird auch bezweckt, in Erfahrung zu bringen, ob der Wirtschaftskrieg per se als Teil des Krieges zu betrachten ist.

Da das Thema Wirtschaftskrieg sehr umfangreich ist und eine eingehende Untersuchung dieses Gebietes den Rahmen dieser Arbeit überschreiten würde, wurden nur die hoheitlichen Maßnahmen der EU in Form der Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die Islamische Republik Iran und die Demokratische Volksrepublik Korea, Länder, die im Zentrum international weitreichender Konflikte stehen, untersucht.

Die Arbeit gliedert sich in sechs Kapitel:

¹ Kernic Franz: Sozialwissenschaften und Militär, Deutscher Universitätsverlag GmbH, Wiesbaden 2001, S. 61.

Ist für Kernic „die Ökonomie als moderne Wissenschaft [eine, Anmerkung d. Verf.] Abbildung des Krieges außerhalb des eigentlichen Bereichs militärischer Gewalt“², setzt eine wissenschaftliche Diskussion mit dieser Aussage eine definitorische Abgrenzung des Begriffes „Krieg“ voraus. Diese Abgrenzung erfolgt in Kapitel zwei. Zudem werden in Kapitel zwei die Begriffe Krieg, Kriegswirtschaft und Wirtschaftskrieg definiert, wobei ihre wichtigsten Merkmale aufgezeigt werden. Darüber hinaus werden die wichtigsten Kriegstheorien dargestellt, um eine grobe Übersicht über den komplexen Themenbereich zu erlangen.

Die Abgrenzung der Begriffe Krieg und Kriegswirtschaft in Kapitel drei zeigt die wechselseitige Beziehung der beiden Bereiche und die jeweiligen Implikationen auf, die sich daraus ergeben.

Die Untersuchung des Wirtschaftskrieges in Kapitel vier soll klären, welche Maßnahmen von wem und wann eingesetzt werden.

Analog zu der Definition des Wirtschaftskrieges wird die Wirtschaft als ein Schlachtfeld betrachtet, auf dem sowohl Unternehmen als auch einzelne Staaten einen Krieg gegeneinander führen. Wie im militärischen Krieg wird auch hier Wert auf „die beste Vorbereitung, die schnellsten Bewegungen, der Vorstoß auf feindliches Terrain, gute Verbündete, der Wille zum Sieg“³ gelegt. Diese Ziele sollen jedoch nunmehr mit Hilfe der verdeckt geführten Wirtschaftskriege erreicht werden. Im Kapitel 5 werden einige Strategien und Methoden sowie auch Organisationen beschrieben, die im Rahmen des verdeckten Wirtschaftskrieges eingesetzt werden bzw. dessen Führung unterstützen.

Kapitel 6 beschäftigt sich mit den EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die Islamische Republik Iran sowie die Demokratische Volksrepublik Korea. Dabei werden sowohl die Hintergründe, die zu diesen Maßnahmen geführt haben, als auch ihre Folgen für die EU selbst und ihre Effektivität untersucht.

Abschließend werden in Kapitel sieben sowohl die Ergebnisse der literaturbasierten theoretischen Erörterungen zusammengefasst und zum Teil zu für den weiteren Fortgang der Arbeit notwendigen Definitionen verdichtet als auch die Forschungsergebnisse bezüglich der EU-Wirtschaftssanktionen gegen die erwähnten Ländern präsentiert, um auf dieser Basis generalisierende Aussagen zu formulieren.

² Kernic Franz: Sozialwissenschaften und Militär, Deutscher Universitätsverlag GmbH, Wiesbaden 2001, S. 61.

³ Gelbrich Katja, Müller Stefan: Handbuch Internationales Management, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2011, S. 1569

2 KRIEG

2.1 Definition des Krieges

Der Krieg hat schon immer eine wichtige Rolle in der gesellschaftlichen Entwicklung gespielt und dessen „Kunst ist von größter Wichtigkeit für den Staat.“⁴

Obwohl der Krieg die Menschheitsgeschichte geprägt hat, ist festzustellen, dass es „eine allgemein anerkannte Definition des Kriegsbegriffs nicht [gibt, Anmerkung d. Verf.]. Wissenschaftliche Versuche einer Begriffsbestimmung orientieren sich in aller Regel an drei Kriterien: an den beteiligten Parteien, an den von ihnen verwendeten Mitteln und an dem von ihnen verfolgten Zweck. Ein solcher ist die folgende Umschreibung des Krieges: Krieg ist das Bemühen menschlicher Kollektive (Staaten, staatsähnliche Machtgebilde oder soziale Großgruppen), machtpolitische, wirtschaftliche oder ideologische Ziele mit den Mitteln organisierter bewaffneter Gewalt durchzusetzen.“⁵

Für Clausewitz ist der Krieg ein politisches Instrument, eine Fortsetzung sowohl des politischen Agierens zur Erreichung der politischen Zwecke. Er beschreibt den Krieg als „erweiterter Zweikampf“ und „Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“⁶, und identifiziert dabei drei Komponenten, die diesen ausmachen: das Ziel (die Unterwerfung des Gegners), das Mittel (physische Gewalt) und der politische Zweck (dem Gegner einen fremden Willen aufzuzwingen). „Die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg ist das Mittel, und niemals kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden.“⁷

Wie bereits erwähnt, es ist schwierig, den Begriff „Krieg“ zu erfassen, da die Komplexität dieses Begriffes viele Implikationen mit sich bringt und seine Wahrnehmung zudem von den jeweiligen Perspektiven abhängig ist, aus denen er betrachtet wird. Die meisten bisherigen Versuche, diesen Begriff zu erklären, sind deutlich von der Epoche geprägt, aus der sie stammen.

Hedley Bull bezeichnet den Krieg als „*organized violence carried on by political units against each other*“ (Bull, 1977, S. 184). „Diese Definition lässt den der Clausewitz-Konzeption innewohnenden Bezug zum Staat aus und ermöglicht so, auch innerstaatliche Kriege (mit oder ohne Staatsbeteiligung) oder solche zwischen nicht staatlich verfassten Gemeinschaften und

⁴ Sun Tzu, Peyn Gitta: Die Kunst des Krieges; RaBaKa Publishing, Neuenkirchen, 2007, S.12.

⁵ Johannsen, Margret: Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 5/1995, Hamburg, <http://ifsh.de/pdf/publikationen/pi/PI5.htm>, 05.10.2015.

⁶ Clausewitz, von Claus : Vom Kriege; Nikol Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 7. Auflage, Hamburg, 2014, S.2.

⁷ Clausewitz, von Claus : Vom Kriege; Nikol Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 7. Auflage, Hamburg, 2014, S.47.

einer externen Staatsmacht als veritable Kriege anzusehen; jedenfalls soweit political units nicht ausschließlich als Staaten verstanden werden, sondern auch als organisierte Guerilla-verbände, Milizen oder ähnliche politische Organisationen, die in der Lage sind, kollektive Gewalt auszuüben.”⁸

Basierend auf Bulls Erkenntnissen schlussfolgern Stadelmaier, Schweers und Scholze, dass in seiner modernen Definition der Krieg nichts anderes als organisierte Gewalt sei.

In dem Buch „Leben mit dem Krieg“ beschreibt Nordstrom den Krieg als „politische[n] Prozess“, der dazu eingesetzt wird, „spezifische politische Ziele“ zu erreichen.⁹

Jäger und Beckmann beschreiben den Krieg als gesellschaftlich konstruierten Raum, „der unter anderem dadurch bestimmt wird, dass in ihm spezielle Rechtsvorstellungen wirksam werden. Jeder Krieg hatte für alle Kriegsparteien auf der herrscherlichen, kollektiven und individuellen Ebene ökonomische Aspekte, kein Krieg wurde allein durch diesen Faktor definiert. In diesem Sinne war jeder Krieg ein Wirtschaftskrieg und keiner ausschließlich ein Wirtschaftskrieg. Krieg und Wirtschaft [...] [sind, Anmerkung d. Verf.] eng miteinander verwoben. Diese Wechselbeziehung lässt sich mit dem Schlagwort ‚Wirtschaftskrieg‘ nur bedingt abbilden.“¹⁰ Diese Arbeit schließt sich dieser Definition an, da sie der für diese Arbeit heuristisch vorausgesetzten Interdependenz von Krieg und Ökonomie in hohem Maße Rechnung trägt.

2.2 Kriegstheorien

Je nachdem, ob der Krieg ideologische, politische oder wirtschaftliche Zwecke verfolgt, lassen sich mehrere Kriegstheorien unterscheiden. So haben sowohl die kulturellen als auch die biologischen, psychologischen, politischen und geopolitischen und nicht zuletzt die rationalistischen sowie ökonomischen Aspekte des Krieges dazu geführt, dass im Laufe der Zeit unterschiedliche Kriegstheorien entwickelt wurden, von denen ein Teil hier kurz angesprochen wird.

2.2.1 Intrakultureller Krieg

Das westliche Rechtssystem Europas war im Mittelalter von dem Kirchenrecht geprägt, in dem keine klare Abgrenzung zwischen dem kanonischen und weltlichen Recht bestand.

⁸ Stadelmaier Frank, Schweers Philipp, Scholze Markus: Krieg. Eine Neudefinition; Books on Demand GmbH, Norderstedt, 2013, S.11.

⁹ Vgl. Nordstrom Carolyn: Leben mit dem Krieg; Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main, 2005, S. 187.

¹⁰ Jäger Thomas, Beckmann Rasmus: Handbuch Kriegstheorien; Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien GmbH, 1.Auflage, 2011, S.333.

Die Investitur hatte durch die Einführung des säkularen Rechtssystems, in dem der Kaiser als Quelle eines „*ius publicum europaeum* (lat.: europäisches öffentliches Recht)“ anzusehen war und seine Legitimität durch den Papst, Gottes rechtmäßigen Vertreter auf der Erde, bestätigt bekam, dazu geführt, dass System des Kirchenrechts an Verbindlichkeit verlor.

Ein bedeutender Schritt in der westlichen Kultur stellte die Entwicklung des See- bzw. des Kriegerrechts dar, welches das säkulare Rechtssystem abgelöst hat. Dadurch war erlaubt, Krieg gegen Feinde aus eigener Kultur zu führen, ohne sich rechtfertigen zu müssen. Diese Entstehung des intrakulturellen Krieges führte letztendlich dazu, dass der Krieg zum Normalfall wurde.

„Intrakulturelle Kriege finden zwischen zwei Kulturen oder Subkulturen eines gemeinsamen Kulturraumes statt, deren kriegerische Konventionen und Rituale nicht in Frage gestellt werden, so dass Konfliktbegrenzung und damit die Rückkehr zum Frieden auf der Basis wechselseitiger Anerkennung möglich ist und angestrebt wird.“¹¹

Es ist interessant zu beobachten, wie „die westliche Kultur [...] während des 14. Jahrhunderts zwei Eigenschaften [entwickelte], die all ihren Unterkulturen gemeinsam sind: (1) Erschließung der nichteuropäischen Kontinente und (2) intrakultureller Krieg. Dabei ging die gemeinsame Erschließung der Kontinente unter der Bedingung der intrakulturellen Konkurrenz vonstatten.“¹²

Die letzten beiden Weltkriege einschließlich des Kalten Krieges haben die Fortsetzung dieser Kriegerart dargestellt, die mit dem Fall der Eisernen Vorgangs beendet wurde. Allerdings lassen die letzten politischen Entwicklungen darauf schließen, dass die Welt am Beginn einer neuen Ära des intrakulturellen Krieges steht.

2.2.2 Krieg als Erfindungs-, Entdeckungs- und Wirtschaftstreiber

„Nach den Kreuzzügen hatte der [westliche] militärische *common sense* gelernt, dass Kriege eine optimierte Logistik brauchen und dass intrakulturelle Kriege im fernen Heiligen Land logistische Albträume sind.“¹³ Dieser Lernprozess hat nicht nur zur Förderung technologischer Erfindungen und zur Verbesserung des Kriegswesens geführt, sondern auch die Entdeckung bis dahin unbekannter Gebiete durch westliche Gesellschaften bewirkt. Die Karto-

¹¹ Externbrink Seven: Der siebenjährige Krieg (1756-1763); Akademie Verlag GmbH, Berlin, 2011, S. 280.

¹² Jäger Thomas, Beckmann Rasmus: Handbuch Kriegstheorien; Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien GmbH, 1.Auflage, 2011, S.19.

¹³ Jäger Thomas, Beckmann Rasmus: Handbuch Kriegstheorien; Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien GmbH, 1.Auflage, 2011, S.21.

grafie dieser Gebiete war ein streng gehütetes Staatsgeheimnis, dessen Verrat die Todesstrafe zur Folge hatte.¹⁴

Die Entdeckung neuer Seerouten stellte einen Meilenstein des wirtschaftlichen Treibens der westlichen Gesellschaft dar.

„Die Portugiesen erfanden den Schiffstyp ‚Caravelle‘, ein Schiff, [das, Anmerkung d. Verf.] in der Anfangszeit etwa 20-30 Meter lang [war, und Anmerkung d. Verf.] mit einem Hauptmast und einem Besanmast [versehen war, Anmerkung d. Verf.]. [...] Die Caravelle war das erste Schiff dieser Größe, das hart am Wind segeln konnte.“¹⁵ Diese Innovation war von entscheidender Bedeutung für die Seefahrt und damit für Entdeckung und Handel, also für die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft.

Somit hat die Erfindung neuer Kriegstechnologien nicht nur große Veränderungen in der Kriegsführung gebracht, sondern auch die zivile Bevölkerung konnte von ihr profitieren. Diese Entwicklung ist schon seit der Spätsteinzeit bekannt – die Erfindung der Steinklingen kann hier als Beispiel dienen – und zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte. Die militärischen Erfindungen des letzten Jahrhunderts und der letzten Generationen, wie die Erfindung des Computers, des Transistors oder auch des Advanced Research Projects Agency Networks (ARPANET), das ursprünglich von der amerikanischen Armee für ihre Kommandoraketen genutzt wurde und der Vorläufer des Internets ist, haben Einfluss auf die globale Menschheitsgeschichte genommen.

2.2.3 Interkulturelle Kriege

„Interkulturelle Kriege [...] werden zwischen Gegner mit unterschiedlichen und nicht wechselseitig akzeptierten kulturellen Formen der Kriegsführung geführt [...]. [Sie, Anmerkung d. Verf.] finden in der Regel an den kulturellen Grenzräumen von Gesellschaften statt und lassen sich bei Auseinandersetzungen im Rahmen der europäischen Expansion beobachten.“¹⁶

Diese Kriegsart impliziert, dass die Feinde sich außerhalb des Kriegsrechtes bewegen und in dem Fall, dass sie in Gefangenschaft geraten, nicht dem Kriegsrecht entsprechend behandelt werden. Sie sind de facto Rechtlose ohne jeglichen Anspruch, als Kriegsgefangene anerkannt zu werden. Die aktuelle Situation im Gefangenenlager der USA in Guantanamo ist ein Beispiel für eine solche Folge des interkulturellen Krieges.

¹⁴ Vgl. Jäger Thomas, Beckmann Rasmus: Handbuch Kriegstheorien; Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien GmbH, 1.Auflage, 2011, S.16.

¹⁵ Jäger Thomas, Beckmann Rasmus: Handbuch Kriegstheorien; Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien GmbH, 1.Auflage, 2011, S.19.

¹⁶ Externbrink Seven: Der siebenjährige Krieg (1756-1763); Akademie Verlag GmbH, Berlin, 2011, S. 280.

Die beteiligten Parteien eines „interkulturellen Krieges operieren in strategischen Räumen, die nicht kompatibel sind. Strategische Räume sind Räume, in denen Terraingewinne und Terrainverluste kriegsentscheidend sind.“¹⁷

Während die westlichen Beteiligten im Rahmen der klassischen strategischen Räume (Land, Wasseroberfläche, Unterwasserraum, Luft und Cybersphäre) agieren, fokussiert sich die Strategie des Gegners nur zum Teil darauf. 50 % des Zerstörungspotentials werden allerdings in einem sogenannten „Theatre of war, das sich zusammensetzt aus urbanen Räumen und aus den transzendentalen Räumen, zu denen nur Martyrerkrieger Zugang haben“¹⁸, eingesetzt. Da es aus westlicher Sicht kein strategisches Konzept für diese Kriegszeit geben kann, ist anzunehmen, dass ein interkultureller Krieg nicht religionsunabhängig stattfinden kann. Denn die Religion ist nicht nur ein strategischer Raum, sondern stellt als einziger einen transzendentalen strategischen Raum dar. Damit kennzeichnet sie die Hauptdifferenzierung der beteiligten Parteien und trägt entscheidend dazu bei, ob ein Krieg gewonnen oder verloren wird.

2.2.4 Geopolitische Kriegstheorien

Die Verknappung der weltweiten Ressourcen, wie Erdöl, Rohstoffvorkommen oder Wasser, führt dazu, dass immer mehr Kriege um Ressourcen geführt werden.

Laut Voigt lassen sich im Zeitraum vom Wiener Kongress (1815) bis heute fünf Phasen der geopolitischen Ordnung identifizieren:

1815–1875: die geopolitische Hegemonialordnung durch das britische Empire,

1875–1945: die zwischenstaatliche Auseinandersetzung in der Phase des Imperialismus,

1945–1990: die bipolare Ordnung des Kalten Krieges,

1990–2002: transnationaler Liberalismus, ökopolitischer Kollaps, Kampf der Kulturen,

seit 2002: der Kampf der USA um die globale geopolitische Hegemonie.¹⁹

Die Analyse dieses Zeitraums zeige, dass ein ständiger Kampf um die geopolitische Vorherrschaft stattgefunden hat und, obwohl das Zeitalter der Globalisierung schon längst erreicht ist, führende Nationen weiterhin versuchen ihre Vorherrschaft auszudehnen und zu stabilisieren. Dadurch entstehen immer wieder internationale politische Interessengegensät-

¹⁷ Jäger Thomas, Beckmann Rasmus: Handbuch Kriegstheorien; Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien GmbH, 1.Auflage, 2011, S.23.

¹⁸ Jäger Thomas, Beckmann Rasmus: Handbuch Kriegstheorien; Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien GmbH, 1.Auflage, 2011, S.23.

¹⁹ Albert/Reuber/Wolkersdorfer 2003, S. 514 in Voigt Rüdiger: Weltordnungspolitik, Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlag GmbH, 1. Auflage, Wiesenbaden, 2005, S. 90.

ze, die nicht selten in offene Konflikte münden. Die meisten geopolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre im europäischen Raum wurden nur als offene Konflikte, aber nicht als Kriege ausgetragen – abgesehen von dem Krieg im Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens.

Trotz der gegenwärtigen Eskalation des Konfliktes zwischen der EU und den USA auf der einen und Russland auf der anderen Seite dürften die weichen und die harten geopolitischen Auseinandersetzungen, also Interessengegensätze und offene Konflikte, zwischen diesen Mächten nicht zu einem geopolitischen Krieg führen.

2.2.5 Ökonomische Kriegstheorien

Nigsch geht davon aus, dass der Anstoß zur Führung eines ökonomischen Krieges aus einer Vielzahl an wirtschaftlichen Faktoren entsteht und der Absicht dient, neue Marktanteile zu gewinnen bzw. neue Märkte zu erobern. Dabei entsteht eine paradoxe Situation, denn obwohl politische Stabilität gewährleistet wird, herrscht Krieg auf dem wirtschaftlichen Gebiet, wobei an die Stelle der klassischen Kriegsoffer vom Wirtschaftsgeschehen Benachteiligte, wie Sozialhilfeempfänger oder Arbeitslose, treten. Besorgniserregend ist die Tatsache, dass diese Kriegsart keine „Spielregeln“ kennt, „es gibt keinen Aufruf zum Widerstand, keine Linie Maginot [Bis hierher und nicht weiter!], keine Genfer Konvention, die minimale Regeln für den Krieg fixiert, und auch keine Doktrin, wie Unternehmen und Beschäftigte zu schützen sind. Methoden, die einst den Geheimdiensten vorbehalten gewesen sind, gehören heute zu den Selbstverständlichkeiten, von denen der Öffentlichkeit jedoch nicht das Geringste bekannt ist.“²⁰ Nigsch definiert den ökonomischen Krieg als einen Krieg, der auf dem „Schlachtfeld der Ökonomie“ geführt wird und bei dem „es sich um einen verborgenen, verdeckten Krieg [handelt, Anmerkung d. Verf.], über den die Öffentlichkeit wenig informiert ist, wobei dieses Nicht-Wissen eine Voraussetzung dafür ist, am in der westlichen Welt weit verbreiteten Glauben festhalten zu können, in eine prosperierenden und sicheren Welt zu leben, deren Zukunft vielversprechend ist.“²¹

Basierend auf den Erkenntnissen von Jäger und Beckmann lassen sich verschiedene theoretische Ansätze bezüglich der Motivation der ökonomischen Kriegsführung identifizieren. So wird diese Kriegsart als eine Verlängerung des Wettbewerbs von Wirtschaftstreibenden untereinander angesehen. Einen anderen Aspekt dieser kriegerisch-ökonomischen Auseinandersetzung stellen die Aussichten auf die globale Einflussenerweiterung sowie die dadurch zugesicherten wirtschaftlichen Gewinne für den Sieger dar. Die mutmaßliche Notwendigkeit

²⁰ Nigsch Otto: Regierung und Gouvernance; Pro Business GmbH, 2012, S.118.

²¹ Nigsch Otto: Regierung und Gouvernance; Pro Business GmbH, 2012, S.118.

des ökonomischen Krieges ist meist durch Armuts- sowie Ressourcenknappheitsvermeidung begründet, denn „wo Ressourcenknappheit (landwirtschaftliche Flächen und Wasser), schwache wirtschaftliche Entwicklung mit hohem Bevölkerungswachstum und große Bevölkerungsdichte zusammentreffen, sind Konflikte vorprogrammiert.“²²

„Grundlegend für alle ökonomischen Kriegstheorien ist die Annahme, dass das Verhalten der Akteure von Versuch der Optimierung des eigenen materiellen Reichtums getrieben wird. Damit stehen ökonomische Kriegstheorien in einem engen Bezug zu rationalistischen Kriegstheorien, in denen davon ausgegangen wird, dass Entscheidungsträger den Nutzen eines Krieges dessen Kosten gegenüberstellt.“²³

²² Braml Josef, Risse Thomas, Sandschneider Eberhard: R. Oldenbourg Verlag, München 2010, S. 52.

²³ Jäger Thomas, Beckmann Rasmus: Handbuch Kriegstheorien; Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien GmbH, 1.Auflage, 2011, S. 96.

3 KRIEGSWIRTSCHAFT

Die Kriegswirtschaft ist die „Wirtschaft des Krieges und Volkswirtschaft im Kriege.“²⁴ Weber geht davon aus, dass „die Kriegswirtschaft [...] sich mit der kriegsbedingten zivilen Mangelwirtschaft zu befassen [hat, Anmerkung d. Verf.].“²⁵

Es ist zu erwähnen, dass die Kriegswirtschaft, die dadurch gekennzeichnet ist, dass sie zentral gelenkt wird,²⁶ einen einschneidenden Einfluss auf den Staatsfunktionswandel im 20. Jahrhundert ausgeübt hat.²⁷

Die Verknüpfung von Wirtschaft und Staat „führte einerseits zu steigender gegenseitiger Beeinflussung und Instrumentalisierung, andererseits zu zunehmenden Spannungen“²⁸ aufgrund der Unterminierung der Handlungsbefugnisse von Unternehmen durch die staatlich geführte Kriegswirtschaft. Während die Unternehmer die Preis- und die Produktionspolitik verfolgten, versuchte der Staat einen Bogen von der Industrieförderung hin zur Deckung des Truppenbedarfs und schließlich zur Finanzierungs- und Arbeiterinteressenproblematik zu spannen.

So ermöglichte dem Staat die Politik, als Teil der Kriegswirtschaft, im Ersten Weltkrieg „insbesondere Geldumlaufkontrolle, Rohstoffbewirtschaftung, totale Arbeitspflicht sowie die Zwangsvereinigung in Verbänden der Industriellen“ durchzusetzen.²⁹ Die Beteiligung der Politik an der Kriegswirtschaft führte auch dazu, dass manche Unternehmen im Zweiten Weltkrieg der Sabotage bezichtigt wurden, weil sie die festgesetzten langfristigen Ziele, z. B. Produktionsmengen, nicht erreichen konnten.

Will legt nahe, dass neue Organisationsformen entstanden, die als Bindeglied zwischen dem Staat und dem Privatwirtschaftsbereich fungierten.³⁰

So bildet als eine dieser Organisationsformen die Zwangsarbeit eine wichtige volkswirtschaftliche Komponente in der Kriegswirtschaft und wurde anhand der deutschen Kriegswirtschaft mehrfach dokumentiert, so „gehen [insgesamt] augenblickliche Schätzungen davon

²⁴ Wurll Herman; Die forstlichen Nebennutzungen in der deutschen Kriegswirtschaft, Buchdruckerei des Pestalozziwaisenhauses, 1928, S. i.

²⁵ Weber Kurt P.: Die Pflichtlagerhaltung und ihre Finanzierung in der Schweiz, Winterthur Keller, 1956, S. 3.

²⁶ Vgl. Schmoeckel Mathias: Rechtsgeschichte der Wirtschaft, Mohr Siebeck, Tübingen, 2008, S.11.

²⁷ Vgl. De Swaan:1993, 248 f in *Ladeur Karl-Heinz*: Der Staat gegen die Gesellschaft, Mohr Siebeck, Tübingen, 2006, S.281.

²⁸ Buschmann Brigit: Unternehmenspolitik in der Kriegswirtschaft und in der Inflation, Franz Steiner Verlag, Stuttgart, 1998, S 17.

²⁹ Vgl. Albers Willi: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Band 9, Gustav Fischer, Stuttgart, 1982, S.388.

³⁰ Vgl. Will Martin: Selbstverwaltung der Wirtschaft, Mohr Siebeck, Tübingen, 2010, S. 144.

aus, dass die Gesamtzahl der zwischen 1939 und 1945 im Großdeutschen Reich eingesetzten ausländischen ‚Zivilarbeiter‘, Kriegsgefangenen und Häftlinge eine Größenordnung von 13,5 Millionen Menschen erreichte³¹

Der Reichswirtschaftsminister Funk erwähnte am 24.04.1942 in Graz, dass sich die Kriegswirtschaft durch Konzentration und Rationalisierung auszeichnet, und meinte damit die optimale Kapazitätsauslastung, die aufgrund von Produktentwicklung und maximaler Arbeitsauslastung erreicht würde. So wurde „auch allgemein offensichtlich, dass die Struktur der modernen Materialkriege die Tendenz zur organisatorischen Zusammenfassung in Massenproduktionen förderte. Eine Tendenz, die z. B. in den USA wie in Deutschland gleichermaßen sich zeigte und hier wie dort zu einer merkwürdigen Versuchsanordnung führte, nämlich zu dem Versuch, den Produktionsprozess in großen Teilen aus seiner Marktgebundenheit herauszunehmen.“³²

Ein weiteres Merkmal der Kriegswirtschaft ist der Drang nach Autarkie, also nach Unabhängigkeit von Importen, der oft eine Güterverknappung zur Folge hat und welche das Bedürfnis, innovative Lösungen in allen wirtschaftlichen Bereichen zu forcieren, aufkommen lässt.

Es ist interessant zu beobachten, dass die Kriegswirtschaft auch darauf abzielt, patriotische Gefühle hervorzurufen. So „weckt die Marke [Coca-Cola, Anmerkung des Verf.], seit sie im Zweiten Weltkrieg den Status ‚wichtigstes Produkt für die Kriegswirtschaft‘ erlangte, im Heimatmarkt USA patriotische Gefühle“³³ und ist damit auch zu einem Symbol der Freiheit geworden.

³¹ Spoerer 2001, S. 223 in *Zimmermann Volker*: Leiden verwehrt Vergessen: Zwangsarbeiter in Göttingen und ihre medizinische Versorgung in den Universitätskliniken, Wallstein Verlag, 2007, S. 9.

³² Geer Sebastian Johann: Der Markt der geschlossenen Nachfrage, Hans Winter Buchdruckerei, Berlin, 1961 S. 129.

³³ Vgl. Gelbrich Katja; Wünschmann Stefan; Müller Stefan: Erfolgsfaktoren des Marketing, 1. Auflage, Verlag Franz Vahlen, München, 2008, S. 81.

4 WIRTSCHAFTSKRIEG

In dem Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart scheint es eine entscheidende Veränderung in den kriegerischen Auseinandersetzungen gegeben zu haben, indem diese sich aktuell überwiegend in einem wirtschaftlichen Geschehen widerspiegeln. „Der zunehmende Wirtschaftskrieg, der zunächst in der Presse zwischen den USA und Japan thematisiert wurde und der sich auf andere Länder wie z. B. China ausgedehnt hat, legt diesen Gedanken nahe.“³⁴

Held definiert den Wirtschaftskrieg als „alle feindseligen, das heißt vorsätzlich die gegnerische Volkswirtschaft und ihre Einzelwirtschaften schädigenden Maßnahmen wirtschaftlicher Natur.“³⁵ Diese Definition ist teilweise recht allgemein gehalten, denn laut Kraus lassen sich zwei Formen des Wirtschaftskrieges unterscheiden: „einmal als Begleiterscheinung des (militärischen) Krieges (Wirtschaftsnebenkrieg), zum andren in [...] Form des isolierten Wirtschaftskrieges“.³⁶

Auch Wagner geht davon aus, dass „der Wirtschaftskrieg viele Facetten [hat, Anmerkung d. Verf.]. Einerseits wird er quer durch alle Branchen zwischen den Unternehmen geführt, die sich eines ganzen Straußes von Maßnahmen bedienen, um die Konkurrenz auszuschalten, [...] andererseits kann von einem Wirtschaftskrieg gesprochen werden, wenn handelspolitische Konflikte und Streitigkeiten zwischen Ländern und Wirtschaftsblöcken ausgetragen werden.“³⁷

Berber bezieht sich auf andere Aspekte des Wirtschaftskrieges und unterscheidet zwischen „Wirtschaftskrieg im weiteren Sinne“ und „Wirtschaftskrieg im engeren Sinne“.³⁸

³⁴ Le Mar Bernd: Menschliche Kommunikation im Medienzeitalter, Springer-Verlag, 2. Auflage, Berlin Heidelberg, 2001, S. 166.

³⁵ H. Held, in H. J. Schlochauer, WVR Bd 3, S.857(858) in Seifert Hubertus: Die Reparationen Japans, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen, 1871, S. 29.

³⁶ Kraus Herbert: Gegenwartsfragen. Völkerrecht, Staatenethik, Internationalpolitik. Ausgewählte kleine Schriften, Holzner-Verlag, Würzburg, 1963, S. 86.

³⁷ Wagner Bruno: Business ist wie Krieg führen, Eichborn Verlag, Frankfurt/Main, 2004, S.11 f.

³⁸ Vgl. Schotten Gregor: Wirtschaftssanktionen der Vereinten Nationen im Umfeld bewaffneter Konflikte, Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH, Berlin, 2007, S. 113.

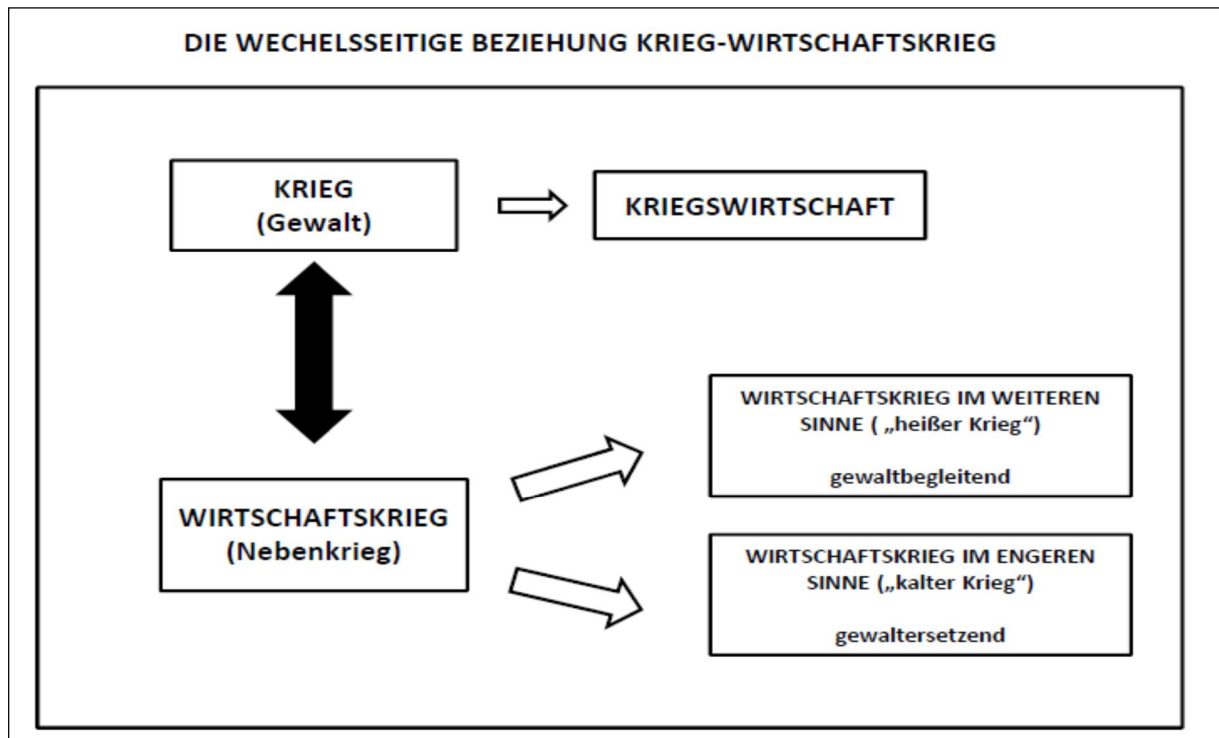


Abbildung 1: Die wechselseitige Beziehung Krieg – Wirtschaftskrieg
 Quelle: Eigene Darstellung

Während der „Wirtschaftskrieg im weiteren Sinne“ alle schädlichen Maßnahmen des Kriegsführenden zur Schwächung der gegnerischen Volkswirtschaft beinhaltet, beschränkt sich der „Wirtschaftskrieg im engeren Sinne“ auf „die Wirtschaftssanktionen, die gegen die feindliche Zivilbevölkerung in Konflikten getroffen werden, in denen zwischen den Kontrahenten ein Kriegszustand bzw. ein bewaffneter Konflikt besteht.“³⁹

Abbildung 2 stellt die Formen und Adressaten von Wirtschaftskriegen sowie das im Wirtschaftskrieg verwendete Instrumentarium dar.

Es ist interessant zu beobachten, dass der Wirtschaftskrieg im weiteren Sinne auch „Maßnahmen der Kriegführenden gegen die Wirtschaft neutraler Staaten, soweit dadurch indirekt das gegnerische Wirtschaftspotential beeinträchtigt werden soll“, beinhaltet.⁴⁰

Sell und Kermer beschreiben den Wirtschaftskrieg als „heißen Krieg“, der immer gewaltbegleitend ist und sich durch Maßnahmen wie Blockaden, Guthabensperren, strategische

³⁹ Schneider Henning C.: Wirtschaftssanktionen: die VN, EG und Bundesrepublik Deutschland als konkurrierende Normgeber beim Erlass parallel Wirtschaftssanktionen; Duncker und Humboldt, 1999 (Hamburger Studien zum Europäischen und internationalen Recht; Bd. 16), S.41.

⁴⁰ Berber Friedrich: Lehrbuch des Völkerrechts, Bd. 2, Kriege, München und Berlin, 1962, S. 198 in Seifert Hubertus: Die Reparationen Japans, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen, 1971, S. 29.

Bombardements und Pre-emptive Buying (vorsorgliche Rohstoffeinkäufe) manifestiert.⁴¹ Menk bezeichnet ihn als „konfliktsoziologisch echten Krieg“.

Aufgrund der heutigen globalen wirtschaftlichen Synergien stellt der Wirtschaftskrieg die unkomplizierteste und wirkungsvollste Methode, politische Gegner auszuschalten, dar.

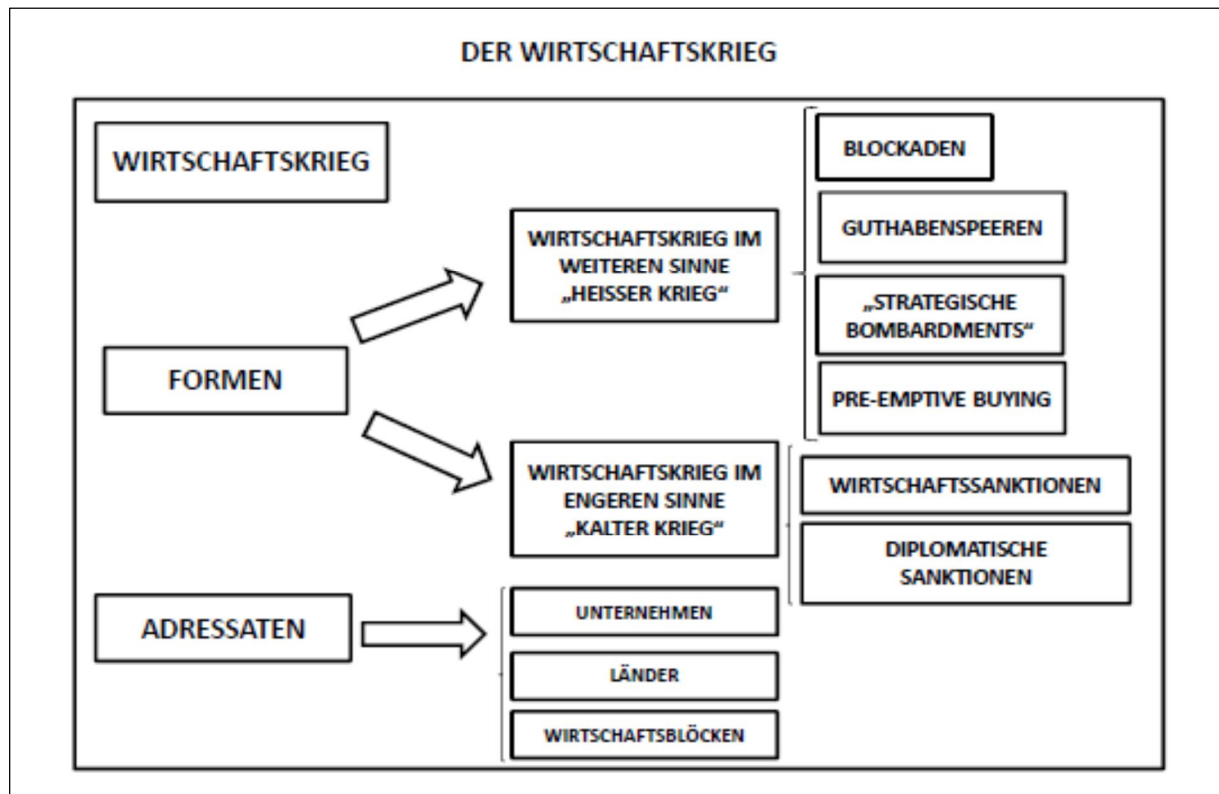


Abbildung 2: Wirtschaftskrieg

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Sell F. Friedrich, Kermer Silvio: Aufgaben und Lösungen in der Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., Springer-Verlag, Berlin Heidelberg, 2013, S. 251.

„Er ist, nüchtern betrachtet, vom sogenannten Waffenkrieg, sofern man eine einheitliche Theorie des Krieges unterstellt, auch gar nicht zu trennen, da er den [sic] selben Zweck verfolgt – die Brechung des Feindeswillen mit Zwangsmitteln –[sic] und er tritt nicht selten als Vorstadium beziehungsweise begleitende Maßnahme des Waffenkrieges an.“⁴² Laut Gadow ist die Voraussetzung eines weitläufigen Wirtschaftskrieges die gründliche Beobachtung so-

⁴¹ Sell F. Friedrich, Kermer Silvio: Aufgaben und Lösungen in der Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., Springer-Verlag, Berlin Heidelberg, 2013, S. 251.

⁴² Menk Michael Thomas: Gewalt für den Frieden, Duncker & Humblot GmbH, Berlin, 1992, S. 399.

wie die Blockade sowohl des gegnerischen Handels als auch der Drittstaaten, die Handelsbeziehungen mit der Gegenpartei pflegen.⁴³

Wirtschaftskriegsmaßnahmen können direkt oder indirekt durchgeführt werden. Zu den direkten Maßnahmen zählen die sofortige Beschlagnahme aller feindlichen Anlagen einschließlich Wertpapiere, Bankeinlagen, Unternehmenseigentum, Schiffe im Hafen und Flugzeuge auf dem Boden. Die indirekten Maßnahmen bezwecken das Abstellen der Materialversorgung des Feindes, indem versucht wird, neutrale Länder zu überzeugen, keine Lieferungen an den Gegner mehr zu tätigen.⁴⁴

4.1 Wirtschaftskrieg im weiteren Sinne

Der Wirtschaftskrieg im weiteren Sinne ist ein sogenannter „heißer Krieg“. Er tritt entweder als eine Vorstufe zu den militärischen Sanktionen oder begleitend zu einer Kriegsdrohung bzw. einem offenen Krieg auf. Als letzte Stufe vor dem Ausbruch eines offenen Krieges impliziert der „heiße Krieg“ ein völliges Erliegen der Wirtschaftsbeziehungen der sich bekämpfenden Parteien. Die Maßnahmen, die zu dieser Situation führen, werden hier kurz angesprochen.

4.1.1 Blockade

Die Wirtschaftsblockade bezweckt sowohl die Unterbrechung der Wirtschaftsgüterzufuhr eines Landes als auch die Verhinderung einer eventuellen Wirtschaftsgüterausfuhr.

Im Rahmen der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856, die Großbritannien und Frankreich unterzeichnet haben, wurde unter anderem festgelegt, wie eine „effektive Blockade“ zu definieren ist. Außerdem wurde stipuliert, dass nur eine wirksame Wirtschaftsblockade auch rechtlich erfolgreich ist. Die Zufahrtssperrung zur Nordsee im Ersten Weltkrieg war die erste Wirtschaftsblockade in dem Sinne, da hier nicht nur maritime Maßnahmen durchgeführt, sondern auch weitere Aktionen unternommen wurden, die dazu bestimmt waren, den gesamten Wirtschaftshandel der Gegenpartei zum Erliegen zu bringen. Das ganze Maßnahmenpektrum reichte von der Errichtung sogenannter „grauer“ und „schwarzer“ Listen bis hin zum Einfrieren von Guthaben und zu Währungsmaßnahmen.

„Eine sogenannte graue Liste enthält seinerzeit Personen [Firmen; Anmerkung d. Verf.], mit denen der Handel zwar nicht verboten, aber auch nicht erwünscht ist.“⁴⁵ Im Dritten Reich

⁴³ Vgl. Gadow Stephani: Der Zugang zu Nothäfen und sonstigen Notliegeplätzen für Schiffe in Seenot, Springer-Verlag, Berlin Heidelberg, 2006, S. 141.

⁴⁴ Vgl. Bretton L. Henry: International Relations in the Nuclear Age, State University of New York Press, Albany, 1986, S. 118.

⁴⁵ Anon.: Englands Maske ist gefallen, Völkischer Verlag, Düsseldorf, 1939, S. 13.

wurde eine „Aufstellung sog. ‚grauer‘ oder ‚Warnlisten‘ als geheime Aufstellung von ‚Firmen, die einseitig für die Feinde tätig sind, falsche Papiere gebraucht oder sonst mit falschen Aufgaben getäuscht haben“⁴⁶ „⁴⁷, als Ersatz zu den „schwarzen Listen“ überlegt.

Die Schwarzen Listen waren „Verzeichnisse von Firmen im neutralen Ausland, von denen man wusste oder begründet vermutete, dass sie mit dem Feind handelten, und die deshalb ihm gleichgestellt wurden. England führte solche Listen im Zuge seiner Blockadenpolitik (Trading with the Enemy: Specified Persons‘), ebenso Frankreich (Liste officielle d’ennemis‘).“⁴⁸

Auch die Einfuhrbegrenzung der Nachbarländer des Gegners sowie Privateigentumsnationalisierungen gehören zu dem Instrumentarium einer Wirtschaftsblockade. Die „Völkerbundsatzung (Art. 16) legalisiert im Zeitalter des Wirtschaftskrieges die Wirtschaftsblockade (Abbruch der persönlichen Beziehungen, der Handels- und Finanzbeziehungen vom Staat und Staatsangehörigen)“.⁴⁹

„Bei Wirtschaftsblockaden [...] [kann, Anmerkung d. Verf.] ein an sich unzulässiger wirtschaftlicher Zwang bejaht werden [...] (hier wird der betroffene Staat gleichsam ‚abgeschotet‘).“⁵⁰ Diese Abschottung im Zuge einer Wirtschaftsblockade beinhaltet „die vollständige Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen des sanktionierten Staates nicht nur im Verhältnis zum Initiator der Blockade, sondern auch mit sämtlichen dritten Staaten zum Ziel. Da eine Blockade nur effektiv durchgeführt werden kann, wenn ihre Einhaltung durch die Anwendung oder zumindest die Androhung von militärischen Blockaden überwacht wird, kann sie in aller Regel nicht als Wirtschaftssanktion [...] eingeordnet werden.“⁵¹

4.1.2 Guthabensperre

Eine ausgedehnte Guthabensperre bezweckt den Wirtschaftskollaps des Gegners, indem Geschäfte in ausländischer Währung verhindert werden. Auch die Ausfuhr gesetzlicher Zahlungsmittel ist an bestimmte Konditionen gebunden und auf Maximalbeträge beschränkt.

⁴⁶ Schriftsatz des OKW-Sonderstabs „Handelskrieg und Wirtschaftl. Kampfmaßnahmen“ von 2.2.1940:RW19/1549, Bl.10-13.

⁴⁷ Hockerts Hans Günter: Akten der Reichskanzlei: Regierung Hitler 1933-1945, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München, 2012, S. 689.

⁴⁸ Vgl. Sammlung engl. und franz. schwarzer Listen 1939/40 s.RW19/1552. Materialien zum Handels-und Seekrieg 1939/49 in R43II/650b;zu feindl. Wirtschaftskriegsmaßnahmen 1939-41 in RW 19/1550-1551;R 3001/22804-22807:R2/30026 in *Hockerts Hans Günter*: Akten der Reichskanzlei: Regierung Hitler 1933-1945, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München, 2012, S. 689.

⁴⁹ Liszt Franz von, Fleischmann Max: Das Völkerrecht, Verlag von Julius Springer, Berlin, 1925, S. 442.

⁵⁰ Arnould Andreas von: Völkerrecht; C.F. Müller, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, 2014, S. 370.

⁵¹ Schöbener Burkhard (Hrsg.): Völkerrecht: Lexikon zentraler Begriffe und Themen C. F. Müller, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, 2014, S. 583.

Betroffen davon sind nicht nur staatliche Institutionen, sondern auch inländische und ausländische Privatpersonen. Durch diese Maßnahme wird versucht, Vermögenstransfers des Gegners in Drittländer zu verhindern.

Die Guthabensperre ist eine Maßnahme des Wirtschaftskrieges, die offenbar zur Gewaltzunahme führt, da sie erhebliche Wirkung entfaltet und daher Gewalt seitens der betroffenen Länder provoziert.

Eine paradoxe Entwicklung ist die Tatsache, dass „jede Sperre von ausländischen Guthaben [...] eine Folge [hat, Anmerkung d. Verf.], die auf den ersten Blick überraschen mag: die Währung des sperrenden Landes wird nicht mehr gefragt. Diese Erfahrung konnte die Schweiz im Jahre 1941 machen, als sie die türkischen Guthaben in der Schweiz sperrte.“⁵²

Das Einsetzen von Maßnahmen aus dem Bankenwesen beschränkt sich nicht nur auf den Gegner, sondern wird schrittweise auch auf Nachbarländer und neutrale Staaten, die Wirtschaftsbeziehungen zu der Gegenpartei unterhalten, ausgedehnt. So dehnten die USA im Jahr 1940 ihre „Embargos auf die Schweiz und die übrigen neutralen Staaten Europas [...] offensichtlich zum Zwecke

- a) der Verhinderung aller Transaktionen, die den Kriegsanstrengungen der Alliierten zuwiderlaufen könnten;
- b) der Erfassung allen nominell neutralen, materiell aber feindlichen (auch Schwarzlistefirmen) Eigentums;
- c) der Sicherung der Interessen der von Deutschland okkupierten Länder, d. h. der Verhinderung der Liquidation von Vermögenswerten, die durch Gewalt oder Eroberung in fremde Hand gekommen sind.“⁵³

Die Guthabensperre zählt zu den direkten Maßnahmen des Wirtschaftskrieges und zählt neben der Beschlagnahme aller feindlicher Anlagen einschließlich Wertpapiere auch zu den effektivsten Instrumenten, da durch sie praktisch sämtliche Auslandsfinanzierungen bzw. Güterlieferungen unterbunden werden.

4.1.3 Strategische Bombardements

„Im Falle strategischer Bombardements geht es darum, militärische Ziele zu zerstören. Etwaige Zivilistenopfer solcher Bombardements (collateral damage) machen solche Bombardements nicht rechtswidrig, sofern sie verhältnismäßig sind.“⁵⁴

⁵² Rapport sur les relations financières et commerciales avec la «zone dollar», Bern, 1945, S. 923.

⁵³ Rapport sur les relations financières et commerciales avec la «zone dollar», Bern, 1945, S. 928 f.

Obwohl die „Angriffe und Bombardements auf unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, und auch deren Beschluss, gleichviel mit welchem Mittel, unter Strafe“⁵⁵ stehen, vorausgesetzt es handelt sich dabei nicht um militärischen Ziele, und gem. Art. 8 Abs. 2 b(v) ICC-Statut als Kriegsverbrechen gelten, werden immer wieder Städte strategisch bombardiert, um „kritische Ziele und Infrastruktur ins Visier [zu, Anmerkung d. Verf.] nehmen“.⁵⁶

Es ist anzunehmen, dass die Luftangriffe die Zerstörung der Industriezentren und der Kriegswirtschaft des Gegners bezwecken, wobei auch eine gewisse psychologische Wirkung auf die Zivilbevölkerung in Kauf genommen wird, mit dem Ziel, dass sich diese gegen die Kriegsführenden stellt, um das Kriegsende herbeizuführen.

Zwar mögen auch die Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkrieges diese Ziele mit strategischen Bombardements verfolgt haben, doch war laut Stahel „die psychologische Wirkung auf die Bevölkerung und die Politiker gering.“⁵⁷

Auch im Zweiten Weltkrieg wurde diese Strategie verfolgt, und „seit Herbst 1943 war Österreich zum Ziel von Bombenangriffen alliierter Verbände geworden. Waren zunächst Industrieanlagen und Verkehrswege Ziele eines systematischen Bombardements, wurden mit Dauer der Kampfhandlungen immer mehr die Städte und die Zivilpersonen Opfer des Bombenkrieges.“⁵⁸

„Ungeachtet aller deutlichen, historischen Gegenbeweise blühte die Doktrin der strategischen Bombardierung während des ganzen Zweiten Weltkriegs im Bomber-Kommando. Und sie gedeiht auch heute noch – in noch größeren Ländern, mit noch größeren Bomben“⁵⁹, obwohl kein Krieg nur allein auf Grund systematischen Bombardements gewonnen wurde.

4.1.4 Pre-emptive Buying (vorsorgliche Rohstoffeinkäufe)

Pre-emptive Buying stellt ein weiteres Instrument des Wirtschaftskrieges dar. Dabei werden Güter in neutralen Ländern erworben, um den Zugang des Gegners zu diesen Gütern zu verhindern. Der Erwerb erfolgt somit nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern nur, um die Güterlieferung in das Land des Gegners zu unterbrechen. So übten im Zweiten Weltkrieg die

⁵⁴ Alexy Robert (Hrsg.): Juristische Grundlagenforschung: Tagung der Deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie, Franz Steiner Verlag, Stuttgart, 2005, S. 231.

⁵⁵ Dahm Georg: Völkerrecht, Band I/3, 2. Aufl., De Gruyter Rechtswissenschaften Verlags-GmbH, Berlin, 2002, S. 1060.

⁵⁶ Groitl Gerlinde: Strategischer Wandel und zivil-militärischer Konflikt, Springer Fachmedien Wiesbaden, 2015, S. 349.

⁵⁷ Stahel A. Albert: Luftverteidigung – Strategie und Wirklichkeit, Verlag der Fachvereine, 1993, S. 37.

⁵⁸ Csender Peter, Opel Ferdinand (Hrsg.): Wien: Geschichte einer Stadt, Band 3, Böhlau Verlag GmbH und Co.KG, Wien, 2006, S. 545.

⁵⁹ Freeman Dyson: Innenansichten: Erinnerungen in die Zukunft, Springer Basel AG, 1981, S. 40.

Vereinigten Staaten Druck auf neutrale Länder wie Schweden, die Schweiz, die Türkei, Portugal, Spanien und Argentinien aus, um diese zu veranlassen, den Handel mit Deutschland zu reduzieren bzw. zu unterbrechen.⁶⁰

Unter Pre-emptive Buying werden darüber hinaus vorsorgliche Rohstoffeinkäufe verstanden, die dazu dienen im Krisenfall, wie z.B. im Falle einer Wirtschaftsblockade, über genug Rohstoffe zu verfügen.⁶¹

„By 1942 the US government agreed to embark upon a joint policy with Britain of pre-emptive buying of strategic war materials, with their newly set up United States Commercial Corporation (USCC) to work alongside the UK state trading concern, United Kingdom Commercial Corporation (UKCC).“⁶²

Obwohl Pre-emptive Buying kein leicht einzusetzendes Instrument ist, kann es erfolgreich angewandt werden, wofür auch spricht, dass heutzutage diese Maßnahme zu dem herkömmlichen Instrumentarium des Wirtschaftskrieges gehört.⁶³

4.2 Wirtschaftskrieg im engeren Sinne

4.2.1 Wirtschaftssanktionen

Im Gegensatz zu dem Wirtschaftskrieg im weiteren Sinne, der als „heißer Krieg“ bezeichnet wird, werden sowohl Wirtschaftssanktionen als auch diplomatische Sanktionen als Elemente des „kalten Krieges“ betrachtet. „Wirtschaftssanktionen sind durch hoheitliche Maßnahmen einzelner Staaten oder internationaler Organisationen im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen bewirkte Ungleichbehandlungen, die in der Regel eine Reaktion auf das nachteilige Verhalten eines anderen Völkerrechtssubjektes bilden und deren Zweck darin besteht, dieses durch Zufügung eines Nachteils zu einer Verhaltensänderung zu veranlassen.“⁶⁴

Als mögliche Sanktionselemente werden alle Erscheinungsformen in Betracht gezogen, die eine wichtige wirtschaftliche Rolle für die gegnerische Volkswirtschaft spielen. „Hierzu gehören der Warenverkehr (Ein- und Ausfuhrbeschränkungen), der Dienstleistungsverkehr, der Zahlungs- und Kapitalverkehr (Finanzkontrolle, Pfändungen und Beschlagnahmen des

⁶⁰ Vgl. Bretton L. Henry: International Relations in the Nuclear Age, State University of New York Press, Albany, 1986, S. 118.

⁶¹ Vgl. Sell F. Friedrich: Aufgaben und Lösungen in der Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., Springer-Verlag, Berlin Heidelberg, 2013, S. 251.

⁶² Wigg Richard: Churchill and Spain. The survival of the Franco regime, 1940-45, Taylor & Francis e-Library, New York, 2005.

⁶³ Vgl. Prakash Chandra: Theories of International Relations, 3rd Edition, Vikas Publishing House PVT LTD., New Dehli, 2008, S. 14.

⁶⁴ Schöbener Burkhard (Hrsg.): Völkerrecht: Lexikon zentraler Begriffe und Themen, C.F. Müller, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Rehm GmbH, Heidelberg, 2014.

Eigentums fremder Staatsbürger, Enteignungen), Transportmittel für Waren und Personen (Kontrolle von Flug- und Schifffahrtsverbindungen, Reiseverbote) sowie der Bereich der internationalen Handelsverträge (Kündigung, Nichtverlängerung) und der einseitig gewährten Ein- und Ausfuhrkontingente.⁶⁵

Wirtschaftssanktionen können als „kollektive Maßnahmen, die aufgrund einer Entscheidung durch eine internationale Organisation erfolgen“⁶⁶, oder als isolierte Aktionen einzelner Staaten auftreten.

Typisch für die Wirtschaftssanktionen ist, dass sie auch dazu verwendet werden können, um Länder mit nachhaltigem Fehlverhalten bezogen auf Menschenrechte, internationale Rüstungsabkommen oder die Förderung internationaler terroristischer Aktivitäten zur Unterlassung zu veranlassen.

„Einfuhrbeschränkungen, aufgrund spezifischer Normen und Vorschriften eines Staates, Importverbote (Boycott) oder Embargos als Lieferungssperren für bestimmte Exportgüter, Länderkontingentierungen und Dumping als Wettbewerbsstrategie weisen darauf hin, dass Wirtschaftssanktionen ein wichtiges außenpolitisches Steuerungsinstrument darstellen.“⁶⁷

Die Wirtschaftssanktionen beschränken sich nur auf die Wirtschaftsbeziehungen mit bestimmten Staaten bzw. internationalen Organisationen. Der Außenwirtschaftsverkehr mit den anderen Staaten wird weiterhin aufrechterhalten. Es entsteht somit eine Ungleichbehandlung des Sanktionsempfängers, die nicht „zu einer tatsächlichen Benachteiligung [...] führt, denn das Vorliegen eines Schadens berührt lediglich die Frage nach dem ‚Erfolg‘ der Wirtschafts-

⁶⁵ Für die Anwendung von Wirtschaftssanktionen im Bereich des Warenverkehrs siehe die Darstellung bei *Meng*, *JaöRV* 42(182), S. 790; *Klein* *RIW* 1985, S. 292; *Petersmann*, *ZVglR* Wiss 80 (1981), S. 10; *Losman*, S.1. Für den Dienstleistungsverkehr siehe *Dewost*, *AFDI* 28, (1982), S. 216; *Kein*, *RIW* 1985, S. 292; *Petersmann* *ZVglR* Wiss 80 (1981), S.10. Übereinstimmend hierzu im Rahmen der europarechtlichen Diskussion die überwiegend vertretene Meinung, wonach der Begriff „Handel“ im Sinne der Art. 113 auch Dienstleistungen erfasst; so *Neumann/Welge*, in: *Röttinger/Weyringer*, S. 645 sowie *Gilsdorf*, in *Rill/Griller*, S. 30. Zur Anwendung im Kapitalverkehr vgl. die Ausführungen von *Leben*, *AFDI* 28 (1982), S. 13; *Dewost*, *AFDI* 28 (1982), S. 216; *Kein* *RIW* 1985, S. 292; *Jacobsen*, S. 116; *Daoudi*, S. 113. Transportmittelbeschränkungen als Anwendungsfall der Wirtschaftssanktion erwähnen *Pertek*, *RMC* 1983, S. 205; *Dewost*, *AFDI* 28 (1982), S. 216; *Kißler*, S.33; *Losman*, S.1. Auch Handelsverträge können den Gegenstand von Wirtschaftssanktionen bilden, ausführlich hierzu *Doehring*, *ZaöRV* 47 (1987) S. 47 ff; vgl. ferner *Vaucher*, *RTD* 1993, S. 52; *Meng*, *ZaöRV* 42 (1982), S. 790. Hinsichtlich der Ein- und Ausfuhrkontingente vgl. nur *Arnold*, in *Dausens*, *Handbuch des EG-Wirtschaftsrechts*, K.I. Rednr. 107 in *Schneider C. Henning: Wirtschaftssanktionen*, Duncker&Humblot, Hamburg, 1999, S. 28.

⁶⁶ *Daoudi/Dajani*, S. 8, *Carter*, S. 4; wohl auch *Simma*, *AVR* 24 (1986), S. 383 in *Schneider C. Henning: Wirtschaftssanktionen*, Duncker & Humblot, Hamburg, 1999, S. 29.

⁶⁷ *Wilhelm Andreas: Außenpolitik: Grundlagen, Strukturen und Prozesse*, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München, 2006, S. 166.

sanktion. Die Begriffsbestimmung wäre somit abhängig von der erst später zu beurteilenden Wirksamkeit der verhängten Maßnahmen.“⁶⁸

Abhängig von der Durchführungspflicht der Wirtschaftssanktionen unterscheidet man zwischen kollektiven, unilateralen und gemeinschaftlichen Wirtschaftsmaßnahmen.

Die *kollektiven Wirtschaftssanktionen* werden von dem UN-Sicherheitsrat erlassen, wenn der Weltfriede in Gefahr ist, wobei die UN-Mitgliedstaaten an die Maßnahmenumsetzung gebunden sind.

Die *unilateralen Wirtschaftssanktionen* gehen von einem Staat aus und sind für andere Staaten nicht bindend. Gemeinsame unilaterale Wirtschaftsmaßnahmen beinhalten das gemeinsame abgestimmte Vorgehen mehrerer Staaten gegen ein bestimmtes Völkerrechtssubjekt.

Die *gemeinschaftlichen Wirtschaftssanktionen* werden von regionalen Gemeinschaften initiiert und Auffassungen ihrer Rechtmäßigkeit können divergieren, da diese Gemeinschaften ihre Maßnahmen nur im Rahmen ihrer Autorität beschließen können. Die Sanktionen sind bindend für die Mitglieder der betreffenden Gemeinschaft, z. B. der EU.

„Traditionell werden Wirtschaftssanktionen allein gegen Staaten gerichtet. Seit Beginn der 1990er Jahre werden jedoch insbesondere in Reaktion auf die Bedrohung durch den Terrorismus vom UN-Sicherheitsrat in zunehmendem Maße Wirtschaftssanktionen gegen nicht-staatliche Einheiten gerichtet, wie z. B. terroristische Organisationen und Individuen, die in Verbindung zu diesen Gruppierungen stehen.“⁶⁹ Es handelt sich dabei um die sogenannten „smart oder targeted sanctions“, gezielten Sanktionen, die Maßnahmen wie Konteneinfrierung oder Reiseverbote von einzelnen Personen und Organisationen vorsehen.

4.2.1.1 Benachteiligung (Wirtschaftsdiskriminierung)

Die wirtschaftliche Benachteiligung ist eine Diskriminierungsform, die gegenüber dem Gegnerland angestrebt wird und welche dem Embargo vorangeht. Sie umfasst eine breite Palette von Maßnahmen, welche bereits einen festen Platz im herkömmlichen Wirtschaftskrieg eingenommen haben.

⁶⁸ So aber Sturma, RMC 1993, S.251; Petersmann, ZVglR Wiss 80 (1981), S. 10; Meng, ZaöRV 42 (1982), S. 790; Klein, RIW 1985, S. 292 in Schneider C. Henning: Wirtschaftssanktionen, Duncker & Humblot, Hamburg, 1999, S. 32.

⁶⁹ Schöbener Burkhard (Hrsg.): Völkerrecht: Lexikon zentraler Begriffe und Themen, C.F. Müller, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Rehm GmbH, Heidelberg, 2014, S. 584.

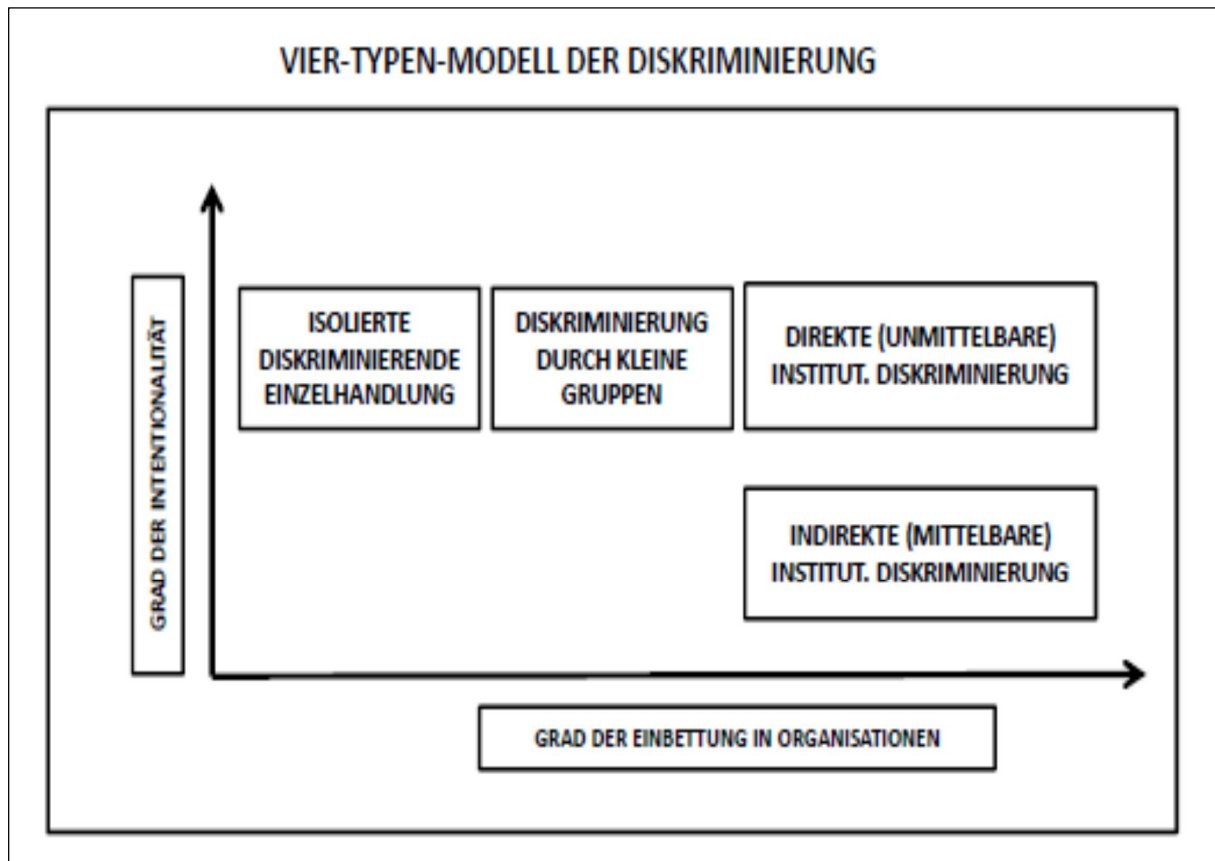


Abbildung 3: Vier-Typen-Modell der Diskriminierung

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Feagin/Booher Feagin 1986:28 in Rose Nadine: Migration als Bildungsherausforderung, Transcript Verlag, Bielefeld, 2012, S. 171.

Abbildung 3 zeigt das Vier-Typen-Diskriminierungsmodell nach Feagin und Booher Feagin, die „diskriminierende Handlungen auf zwei Achsen [unterscheiden]; zum einen nach dem Grad ihrer Intentionalität, zum anderen nach dem Grad ihrer Einbettung in Organisationen. Daraus ergibt sich eine idealtypische Vier-Felder-Typologie, deren Pole durch intentionale Diskriminierung ohne erkennbare Absicht charakterisiert werden.“⁷⁰

Je höher der Grad der Einbettung in Organisationen ist, desto offensichtlicher ist die Diskriminierung.

Laut Feagin und Booher Feagin ergeben sich die unmittelbaren (direkten) institutionellen Diskriminierungen aufgrund informeller Reglementierungen und gesetzlicher Maßnahmen.

„Unter direkter institutioneller Diskriminierung werden regelmäßige, intentionale Handlungen in Organisationen verstanden. Dies können einerseits hochformalisierte, gesetzlich-administrative Regelungen sein, andererseits aber auch informelle Handlungen. Dies können

⁷⁰ Rose Nadine: Migration als Bildungsherausforderung, Transcript Verlag, Bielefeld, 2012, S. 170.

einerseits hochformalisierte, gesetzlich-administrative Regelungen sein, andererseits aber auch informelle Praktiken, die in der Organisationskultur als Routine abgesichert sind (implizierte Übereinkünfte, ‚ungeschriebene Regeln‘).“⁷¹

Die indirekten institutionellen Diskriminierungen beschreiben die gesamten institutionellen Maßnahmen, die mit Bedacht oder unbewusst negativ auf bestimmte Gruppierungen einwirken.

Die meisten wirtschaftlichen Benachteiligungen sind direkte oder unmittelbar institutionelle Diskriminierungen, die meist als tarifäre Beschränkungen für gewisse Güter oder Wirtschaftsbereiche auferlegt werden. Auch die Einführung von Präferenzonen (z. B. das Bevorzugen einheimischer Produkte) oder von „wirtschaftlich ausgerichteten Normen“, welche den Handelspartnern aus bestimmten Ländern gewisse zusätzliche Pflichten auferlegen, können unter Umständen deutliche wirtschaftliche Benachteiligungen darstellen. Maßnahmen wie Mengenbeschränkungen für bestimmte Produkten oder bestimmte Gütersektoren führen zum Aufbau von Handelshemmnissen, die unweigerlich die Konsequenz haben, dass sich die Unstimmigkeiten der entzweiten Parteien zuspitzen, denn „in der Mannigfaltigkeit der direkten und indirekten Aktionen zur Schwächung der gegnerischen Wirtschaftskraft zeigt.“⁷²

Psychologisch soll die wirtschaftliche Diskriminierung aus der Sicht des Initiators Unmut bei der Bevölkerung im Land des Gegners und dadurch die Intensivierung des politischen Druckes auf die Landesführung bewirken. eine psychologische Komponente kann aber auch von dem angegriffenen Land zu Propagandazwecken zur Vorbereitung auf die nächste Stufe des Wirtschaftskrieges genutzt werden.

4.2.1.2 Embargo

Die Steigerung der wirtschaftlichen Benachteiligung mündet in der Auferlegung eines Embargos, welches „als Mittel der friedlichen Konfliktlösung im Rahmen des Systems der kollektiven Sicherheit“ und „gleichzeitig als Defensivmaßnahme konzipiert [ist], mit der eine bewusste wirtschaftliche Diskriminierung der Embargoempfänger einhergeht.“⁷³

Es gibt verschiedenen Auffassungen des Begriffs „Embargo“. „Im klassischen Völkerrecht versteht man unter dem Begriff ‚Embargo‘, abgeleitet vom lateinischen *imbarricare*, [...] aus-

⁷¹ Auernheimer Georg (Hrsg): Schief lagen im Bildungssystem, 5. Aufl., Springer Fachmedien Wiesbaden, 2013, S.90.

⁷² Held, Hermann, Wirtschaftskrieg, a. a. O., S. 858 in Seifert Hubertus: Die Reparationen Japans, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen, 1971, S. 29.

⁷³ Sell L. Friedrich, Kermer Silvio: Aufgaben und Lösungen in der Volkswirtschaftslehre, Springer-Verlag, 3. Auflage, Berlin Heidelberg, 2013, S. 254.

schließlich ein vorübergehendes Auslaufverbot eines Küstenstaates für die in seinem Häfen befindlichen Schiffe des Staates, gegen den sich das Embargo richtet.“⁷⁴ Im Laufe der Zeit bildeten sich immer wieder neue Auffassungen des Begriffes aus, wobei sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ein Begriffsverständnis durchgesetzt hat: „[In, Anmerkung d. Verf.] modernem Völkerrecht versteht man unter einem Embargo nunmehr regelmäßig ein allgemeines Handelsembargo. Es umfasst ein- oder mehrseitige Beschränkungen der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren, Rohstoffen, Technologie, Kapital oder Dienstleistungen in oder aus einem Länder oder aus einer Gruppe von Ländern aus politischen oder aus sicherheitspolitischen Gründen.“⁷⁵

Obwohl der Begriff Embargo teilweise auch als „Synonym mit dem Begriff der Sanktionen [für, Anmerkung d. Verf.] Maßnahmen eines Staates oder eines Verbundes von Staaten (Kollektivembargo) gegen einen anderen Staat, um Druck auszuüben und den betroffenen Staat dadurch zu einem Tun oder Unterlassen zu bewegen“⁷⁶, verwendet wird, wird im Allgemeinen davon ausgegangen, dass das Embargo lediglich nur einen unfreundlichen Akt⁷⁷ darstellt. „Determinanten des Embargos sind zum einen die eigene Sicherheit, der eigene Handlungsspielraum, zum anderen das politische und ökonomische Potential, das heißt, das Gewicht, das man den Gegenmaßnahmen und den erwarteten Schädigungswirkungen beimisst.“⁷⁸

Aus der Sicht der International Relations bildet das Embargo „einen funktionellen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Schädigung und politischer Verhaltensänderung, das heißt, die wirtschaftliche Schädigung soll als Vehikel dienen. Diese Interdependenz zwischen politischem und wirtschaftlichem System ist unterschiedlich ausgeprägt in den verschiedenen Staatsformen (Demokratie vs. Diktator) in Verbindung mit dem Wirtschaftssystem (Marktwirtschaft vs. Planwirtschaft).“⁷⁹ Da es aber keine obligatorischen zwischenstaatlichen

⁷⁴ Gadow-Stephani Imken von: Der Zugang zu Nothäfen und sonstigen Notliegeplätzen für Schiffe in Seenot, Springer-Verlag Berlin Heidelberg, 2006, S. 146.

⁷⁵ Langenfeld, EPIL Bd. 2, S. 58 ff. (58). *Ipsen/Gloria*, Völkerrecht, § 43, Rn 8, S. 593. Ein Embargo der gesamten Staatengemeinschaft ist in Art. 41 der UN-Charta als friedliche Sanktionsmaßnahme vorgesehen. In Gadow-Stephani Imken von: Der Zugang zu Nothäfen und sonstigen Notliegeplätzen für Schiffe in Seenot, Springer-Verlag Berlin Heidelberg, 2006, S. 146.

⁷⁶ Thomas 1960-62, S. 425 in Birkhauser Noah: Sanktionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gegen Individuen, Peter Lang AG, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Bern 2007, S. 11.

⁷⁷ Birkhauser Noah: Sanktionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gegen Individuen, Peter Lang AG, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Bern 2007, S. 11.

⁷⁸ Sell L. Friedrich, Kermer Silvio: Aufgaben und Lösungen in der Volkswirtschaftslehre, Springer-Verlag, 3. Auflage, Berlin Heidelberg, 2013, S. 254.

⁷⁹ Sell L. Friedrich, Kermer Silvio: Aufgaben und Lösungen in der Volkswirtschaftslehre, Springer-Verlag, 3. Auflage, Berlin Heidelberg, 2013, S. 254.

Handelsvorschriften gibt, sind Embargos legitim und können nicht nur repressiv, sondern auch präventiv eingesetzt werden.

„Abhängig von der Zielrichtung der Embargomaßnahmen kann entweder ein umfassendes Handelsverbot oder auch nur ein sektorales Embargo, z. B. auf Waffenlieferungen, verhängt werden.“⁸⁰ Indem der Güter- und Kapitalfluss unterbrochen wird, werden nicht nur die Exporte, sondern auch die Importe des jeweiligen Landes davon betroffen.

„Jedes Embargo setzt voraus, dass der Embargo verhängende Staat bzw. die Staatengruppe bereit ist, eigene wirtschaftliche Nachteile in Kauf zu nehmen und diese in der Allianz so zu verteilen, dass die Allianzstabilität nicht gefährdet wird.“⁸¹

Der Wirtschaftskrieg der Gegenwart kennt verschiedene Embargoformen, die in der Fachliteratur ausführlich behandelt wurden. Im Rahmen dieser Arbeit werden die Unterschiede zwischen dem Schiffs- und dem Handelsembargo kurz dargestellt.

„Das Schiffsembargo ist gekennzeichnet als ein an sich völkerrechtswidriges Handeln, das sich in der Regel als Repressalie darstellt, [und, Anmerkung d. Verf.] in der staatlich veranlassten Zurückhaltung oder Beschlagnahme von fremden Handelsschiffen [besteht, Anmerkung d. Verf.], die sich in den Hoheitsgewässern [von Küstenstaaten] aufhalten. Im Unterschied zum Angarienrecht [„Das Recht eines Staates fremde Schiffe oder ihre Ladung notfalls für seine Zwecke gegen Entschädigung enteignen zu dürfen“⁸²] ist mit dem Schiffsembargo keine Nutzung der Schiffe bezweckt, sondern es soll politischer Druck auf den Heimatstaat ausgeübt werden, um ihn zu einem bestimmten Vorhaben zu veranlassen“⁸³, wobei es sich „je nach den rechtlichen Umständen des Einzelfalles [...] um einen unfreundlichen Akt (Retorsion) oder eine Repressalie“⁸⁴ handelt.

⁸⁰ Schöbener Burkhard (Hrsg.): Völkerrecht. Lexikon zentraler Begriffe und Themen, C. F. Müller, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg 2014, S. 583.

⁸¹ Sell L. Friedrich, Kermer Silvio: Aufgaben und Lösungen in der Volkswirtschaftslehre, Springer-Verlag, 3. Auflage, Berlin Heidelberg, 2013, S. 254.

⁸² Schlochauer Hans-Jürgen: Wörterbuch des Völkerrechts, Bd. 3, Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin, 1962, S. 248.

⁸³ Selbstverständlich kann das Embargo auch als Gegenstand einer kollektiven Maßnahme des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nach Art. 41 SNV (Unterbrechung des Seeverkehrs) rechtmäßig sein. Das Embargo ist vom Handelsembargo abzugrenzen, das den Embargo-Begriff in neuester Zeit beherrscht; dazu *Lindemeyer*, Schiffsembargo, 29 ff. *Perels*, Internationales Seerecht, 150. Zu den einzelnen Merkmalen eingehend *Lindemeyer*, Schiffsembargo, 29 ff. *Lindemeyer*, a. a. O., hl. f., 48. F., *Le Clère*, mesures, 115 in *Lindemann Jan Henning*: Untersuchung, Festhalten und sofortige Freigabe ausländischer Seehandelsschiffe, Lit Verlag, Hamburg, 1997, S. 300.

⁸⁴ Langoni, AVR 1988, S.261 ff. (Rn.9, S. 270). Die meisten Autoren ordnen das Schiffsembargo ausschließlich als Repressalie ein: Lauterpacht, *Oppenheim's International Law* Bd. 2, § 40, S. 141; Langenfeld, *EPIL* Bd. 2, S. 58 ff. 158) in *Gadow-Stephani Imken von*: Der Zugang zu Nothäfen und sonstigen Notliegeplätzen für Schiffe in Seenot, Springer-Verlag Berlin Heidelberg, 2006, S. 146.

„Den typischen Fall einer Wirtschaftssanktion bildet das Handelsembargo. Darunter versteht man eine besondere Form der wirtschaftlichen Diskriminierung von Staaten, bei der der Initiator teilweise oder vollständig den Handel mit dem sanktionierten Staat und den dort ansässigen Unternehmen und Privatpersonen untersagt. In der Regel wird das Handelsembargo zu einer Einschränkung des Imports von Gütern aus dem sanktionierten Staat bzw. des Exports von Gütern in diesen Staat führen.“⁸⁵

Damit ist es das Ziel der Wirtschaftssanktionen, ein vollständiges Erliegen der Außenwirtschaft des Gegners zu erreichen. Doch soll hier die Annahme vertreten werden, dass auf Grund politischer oder wirtschaftlicher Überlegungen sich immer Länder finden, die als Ersatzmarkt für Gegner fungieren, womit sie dazu beitragen, dass die Embargosanktionen keine Wirkung entfalten können. Da aber die Akquisition neuer Handelspartner Zeit beansprucht, wäre bei Zutreffen dieser Annahme ebenfalls zu schließen, dass das Durchsetzen eines Embargos keinen großen Zeitraum in Anspruch nehmen sollte, da sonst die Gefahr besteht, dass ein Ausweichen des Gegners auf andere Märkte seine Effektivität verringert.

Um eventuellen Embargomisserfolge zu vermeiden, sollte die Liste der sogenannten „strategischen Güter“, die das Embargo betrifft, ausführlich dokumentiert und den Sachverhalten angemessen sein.

„Bei kollektiven Embargos gibt es neben den ‚externen‘ auch ‚interne‘ Schwierigkeiten. Hier war es häufig eine mangelnde Solidarität unter den Embargoteilnehmern, die von Anfang an existieren konnte oder sich im Laufe der Zeit entwickelte. Dies ist mit den unterschiedlich starken Interessen an den Embargozielen und den unterschiedlichen wirtschaftlichen Rückwirkungen auf die einzelnen Embargoinitiatoren zu begründen.“⁸⁶

„Unter einem ‚Boycott‘ wird eine Vielzahl von Maßnahmen verstanden, die das Ziel haben, einen Gegner, dies können Staaten und Individuen sein, wirtschaftlich und sozial zu isolieren.“⁸⁷

Es gibt keine allgemein gültige Definition des Terminus „Boycott“, doch geht man im anglo-amerikanischen Raum davon aus, dass darunter sowohl private als auch hoheitliche Sanktionsmaßnahmen verstanden werden. Der kontinentaleuropäische Sprachgebrauch fasst unter den Boycott nur private Sanktionsmaßnahmen und erzielt damit eine Abgrenzung zu dem

⁸⁵ Schöbener Burkhard (Hrsg.): Völkerrecht. Lexikon zentraler Begriffe und Themen, C. F. Müller, eine Marke der Verlagsgruppe Hühig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg 2014, S. 583.

⁸⁶ Sell L. Friedrich, Kermer Silvio: Aufgaben und Lösungen in der Volkswirtschaftslehre, Springer-Verlag, 3. Auflage, Berlin Heidelberg, 2013, S. 255.

⁸⁷ H. G. Kausch, in EPIL, Vol.1, S. 485 in *Schotten Gregor*: Wirtschaftssanktionen der Vereinten Nationen im Umfeld bewaffneter Konflikte, Berliner Wissenschaftsverlag, 2007, S112.

Embargo, das nur hoheitliche Maßnahmen umfasst. In diesem Sinne erwähnt Sell, dass „von einem Boykott [...] dann gesprochen werden [kann, Anmerkung d. Verf.], wenn private Akteure versuchen, einzelne Personen oder Personengruppen durch wirtschaftliche und/oder gesellschaftliche Isolierung zu maßregeln. Ein Boykott ist dann erfolgreich, wenn das Verhalten unterbunden und ein positiver Umschwung erwirkt wurde. Ein Boykott ist also eine privatrechtliche Maßnahme ohne staatliche Durchsetzungshilfe.“⁸⁸ Auch Schöbener ist der gleichen Ansicht und versteht unter „einem Boykott [...] Behinderungen des Wirtschaftsverkehrs [...], die von privater Seite ausgehen. Private Sanktionierungen stellen allerdings keine Wirtschaftssanktionen im Sinne des völkerrechtlichen Verständnisses dar.“⁸⁹

Schotten bezweifelt eine wirksame Begriffsabgrenzung zu dem Embargo in der Praxis, „da man gerade bei einem umfassenden Embargo indirekt auch durch die Beschränkung der Dienstleistungen und der Arbeitsmöglichkeiten, die in einem bestimmten Staat verrichtet werden sollen, auch zu einer Beschränkung des Personenverkehrs kommt.“⁹⁰

Die Personenverkehrsbeschränkung führt zu einer sozialen Isolation der einzelnen Individuen, die eigentlich nur bei einem Boykott zu finden ist, da dieser die wirtschaftliche und soziale Isolation sowohl von Staaten als auch von Individuen bezweckt, was bei einem Embargo nicht der Fall ist, da dieses nur gegen Staaten gerichtet ist.

Abbildung 4 unterteilt die Wirtschaftskrieg-Maßnahmen nach ihrer Wirksamkeit und Intensität.

⁸⁸ Sell F. Friedrich: Aufgaben und Lösungen in der Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2013, S.252.

⁸⁹ Schöbener Burkhard (Hrsg.): Völkerrecht: Lexikon zentraler Begriffe und Themen, C. F. Müller, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg 2014, S. 583.

⁹⁰ Schotten Gregor: Wirtschaftssanktionen der Vereinten Nationen im Umfeld bewaffneter Konflikte, Berliner Wissenschaftsverlag, 2007, S. 113.

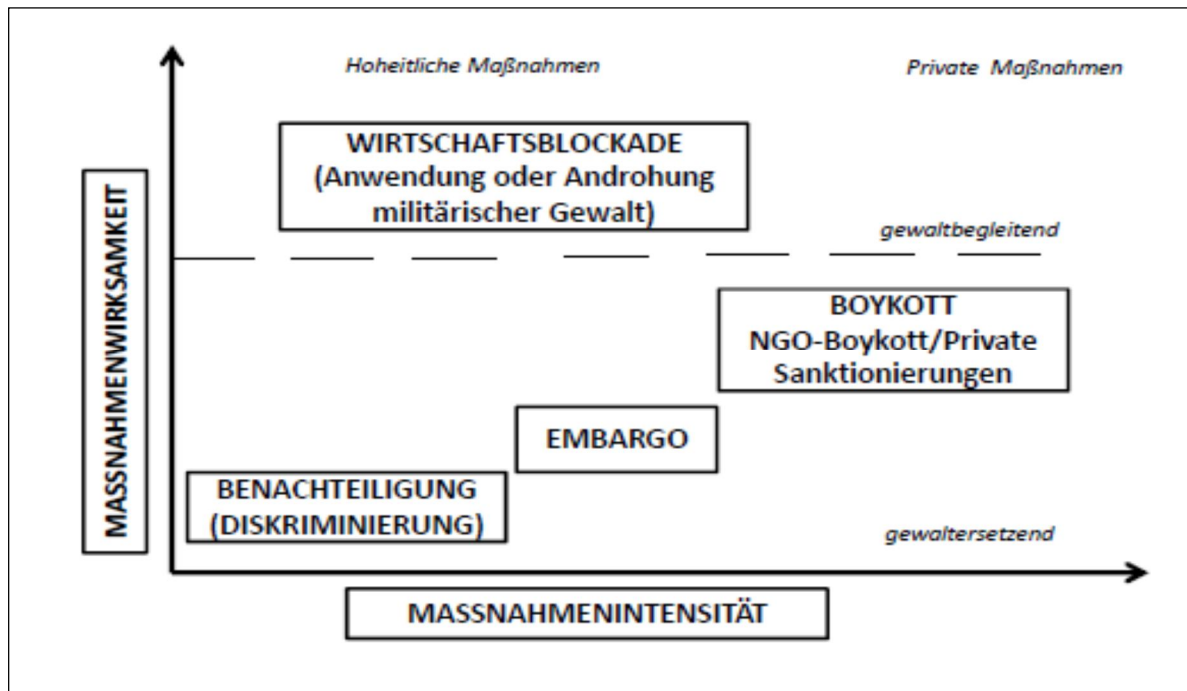


Abbildung 4: Wirksamkeit und Intensität der Wirtschaftskriegsmaßnahmen

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Schotten Gregor: Wirtschaftssanktionen der Vereinten Nationen im Umfeld bewaffneter Konflikte, Berliner Wissenschaftsverlag, 2007, S. 112 ff. *Schöbener Burkhard (Hrsg.): Völkerrecht: Lexikon zentraler Begriffe und Themen* C. F. Müller, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, 2014, S. 583. *Sell F. Friedrich: Aufgaben und Lösungen in der Volkswirtschaftslehre*, 3. Aufl., Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2013, S. 251. *Rose Nadine: Migration als Bildungsherausforderung*, Transcript Verlag, Bielefeld, 2012, S. 170.

4.2.1.3 Bevorzugung (Protektionismus)

„Protektionismus ist die Konsequenz daraus, dass ein Land oder einzelne Gesellschaftsgruppen innerhalb eines Landes die aus Freihandel resultierenden Marktergebnisse als untragbar empfinden und diese im Hinblick auf die Erreichung bestimmter Ziele autonom verändern möchten.“⁹¹

Die Hauptanliegen dieser Maßnahme liegen darin, dass das betreffende Land seinen Leistungs- bzw. Zahlungsbilanz dadurch erhöhen möchte, dass es nicht nur Autarkie, sondern auch die Unabhängigkeit von den internationalen Märkten anstrebt. Durch die Optimierung der eigenen Terms of Trade und die Einführung neuer staatlicher Einnahmenquellen (Zölle) soll die heimische Einkommensverteilung so beeinflusst werden, dass eine Erhöhung der Beschäftigungsquote erreicht wird. Abbildung 5 fasst dieses Vorgehen zusammen.

⁹¹ Haas Hans-Dieter, Neumair Simon-Martin: Internationale Wirtschaft: Rahmenbedingungen, Akteure, räumliche Prozesse, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2006, S. 61.

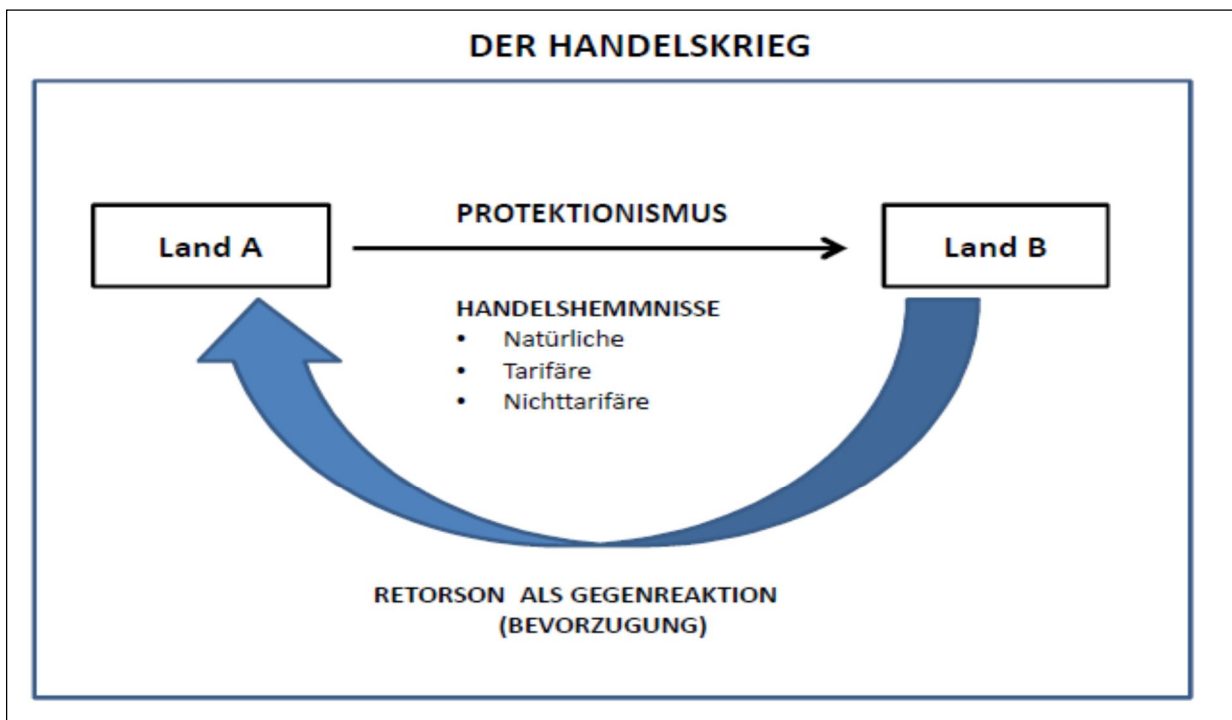


Abbildung 5: Handelskrieg

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Cezanne Wolfgang: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 6. Aufl., Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2005, S. 569. Haas Hans-Dieter, Neumair Simon-Martin: Internationale Wirtschaft: Rahmenbedingungen, Akteure, räumliche Prozesse, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2006, S. 64.

Ein anderer Grund für die Einführung protektionistischer Maßnahmen ist laut Haas und Neumair die „Bestrafung bzw. Kompensation von Handelsbeschränkungen anderer Länder (Retorsion).“ Man geht davon aus, dass „protektionistische Maßnahmen [...] sich im Einsatz von Handelshemmnissen [äußern, Anmerkung d. Verf.], welche die internationale Arbeitsteilung und den Handel in Volumen, Struktur und regionaler Ausrichtung verzerren und bewirken“.⁹²

Es wird zwischen natürlichen, tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen unterschieden. Haas und Neumair zählen nur die letzteren zwei Handelshemmnisse zu dem Protektionismus. Die tarifären Handelshemmnisse stellen „sämtliche Arten von Zöllen und Abschöpfungen“⁹³ dar.

„Carrè und De Melo beschreiben nichttarifäre Handelshemmnisse im weiteren Sinne als Maßnahmen, die den Handel in irgendeiner Weise behindern, aber keine Tarife sind. Der

⁹² Haas Hans-Dieter, Neumair Simon-Martin : Internationale Wirtschaft: Rahmenbedingungen, Akteure, räumliche Prozesse, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2006, S62.

⁹³ Häberle Siegfried: Das neue Lexikon der Betriebswirtschaftslehre, Band A-E, Oldenbourg, Wissenschaftsverlag GmbH, 2008, S. 538.

Handel zwischen Staaten wird durch nichttarifäre Handelshemmnisse also faktisch teurer oder teilweise ganz verhindert.“⁹⁴

Die Einführung protektionistischer Maßnahmen macht es wahrscheinlicher, dass das davon betroffene Land Vergeltungsmaßnahmen treffen wird. „Wenn dieses Land nun als Gegenreaktion einen Zoll einführt (Retorsionszoll), dann entsteht zwischen beiden Ländern ein Handelskrieg.“⁹⁵

4.2.2 Diplomatische Sanktionen

„Diplomatische Sanktionen sind häufig nur verbaler Natur, sie können aber auch viele andere Maßnahmen umfassen, und zwar grundsätzlich auf dem gesamten Feld der zwischenstaatlichen Beziehungen.“⁹⁶

Erfolgsversprechende Resultate können nur dann erwartet werden, wenn das Empfängerland Wert darauf legt, in der internationalen Gemeinschaft integriert zu bleiben. Die häufigsten Maßnahmen der diplomatischen Sanktionen „umfassen Protestnoten, verbale Verurteilungen und die Mobilisierung der öffentlichen Meinung, aber auch den Abzug der Diplomaten“⁹⁷ wie auch eventuelle Absagen offizieller Besuche oder Teilnahmen an Konferenzen und Sitzungen. Zusätzlich können auch Vorkehrungen getroffen werden, die dazu bestimmt sind, spezielle Wirtschaftsbereiche einzugrenzen, z. B. ein Waffenlieferungsverbot, und dadurch den politischen Willen durchzusetzen. Diese Vorkehrungen werden auch als politische Sanktionen bezeichnet.⁹⁸

Bei einer Analyse der Maßnahmen des Wirtschaftskrieges der letzten 20 Jahre ist festzustellen, dass auffallend oft sogenannte „smart sanctions“ oder „targeted sanctions“ eingesetzt wurden. Dies bedeutet, dass eine Vielfalt an Maßnahmen, z. B. diplomatische Sanktionen, Bevorzugung, Benachteiligung, Finanzsanktionen, Importverbote, Reiseverbote usw., miteinander verknüpft werden. Grund dafür ist, dass Sanktionen auf eine limitierte Personengruppe beschränkt werden sollten, um Unbeteiligte bzw. die Zivilbevölkerung weitgehend zu schonen.

⁹⁴ Vgl. Carrè und Melo, 2011, S. 172 in *Ankenbrand Tobias Wolfgang*: Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP, Diplomica Verlag GmbH, Hamburg 2015, S. 9.

⁹⁵ Cezanne Wolfgang: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 6. Aufl., Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2005, S.569.

⁹⁶ Frithjof Ehm: Das völkerrechtliche Demokratiegebot, Mohr Siebeck, Tübingen, 2013, S. 186.

⁹⁷ Sell F. Friedrich: Aufgaben und Lösungen in der Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2013, S.252.

⁹⁸ Vgl. Frithjof Ehm: Das völkerrechtliche Demokratiegebot, Mohr Siebeck, Tübingen, 2013, S. 186.

Ein Beispiel ist das aktuelle EU-Einreiseverbot, das nur für bestimmte russische Personen aus Wirtschaft und Politik gilt. Diese Maßnahme wurde mit Finanzsanktionen kombiniert, die wiederum nur für bestimmte Personengruppen gelten. Dadurch wurde die Zivilbevölkerung Russland weitgehend nicht betroffen.

5 METHODEN DES VERBORGENEN WIRTSCHAFTSKRIEGES

F. Mitterrand sagte zu Beginn seiner zweiten Amtsperiode in dem legendären „Brief an allen Franzosen“ Folgendes: „Betrachten wir die Wirtschaft, so sieht man ein Schlachtfeld vor sich, auf dem sich die Unternehmen einen gnadenlosen Krieg liefern. Gefangene werden nicht gemacht. Wer fällt, der stirbt. Der Sieger kämpft nach erprobten, kriegsstrategischen und sehr einfachen Regeln: die beste Vorbereitung, die schnellsten Bewegungen, der Vorstoß auf feindliches Terrain, gute Verbündete, der Wille zum Sieg.“⁹⁹ Viele führende Persönlichkeiten in Politik und Wirtschaft befürworteten die Denkweise des ehemaligen französischen Präsidenten. Aufgrund der ökonomischen Globalisierung ist davon auszugehen, dass sie zunehmend nach dem Prinzip „politischer Freund, wirtschaftlicher Feind“¹⁰⁰ agieren werden. „Zu der inzwischen auch als ‚Wirtschaftskrieg‘ betriebenen Konkurrenz zwischen Konzernen und nationalstaatlich definierten Wirtschaftsräumen gehört die Verfügung über das, was jetzt ‚Competitive Intelligence‘ genannt wird.“¹⁰¹ Vor diesem Hintergrund werden nachstehend einige Methoden und Strategien dieses verborgenen Wirtschaftskrieges kurz dargestellt.

5.1 Credit Default Swaps als finanzielle Massenvernichtungswaffen

„Kreditderivate stellen Instrumente dar, mit denen die Kapitalgeber und andere Marktteilnehmer (Sicherungsnehmer) Kreditrisiken und zum Teil Zinsänderungsrisiken aus Krediten, Anleihen und weiteren Positionen auf Sicherungsgeber übertragen können.“¹⁰²

Die Aufnahme von Kreditderivaten soll den Sicherungsnehmer vor Risiken schützen, mit denen seine Forderungen eventuell behaftet sind. Die Kreditderivatgeschäfte sehen eine Ausgleichszahlung an den Sicherungsnehmer für den Fall vor, dass ein Schaden eintritt. Deren Höhe ist von dem Wert des Referenzaktivums abhängig. „Als mögliche Referenzschuldner [Sicherungsnehmer, Anmerkung d. Verf.] können bspw. Industrieunternehmen, Banken oder Staaten in Betracht kommen.“¹⁰³ Der Sicherungsgeber erhält dafür eine Prämie, die monatlich, halbjährlich oder jährlich zu entrichten ist. „Die Höhe der Prämie hängt ab von der Boni-

⁹⁹ Gelbrich Katja, Müller Stefan: Handbuch Internationales Management, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2011, S. 1569.

¹⁰⁰ Vgl. Gelbrich Katja, Müller Stefan: Handbuch Internationales Management, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2011, S. 1569.

¹⁰¹ Hack Lothar: Wie Globalisierung gemacht wird. Edition Sigma, Berlin, 2007, S. 23

¹⁰² Becker Hans Paul: Investition und Finanzierung. Grundlagen der betrieblichen Finanzwirtschaft, 3. Aufl., GVV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2009, S. 311.

¹⁰³ Vgl. Wagner E.: Credit Default Swaps und Informationsgehalt, S. 26 in Olbrich Alexander: Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten der Kategorie „Fortgeführte Anschaffungskosten“ nach IFRS 9, Josef EUL Verlag GmbH, Lohmar-Köln, 2012, S. 90.

tät des Referenzschuldners, von der Bonität des Sicherungsgebers, der Vertragslaufzeit, der Definition des Schadensereignisses und anderen Faktoren.“¹⁰⁴

Neben Total Return Swaps und Credit Linked Notes stellen die Credit Default Swaps die Hauptform der Kreditderivate dar. „Ein Credit Default Swap (CDS) ist eine Art Kreditausfallversicherung (Kreditderivat). Gegen die Zahlung einer Prämie erhält der Halter eines CDS bei Ausfall (sog. Kreditereignis) eines Kredits/einer Anleihe den Nennbetrag ausbezahlt. [Ein Credit Default Swap, Anmerkung d. Verf.] dient sowohl der Risikoabsicherung, wie auch der Arbitrage und spekulativen Zwecken (ungedeckter CDS).“¹⁰⁵ Abbildung 6 stellt die Funktionsweise von CDS dar.

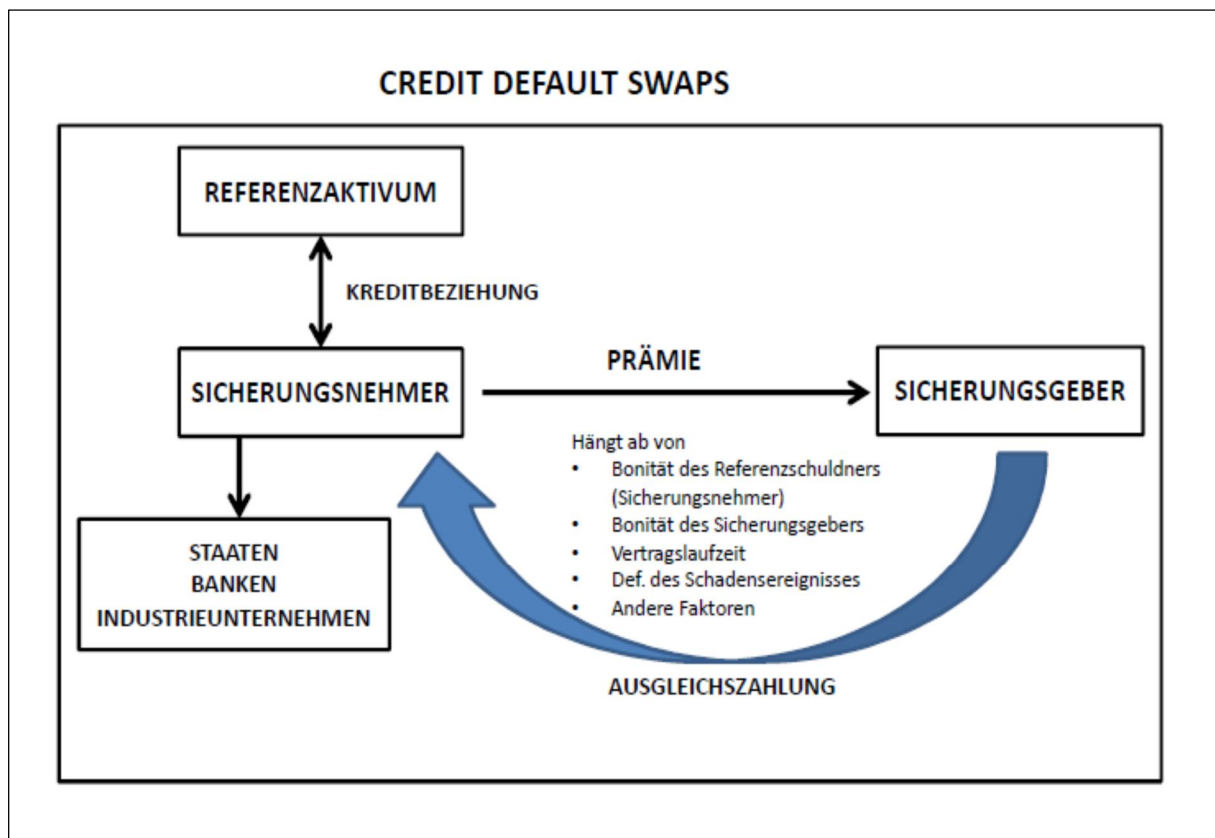


Abbildung 6: Credit Default Swaps

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Wagner E.: Credit Default Swaps und Informationsgehalt, S. 26 zitiert nach Olbrich Alexander: Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten der Kategorie „Fortgeführte Anschaffungskosten“ nach IFRS 9, Josef EUL Verlag GmbH, Lohmar, Köln, 2012, S. 90, Becker Hans Paul: Investition und Finanzierung. Grundlagen der betrieblichen Finanzwirtschaft, 3. Aufl., GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2009, S. 312, Mayer Dirk (Hrsg.): Die Zukunft der Währungsunion. Chancen und Risiken des Euros, Lit Verlag Dr. W. Hopf, Berlin, 2012, S. 303.

¹⁰⁴ Becker Hans Paul: Investition und Finanzierung. Grundlagen der betrieblichen Finanzwirtschaft, 3. Aufl., GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2009, S. 312.

¹⁰⁵ Mayer Dirk (Hrsg.): Die Zukunft der Währungsunion. Chancen und Risiken des Euros, Lit Verlag Dr. W. Hopf, Berlin, 2012, S. 303.

Warren Buffet warnte schon 2002 vor den CDS, als er diese als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ einstufte.¹⁰⁶

Obwohl „das Verbot des Abschlusses von CDS, die keinen Absicherungszweck verfolgen und deren Referenzverbindlichkeit eine Verbindlichkeit von Staaten oder Körperschaften der EU ist, die Stabilität des Finanzsystems schützen [sollte, Anmerkung d. Verf.], indem das Kreditausfallrisiko dieser öffentlich rechtlichen Schuldner nicht zum Spekulationsobjekt an den Finanzmärkten wird“¹⁰⁷, Lachmann, Haupt und Farmer haben gesagt, dass CDS von Staaten sinnlos, da die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Schadenereignisses (Credit Event) minimal ist, (es „[...] (kommt pro Staat nur alle paar Jahrzehnte vor), aber der Schaden ist dann immens hoch und liegt oft beim Vielfachen des Eigenkapitals der Versicherung. [...] Bei großen Staaten müsste man also davon ausgehen, dass die Emittenten des CDS ebenfalls Bankrott gehen. So gibt es derzeit die groteske Situation, dass der US-Versicherungsgigant AIG nur durch Staatshilfe am Leben erhalten wird, aber selbst für den Ausfall von Kapitaldienst auf US-Staatsanleihen gerade stehen [sic] will.“¹⁰⁸

Wie bereits erörtert sind strategische Räume solche, „in denen Terraingewinne und Terrainverluste für den Ausgang der Kriege entscheidend sind“¹⁰⁹. Mühlmann legt nahe, CDS „als strategischen Raum zu betrachten], in dem man durch die stetige Erhöhung der CDS-Gebühren rivalisierende Staaten in den Staatsbankrott treiben kann.“¹¹⁰

Wenn Liquiditätsengpässe und Unruhe auf dem Kapitalmarkt eines Staates auftreten, spiegeln sie sich in die Refinanzierungsperspektive sowohl der einheimischen Banken als auch des Staates selbst wider. „Da fast alle Staaten mehr oder weniger kurzfristig ihre revolvierende Schuld erneuern (müssen), also zur Ablösung ablaufender Anleihen und Verbindlichkeiten neu aufnehmen, würden sie nach einem Zusammenbruch der Finanzmärkte sehr schnell finanziell ausbluten, weil fällige Kredite nicht erneuert werden könnten“¹¹¹, und letztendlich wird der betroffene Staat Bankrott erklärt. Eine weitere „Waffe“, die oft in diesem Zusammenhang zusätzlich eingesetzt wird, ist die Herabstufung der Bonität eines Staates durch Ratingagenturen.

¹⁰⁶ Vgl. Meck Georg: *The Deutsche: Investmentbanker an der Macht*, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2012, S. 101.

¹⁰⁷ Schlitt Michael (Hrsg.): *Finanzierungsstrategien im Mittelstand*, Springer Fachmedien, Wiesbaden, 2014, S. 133.

¹⁰⁸ Farmer Karl (Hrsg.): *Die Krise der Weltwirtschaft*, 2. Aufl., Lit Verlag Dr. W. Hopf, Berlin, 2012, S. 80.

¹⁰⁹ Mühlmann Heiner: *Europa im Weltwirtschaftskrieg*, Wilhelm Fink Verlag, München, 2013, S. 41.

¹¹⁰ Mühlmann Heiner: *Europa im Weltwirtschaftskrieg*, Wilhelm Fink Verlag, München, 2013, S. 41.

¹¹¹ Isensee Josef, Paul Kirchhof: *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, C. F. Müller Verlagsguppe, Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, 2012, S. 464.

Hinzu kommt, dass ein offizieller Staatsbankrott eine Auflösung dieser CDS-Absicherungen implizieren würde, was wiederum „zu einer brandgefährlichen Kettenreaktion in den Märkten führen würde“¹¹² und dadurch weitere Staaten davon betroffen sein könnten.

Die CDS können nicht nur auf hoheitlicher Ebene als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ eingesetzt werden (Abb. 7). Wie bereits erwähnt, werden sie auch von Banken, Instituten und privaten Unternehmen in Anspruch genommen und könnten somit auch für diese unter Umständen eine potentielle Gefahr darstellen.

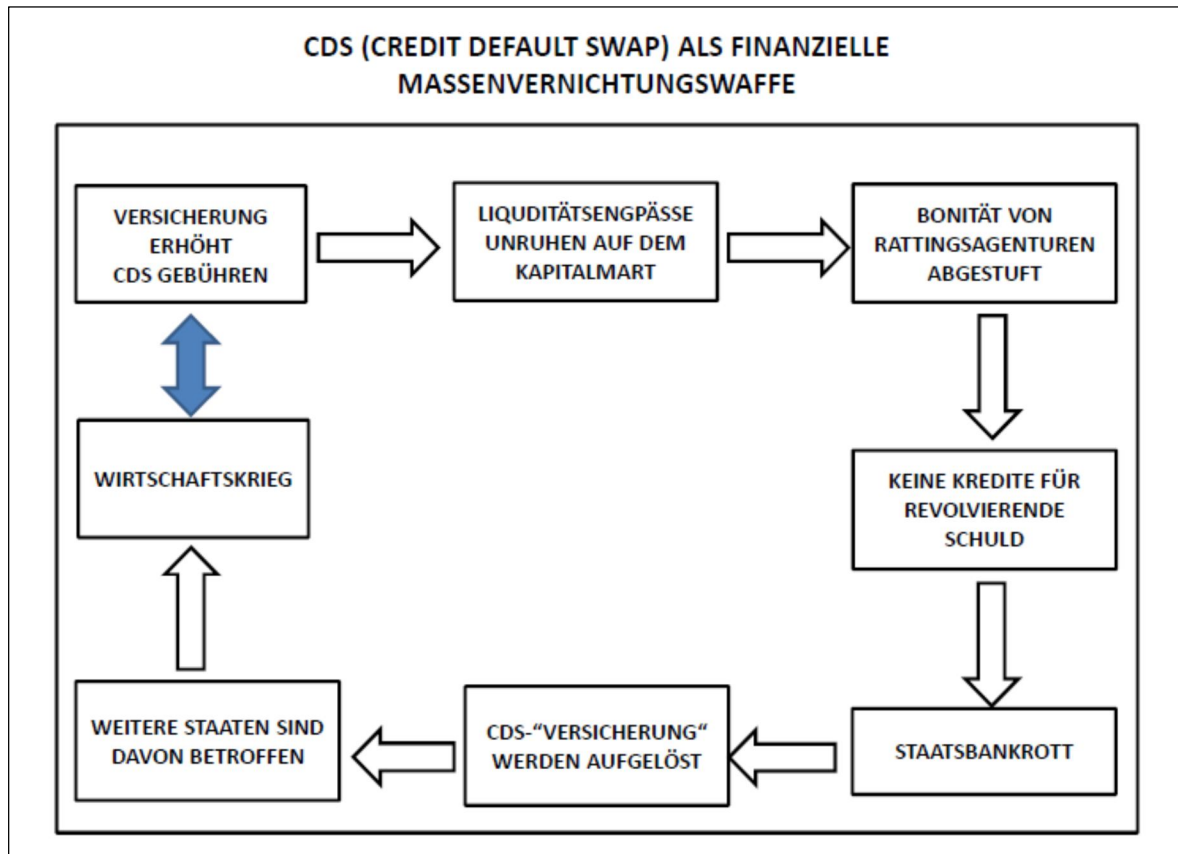


Abbildung 7: Credit Default Swap als finanzielle Massenvernichtungswaffe

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Mühlmann Heiner: Europa im Weltwirtschaftskrieg, Wilhelm Fink Verlag, München, 2013, S. 41; Isensee Josef, Kirchhof Paul: Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, C. F. Müller Verlagsgruppe, Heidelberg, 2012, S. 464.

¹¹² <http://diepresse.com/home/politik/eu/4766782/Griechenland-Die-USA-sind-schon-seit-44-Jahren-insolvent>, 04.11.2012.

5.2 Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage

„Das Ende des Kalten Krieges und die damit einhergehende politische Entspannung führte lediglich zu einer Verlagerung von militärischen und politischen auf wirtschaftliche Spionageziele.“¹¹³ Dies sollte den Staaten und den privaten Unternehmen eine bessere Wirtschaftstellung im Rahmen der Globalisierung zusichern.

„Neben legalen Methoden versuchen Unternehmen und Staaten in zunehmendem Maße mittels Wirtschaftsspionage Informationen zu erlangen.“¹¹⁴

„Wirtschaftsspionage kann eine Frontlinie eines Wirtschaftskrieges sein“¹¹⁵. Da oft der Begriff Wirtschaftsspionage mit dem der Competitive Intelligence (CI) verwechselt wird, wird in im Rahmen dieser Forschungsarbeit eine Begriffsabgrenzung vorgenommen, indem beide Begriffe näher untersucht werden.

Die begriffliche Vermischung von CI und Wirtschaftsspionage ist sehr verbreitet.¹¹⁶ Sie geht darauf zurück, dass das Erkenntnisziel beider Handlungsfelder, also der Wirtschaftsspionage und der CI, die Informationsgewinnung ist. Während Daten durch Syntax verbundene Zeichen und Signale darstellen und die Form von Texten, Zahlen, Abbildungen oder auch Video- und Audiodokumenten haben, sind Informationen nur „die Teilmenge von Daten, die aufgrund eines Kontextes (z. B. Nutzung für Unternehmung) selektiert, geordnet (i. e. S. analysiert) und verfügbar gemacht werden. Davon zu unterscheiden ist das Wissen, das die von Menschen erfassten, verstandenen und verknüpften Informationen umfasst.“¹¹⁷ Informationen stellen einen wichtigen Bestandteil des Wirtschaftsprozesses dar und sind für die Festlegung einer Unternehmensstrategie entscheidend. Informationen können öffentlich, der Zu-

¹¹³ Knack Robert: Wettbewerb und Kooperation: Wettbewerberorientierung in Projekten radikaler Innovation, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006, S. 169. Vgl. auch Lux C./Peske T.: Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage. Analyse, Praxis, Strategie, Gabler Verlag, Wiesbaden, 2002, S. 12.

¹¹⁴ Knack Robert: Wettbewerb und Kooperation: Wettbewerberorientierung in Projekten radikaler Innovation, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006, S. 169.

¹¹⁵ Gelbrich Katja, Müller Stefan: Handbuch Internationales Management, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2011, S. 1569.

¹¹⁶ Vgl. Lux Christian, Peske Thorsten: Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage. Analyse, Praxis, Strategie, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2002, S. 17 und *Keuper Frank, Neumann Fritz (Hrsg.): Wissens- und Informationsmanagement. Strategie, Organisation und Prozesse*, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2009, S. 397.

¹¹⁷ Lux Christian, Peske Thorsten: Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage. Analyse, Praxis, Strategie, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2002, S. 17.

gang zu ihnen kann aber auch beschränkt oder sie können geheim sein, was impliziert, dass es neben einer legalen auch eine illegale Beschaffung gibt.¹¹⁸

5.2.1 Competitive Intelligence (CI)

2007 definierte die Society of Competitive Intelligence Professionals (SCIP) CI als „the legal and ethical collection and analysis of information regarding the capabilities, vulnerabilities and intentions of business competitors.“¹¹⁹ Somit sind „illegal beschaffte Informationen nicht Teil der CI, gesetzlich relevante Aspekte der Informationsbeschaffung fallen damit in den Bereich der Wirtschaftsspionage. Jedoch bleibt zwischen legalem und ethischem Verhalten eine Grauzone, die von der nationalen Kultur, der Branche und persönlichen Wertvorstellungen abhängt.“¹²⁰

Im englischsprachigen Raum wird der Begriff Competitive Intelligence einerseits dazu verwendet, um auf der einen Seite den Prozess, „durch den Informationen über Wettbewerber und das Unternehmensumfeld in Wissen zur Unterstützung strategischer Entscheidungen transferiert wird“¹²¹, zu beschreiben, andererseits bezeichnet er auch das Endergebnis (engl. Intelligence = Erkenntnisse) dieses Prozesses.¹²²

„Ausgehend von der Marktforschung, die u. a. durch Instrumente der empirischen Markt- und Sozialforschung unterstützt wird und die Entwicklungen auf dem Markt beobachtet, werden bei der Competitive Intelligence, sofern möglich, Bereiche der internen Unternehmensumwelt ebenfalls analysiert.“¹²³

¹¹⁸ Vgl. *Tsolkas Alexander, Wimmer Friedrich*: Wirtschaftsspionage und Intelligence Gathering; Springer Fachmedien, Wiesbaden 2013, S. 65. *Kersten Heinrich, Klett Gerhard*: Data Leakage Prevention, Datakontext, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, 2014, S.37. *Keuper Frank, Neumann Fritz (Hrsg.)*: Wissens- und Informationsmanagement. Strategie, Organisation und Prozesse, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2009, S. 397. *Knack Robert*: Wettbewerb und Kooperation: Wettbewerberorientierung in Projekten radikaler Innovation, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2006, S.168 und 169. Vgl. auch *Maier*, 1992, S.17.

¹¹⁹ *Miltiadis D. Lytras, Damiani Ernesto, De Pablos Patricia Ordonez*: Web 2.0. The Business Modell, Springer Science + Business Media, LLC, 2009, S. 282.

¹²⁰ *Keuper Frank, Neumann Fritz (Hrsg.)*: Wissens- und Informationsmanagement. Strategie, Organisation und Prozesse, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2009, S. 397.

¹²¹ *Freibichler Wolfgang*: Competitive Manufacturing Intelligence, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006, S. 70.

¹²² Vgl. *Lux Christian, Peske Thorsten*: Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage. Analyse, Praxis, Strategie, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2002, S. 27 und *Freibichler Wolfgang*: Competitive Manufacturing Intelligence, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006, S. 70.

¹²³ *Jäger Thomas (Hrsg.)*: Handbuch Sicherheitsgefahren, Springer Fachmedien Wiesbaden, 2015, S. 529.

Der Prozess der Informationsgewinnung wurde in den 60er Jahren in den Handbüchern der Central Intelligence Agency (CIA) dargestellt und bildet somit „ein Konzept der Informationsbeschaffung und Auswertung, dessen Entwicklung nachrichtendienstlichen Ursprung ist“¹²⁴.

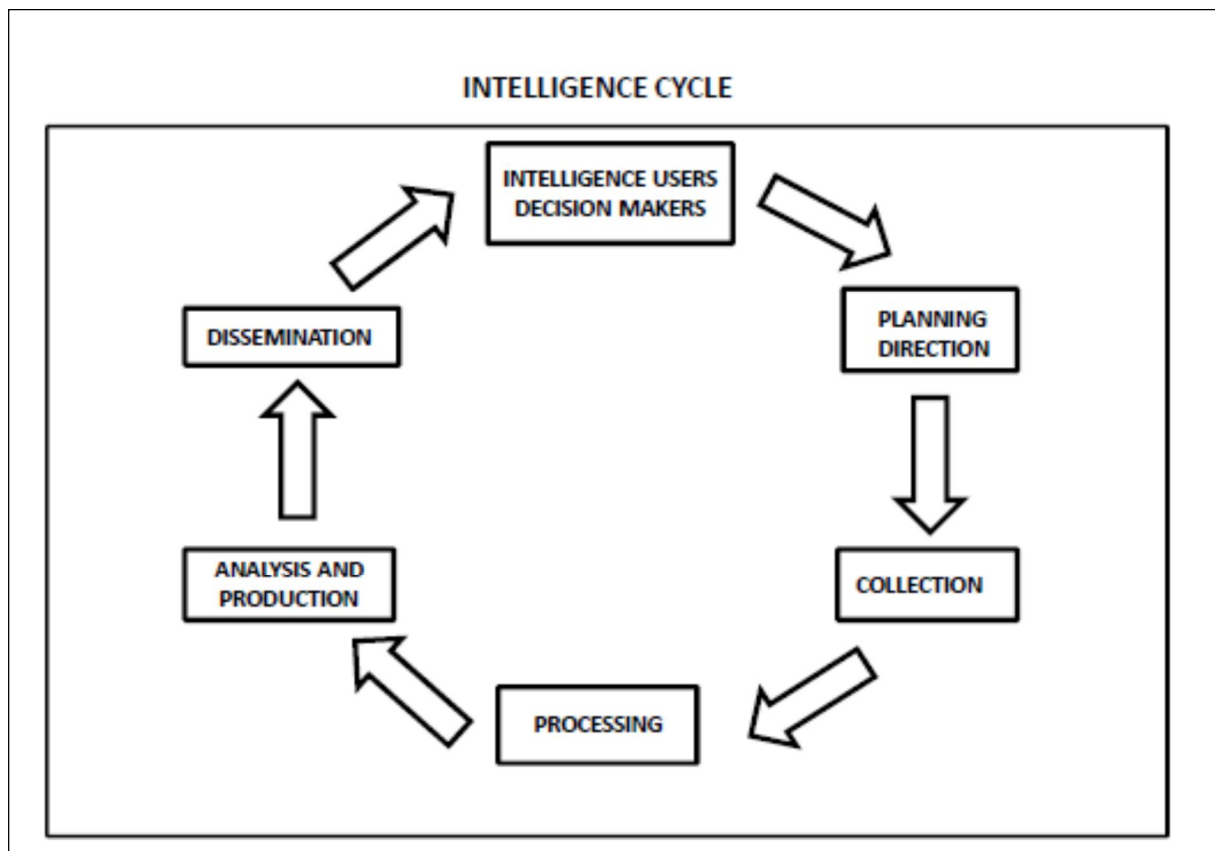


Abbildung 8: Intelligence Cycle

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Lux Christian, Peske Thorsten: Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage. Analyse, Praxis, Strategie, Springer Fachmedien, Wiesbaden, 2002, S. 28.

Der in Abbildung 8 dargestellte Intelligence Cycle besteht aus 5 Schritten:

- Planung (Planning Direction),
- Informationssammlung (Collection),
- Informationsbearbeitung (Processing),
- Informationsanalyse (Analysis and Production),
- Ergebnisse vorstellen (Dissemination).

Im ersten Schritt wird geplant, welche Daten gesammelt werden sollen. Die gesammelten Rohinformationen werden im Schritt Processing (Informationsbearbeitung) geordnet, gespei-

¹²⁴ Lux Christian, Peske Thorsten: Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage. Analyse, Praxis, Strategie, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2002, S. 27.

chert und geprüft. Im Rahmen der Informationsanalyse werden die Daten mit bereits vorhandenem Wissen verglichen, assoziiert und mit Hilfe unterschiedener Analyseinstrumente verarbeitet. Zuletzt werden die Ergebnisse den Intelligence Users und Decision Makers vorgestellt.

CI hat sich in der Wirtschaft als durchaus effektiv erwiesen: „Empirische Befunde belegen je nach Perspektive der Untersuchung einen positiven Zusammenhang zwischen:

- Wettbewerberinformationen und Innovations- sowie Unternehmensleistung,
- Informationsgenerierung und dem Unternehmenserfolg,
- CI-Prozess und dem Innovationserfolg.“¹²⁵

5.2.2 Wirtschaftsspionage

„Informationen, die aus nicht offenen Quellen bezogen werden, müssen möglicherweise gegen den Willen eines Akteurs beschafft werden, in dessen Interesse liegt, diese Informationen geheim zu halten. Informationsbeschaffung hat entweder das Ziel, Einzelheiten über das Verhalten und die vermutlichen Absichten eines Gegners zu beschaffen (z. B. über Strategien im Allgemeinen oder bestimmte Operationen im Speziellen), andererseits aber auch Kenntnis über technische Einzelheiten zu erlangen (z. B. technisches Know-How [sic] für Forschung und Entwicklung oder Fertigungstechniken). Dies gilt für die militärische Informationsbeschaffung genauso wie für die Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung.“¹²⁶

Laut Mucksch stellt die Spionage einen Transfer von Wissen dar, das mittels illegalen Praktiken beschafft wurde.¹²⁷ Analog dazu und im Sinne von Lux und Peske ist die Wirtschaftsspionage „jede illegale Tätigkeit, deren Ziel die Beschaffung und Verwertung von Informationen über ein Unternehmen oder von Informationen, die in einem Unternehmen benutzt oder gewonnen werden.“¹²⁸

¹²⁵ Vgl. *Marinova* (2004), S. 12 ff. *Jaworsky/Wee* (1993), S. 26, *Bramanian/Ishak* (1998), S. 19, und *Lux/Peske* (2002), S. 62 f. *Li/Calantone* (1998), S. 25, und *McGonagle/Vella* (2002), S.82 in *Keuper Frank/Neumann Fritz (Hrsg.): Wissens- und Informationsmanagement. Strategien, Organisation und Prozesse*, GWV Fachverlage GmbH, 2009, S. 394.

¹²⁶ Eppacher Thomas: *Private Sicherheits- und Militärfirmen: Wesen, Wirken und Fähigkeiten*, LIT Verlag GmbH & Co.KG, Wien, 2012, S. 276.

¹²⁷ Vgl. Mucksch Harry: *Datenschutz und Datensicherung in Klein- und Mittelbetrieben*, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, 1998, S. 74.

¹²⁸ Lux Christian, Peske Thorsten: *Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage. Analyse, Praxis, Strategie*, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2002, S. 29. Vgl. auch *Maier*, 1992, S17 und *Knack Robert: Wettbewerb und Kooperation: Wettbewerberorientierung in Projekten radikaler Innovation*, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006, S. 168.

Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz unterscheidet zwischen Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung.¹²⁹ Demnach ist unter Wirtschaftsspionage die „staatlich gelenkte oder gestützte, von Nachrichtendiensten fremder Staaten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Betrieben“¹³⁰ zu verstehen. Die Wirtschaftsspionage wird irrtümlicherweise oft mit Begriffen wie illegalem Technologietransfer oder Betriebsspionage bezeichnet.

Die Konkurrenzausspähung wird vom deutschen Bundesamt für Verfassungsschutz als „Ausforschung, die ein (konkurrierendes) Unternehmen aus dem In- oder Ausland, Anmerkung d. Verf.] gegen eine anderes betreibt“¹³¹ beschrieben. Auch dieser Begriff wird fälschlicherweise als Synonym für die Industriespionage oder die Werksspionage verwendet.¹³² Im Gegensatz zu der Wirtschaftsspionage ist die Konkurrenzausspähung, die sogenannte „Konkurrenzspionage oder auch Wettbewerbsspionage [...] der Teil der Wirtschaftsspionage, der durch private Organisationen initiiert wird“¹³³

Eine besorgniserregende Situation entsteht, wenn Staaten oder Nachrichtendienste Wirtschaftsspionage betreiben oder eigene private Organisationen bei der Ausspähung der Konkurrenz unterstützen, um damit Weltmarktvorteile zu erlangen. Diesbezüglich schilderte Töb-
bens bereits 2000 eine Entwicklung, die teilweise immer noch aktuell ist: „Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes sind bei der Wirtschaftsspionage die Staaten des früheren Ostblocks (allen voran Russland, aber auch Rumänien, Polen und Bulgarien), asiatische Länder wie die Volksrepublik China und Nordkorea und Staaten des Nahen und Mittleren Ostens (Iran, Irak, Libyen und Syrien) besonders aktiv, aber auch bei den Nachrichtendiensten befreundeter Staaten wie den U.S.A. und Frankreich wird ein entsprechendes Vorgehen vermutet.“¹³⁴

¹²⁹ Vgl. *Eppacher Thomas*: Private Sicherheits- und Militärfirmen: Wesen, Wirken und Fähigkeiten, LIT Verlag GmbH & Co.KG, Wien, 2012, S. 276 und *Lux Christian, Peske Thorsten*: Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage. Analyse, Praxis, Strategie, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2002, S. 29.

¹³⁰ Kersten Heinrich, Klett Gerhard: Data Leakage Prevention, Datakontext, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GbmH, Heidelberg, 2014, S. 37.

¹³¹ Bundesamt für Verfassungsschutz für die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern: Wirtschaftsspionage. Information und Prävention, Vereinigte Verlagsanstalten, Düsseldorf, 2002, S. 6.

¹³² Vgl. ¹³² *Eppacher Thomas*: Private Sicherheits- und Militärfirmen: Wesen, Wirken und Fähigkeiten, LIT Verlag GmbH & Co.KG, Wien, 2012, S. 276.

¹³³ Knack Robert: Wettbewerb und Kooperation: Wettbewerberorientierung in Projekten radikaler Innovation, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2006, S. 168 f. Knack stützt seine Aussage auf folgende Quellen: Feuerlein Hermann: Die Wettbewerb Spionage, 1987, S. 185. ff; Liebl K.: Betriebs-Spionage. Begehungsformen-Schutzmaßnahmen-Rechtsfragen, Ingelheim, 1987, S. 22.

¹³⁴ Kersten Heinrich, Klett Gerhard: Data Leakage Prevention, Datakontext, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GbmH, Heidelberg, 2014, S. 37. Kersten und Klett stützen ihre Aussage auf folgende Quelle: Töb-
bens W. Hans: Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland, Neue Zeitschrift für Strafrecht, 2000, S. 505.

Auf die Ausführungen Többens Bezug nehmend, äußern Kersten und Klett Bedenken über die Entwicklung: „Die aktuellen Entwicklungen mit den Spionage-Systemen PRISMA (USA) und TEMPORA (GB) erhärten und verstärken diese Aussagen.“¹³⁵

Laut Faust „halten sich in den USA, die weltweit führend sind im Wissenschafts- und Techniksektor, die meisten Spione für diesen Bereich auf, um amerikanische Unternehmen auszuforschen. Umgekehrt spionieren aber auch die USA andere Wirtschaftsmächte – etwa in der EU – aus.“¹³⁶

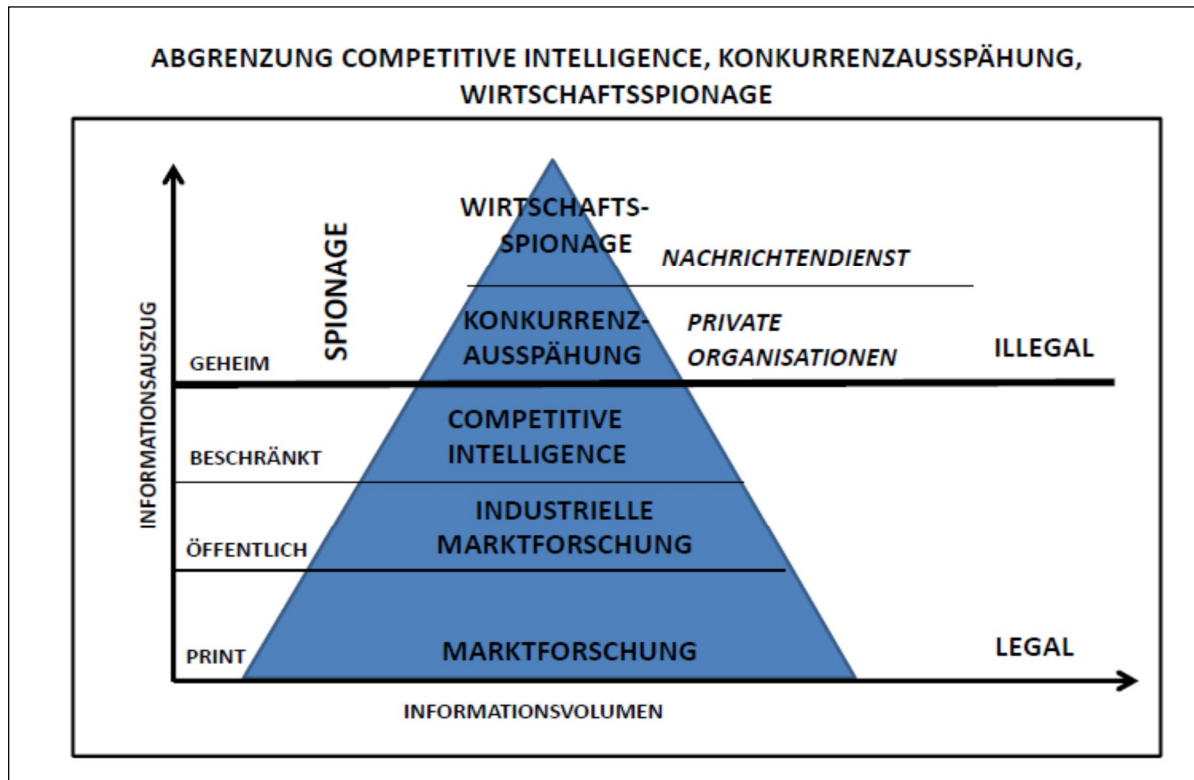


Abbildung 9: Abgrenzung Competitive Intelligence, Konkurrenzausspähung, Wirtschaftsspionage

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an *Tsolkas Alexander, Wimmer Friedrich: Wirtschaftsspionage und Intelligence Gathering*; Springer Fachmedien, Wiesbaden 2013, S. 65, *Kersten Heinrich, Klett Gerhard: Data Leakage Prevention*, Datakontext, Heidelberg, 2014, S. 37; *Keuper Frank, Wölbing Ines: Wissens- und Informationsmanagement. Strategie, Organisation und Prozesse*, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2009, S. 397, *Knack Robert: Wettbewerb und Kooperation: Wettbewerberorientierung in Projekten radikaler Innovation*, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2006, S. 168 und 169.

¹³⁵ Kersten Heinrich, Klett Gerhard: *Data Leakage Prevention*, Datakontext, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GbmH, Heidelberg, 2014, S. 38.

¹³⁶ Faust A. Dominik: *Effektive Sicherheit: Analyse des Systems kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen und Entwurf eines alternativen Sicherheitssystems*, Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden, 2002, S. 159. Vgl. Compbell, Duncan: *Development of Surveillance Technology and Risk of Abuse of Economic Intercepted Information*, Vol. 215. Schröm Oliver: *Verrat unter Freunden – Wie die NSA, Amerikas größter und verschwiegenster Geheimdienst, deutsche Firmen ausspioniert und dabei einen Milliarden Schaden anrichtet*, in: *Die Zeit*, 30.09.1999, S. 13-15. Treverton Gregory E.: *Die Zukunft der Spionage – Das Ende des kalten Krieges zwingt die Nachrichtendienste zu großen Änderungen*, in: *N.Z.Z.*, 18/19., Dez. 1999, S. 55

Da beide Erscheinungsformen sich mit der Beschaffung geheimen Informationen beschäftigen, sind „Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung [...] Phänomenen, die trotz enormer Auswirkungen kaum eine öffentliche Wahrnehmung erfahren“¹³⁷. Ihre Ziele bestehen darin, geheime Informationen über

- „Unternehmens-, Markt- und Absatzstrategien,
- Zielrichtungen und Methoden der Forschung,
- Preisgestaltung und Konditionen,
- Unternehmensfusionen und -absprachen,
- Technologie und Kunden und
- Aktuellem Know-How [sic] der Produktentwicklung und Produktionstechnik“¹³⁸ in Erfahrung zu bringen. Je nach Situation werden Methoden angepasst, wobei sowohl die menschlichen Schwächen sowie die neuesten Medien und Technologien berücksichtigt werden. Methoden wie
- „Klassisches ‚Social Engineering‘,
- Web 2.0, Soziale Netzwerke (‚Facebook‘),
- Hacking mit Identitätsdiebstahl, unberechtigter Zugang zu Unternehmensnetzen,
- Abhören ungesicherter drahtloser Netze (öffentliche Access Points, GSM-Mobilfunkzellen),
- Infiltration von Malware (Trojaner) über Netze und Speichermedien (USB-Sticks),
- Entwenden und/oder Zweckentfremden von mobilen Endgeräten, speziell Smartphones und Tablet-Computer,
- Entwenden von Dokumenten und Datenträgern durch physischen Diebstahl, Anfertigen von Kopien/Fotografien von Unterlagen nach unerlaubtem Zutritt zu Unternehmensbereichen“¹³⁹ stellen nur einen Bruchteil der angewendeten Vorgehensweisen dar.

5.2.2.1 *Ecole de Guerre Économique*

Ecole de Guerre Économique, die der Ecole Supérieure Libre des Sciences Commerciales Appliquées angeschlossen ist und sowohl vom französischen Verteidigungsministerium als auch von private Unternehmen, wie z. B. die Rüstungsberatungsfirma Défense Conseil In-

¹³⁷ Eppacher Thomas: Private Sicherheits- und Militärfirmen: Wesen, Wirken und Fähigkeiten, LIT Verlag GmbH & Co.KG, Wien, 2012, S. 276. Eppacher stützt diese Aussage auf Donald 2008:136.

¹³⁸ Kersten Heinrich, Klett Gerhard: Data Leakage Prevention, Datakontext, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GbmH, Heidelberg, 2014, S. 38.

¹³⁹ Kersten Heinrich, Klett Gerhard: Data Leakage Prevention, Datakontext, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GbmH, Heidelberg, 2014, S. 38 f.

ternational gefördert wird, wurde 1997 von Wehrexpertern und Geheimdienstlern in Paris als Äquivalent der School of Information Warfare der Georgetown University eingerichtet und ist bis zum heutigen Tag die einzige Schule dieser Art in Europa geblieben.¹⁴⁰

„Nach Ansicht der an dieser ‚Schule für Wirtschaftskrieg‘ beschäftigten Dozenten bieten in einer Wirtschaft, in welcher das Angebot längst größer ist als die Nachfrage, innovative Produkte und Dienstleistungen häufig keinen wesentlichen, jedenfalls keinen entscheidenden Wettbewerbsvorteil mehr.“¹⁴¹ Aus diesem Grund sind Informationen sehr wertvoll geworden.

Das Ziel dieser „Schule für Wirtschaftskrieg“ ist, laut Christian Harbulot, Leiter der Ecole de Guerre Économique, die „Ausbildung in Angriffs- und Verteidigungsmethoden, denen Unternehmen und Regierungen im Wettlauf der Globalisierung ausgesetzt sind.“¹⁴² In Seminaren wie Kognitive Kampftechniken, Einfluss-Management über das Internet, Verhandlungsstrategie, Transfer militärischer Techniken auf die Unternehmenskultur usw. werden den Studenten militärische und wirtschaftliche „Methoden der ‚offensiven Informationsbeschaffung‘ [sic] der ‚Destabilisierungsstrategie‘ oder der ‚Umzingelungstaktiken‘¹⁴³ vermittelt, unter anderem wird auch gelehrt, wie gezielt Gerüchte, beispielsweise angebliche Bilanzfälschungen, Schmiergeldzahlungen, Nebenwirkungen bei Medikamenten usw., verbreitet und Desinformationskampagnen durchgeführt werden.¹⁴⁴ Des Weiteren lernen sie, „wie sie sich als Manager gegen Verleumdungskampagnen wehren, aber auch wie sie Geschäftskonkurrenten mittels eines Info-Krieges destabilisieren können.“¹⁴⁵

Nach Ansicht Harbulots ist die intelligent eingesetzte Information die schärfste Waffe des Wirtschaftskrieges,¹⁴⁶ da die Informationsgesellschaft das Wesen der weltweiten Wirt-

¹⁴⁰ Vgl. *Hack Lothar*: Wie Globalisierung gemacht wird, Edition Sigma, Berlin 2007, S. 23. Und *Gelbrich Katja, Müller Stefan*: Handbuch Internationales Management, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2011, S. 1569. Waschinski Gregor: Wirtschaftskrieger; Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/wirtschaftskrieger-hochschule-fuer-hauen-und-stechen-a-470728.html>, 11.03.2007, S. 1.

¹⁴¹ Gelbrich Katja, Müller Stefan: Handbuch Internationales Management, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2011, S. 1569.

¹⁴² Mönninger Michael: Lügengebäude: Der Krieg der Köpfe, Zeit Online, http://www.zeit.de/2003/09/Kriegsschule_09, 20.02.2003, S. 1.

¹⁴³ Micic Pero: Der ZukunftsManager, Rudolf Haufe Verlag GmbH & Co. KG, Freiburg i. Br., 2003, S. 85.

¹⁴⁴ Vgl. *Gelbrich Katja, Müller Stefan*: Handbuch Internationales Management, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2011, S. 1569. *Gregor Waschinski*: Wirtschaftskrieger, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/wirtschaftskrieger-hochschule-fuer-hauen-und-stechen-a-470728.html>, 11.03.2007. *Mönninger Michael*: Lügengebäude: Der Krieg der Köpfe, Zeit Online, http://www.zeit.de/2003/09/Kriegsschule_09, 20.02.2013, S. 3.

¹⁴⁵ Holzinger Stephan, Wolff Uwe: Im Namen der Öffentlichkeit. Litigation – PR als strategisches Instrument bei juristischen Auseinandersetzungen, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2009, S. 153.

¹⁴⁶ Waschinski Gregor: Wirtschaftskrieger, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/wirtschaftskrieger-hochschule-fuer-hauen-und-stechen-a-470728.html>, 11.03.2007.

schaftskonflikte verändert hat.¹⁴⁷ Die Anonymität des Internets erlaubt mittels getarnter Webseiten und vorsätzlich gefälschter Informationen sofort wirksame Angriffe, die dazu bestimmt sind, das Image des Gegners in einem schlechten Licht zu rücken.¹⁴⁸ Im Gegensatz zu früher bietet heutzutage die Verwendung offener Internetquellen eine günstigere und einfachere Alternative zur Wirtschaftsspionage, die nicht mehr nur von staatlichen Organisationen, sondern auch von privaten Unternehmen oder auch Einzelpersonen genutzt werden kann. Dabei kann ein Gerücht, dass von den Medien oder auch im Internet bekannt gemacht wird, einem Unternehmen mehr Schaden zufügen als die klassische Werksspionage. Den Betreibern moderner Wirtschaftskriege wird vermittelt, wie sie sich auf indirekte Aktionen, Kommunikation und PR sowie Lobbying fokussieren können.¹⁴⁹ Frei nach dem Wahlspruch der Schule und Leitsatz Napoleons „Geschlagen zu werden ist verzeihlich, sich überraschen zu lassen aber ist unentschuldig“, wird laut Harbout an der Schule „nicht die Verbreitung von falschen Informationen, sondern die Kunst, den Gegner aufzuhalten, und wie man in Konflikten Informationen strategisch einsetzt“, gelehrt. Daher werden den Studenten auch Techniken und Strategien der Konterattacke vermittelt, indem Methoden der Selektion und Neutralisierung der im Internet verbreiteten Nachrichten praktisch geübt werden.¹⁵⁰ Die Schulleitung beteuert, dass alles, was den Studenten beigebracht wird, völlig legal sei und dabei nur frei zugängliche Informationen aus Datenbanken oder dem Internet genützt und ausgewertet werden.¹⁵¹ Somit würde sich die Schule im Bereich der Marktforschung, industriellen Marktforschung und der Competitive Intelligence situieren. Dass aber die Schule „den Studenten moderne Spionagemethoden vermittelt“¹⁵² und sich dort „das Fach Wirtschaftsspionage sogar offiziell studieren und mit einem Master abschließen“¹⁵³ lässt, ist mit der Verlautbarung, dass an der Schule nur freizugänglichen Informationen aus Datenbanken oder dem Internet genützt und

¹⁴⁷ Vgl. Cornelia Geißler: Informationen werden zur Waffe, Manager Magazin, <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/karriere/a-273967.html>, 14.11.2003.

¹⁴⁸ Vgl. Waschinski Gregor: Wirtschaftskrieger, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/wirtschaftskrieger-hochschule-fuer-hauen-und-stechen-a-470728.html>, 11.03.2007.

¹⁴⁹ Vgl. Mönninger Michael: Lügengebäude: Der Krieg der Köpfe, Zeit Online, http://www.zeit.de/2003/09/Kriegsschule_09, 20.02.2003, S.3.

¹⁵⁰ Vgl. Mönninger Michael: Lügengebäude: Der Krieg der Köpfe, Zeit Online, http://www.zeit.de/2003/09/Kriegsschule_09, 20.02.2003, S. 2.

¹⁵¹ Vgl. Waschinski Gregor: Wirtschaftskrieger, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/wirtschaftskrieger-hochschule-fuer-hauen-und-stechen-a-470728.html>, 11.03.2007.

¹⁵² Faust A. Dominik: Effektive Sicherheit: Analyse des Systems kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen und Entwurf eines alternativen Sicherheitssystems, Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden 2002, S. 159
Vgl. *Wiegel, Michaela*: Vorbereitung auf den „Krieg von morgen – Eine Pariser Strategenschmiede besonderer Art, in : F.A.Z., 2., September 1998, S12.

¹⁵³ Finkenzeller Karin: Französische Geheimdienste haben alle Freiheiten, Zeit Online, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-06/spionage-datenschutz-frankreich/seite-2>, 13. Juni 2015.

ausgewertet werden, nicht vereinbar, da Wirtschaftsspionage sich mit Beschaffung geheimer und nicht öffentlich zugänglicher Informationen beschäftigt (Abb. 9).

Die Schule, die auf Empfehlung einer staatlichen Kommission gegründet wurde, bildet mittlerweile etwa 100 Personen jährlich aus, wobei nur Studenten aus der EU aufgenommen werden, und hat den Status einer Institution auf dem Gebiet erreicht.¹⁵⁴

„Ihr Wissen können die Absolventen später beispielsweise in allen Regierungen der EU-Staaten anwenden, denn diese spionieren sich durch ihre Auslandsnachrichtendienste (Deutschland: BND, Großbritannien: M16 bzw. SIS, Frankreich: DGSE etc.) auch gegenseitig aus, um etwa bei internationalen Ausschreibungen Vorteile für ihre heimischen Unternehmen herauszuschlagen.“¹⁵⁵

Laut Harbulot hat Europa gegenüber den USA das mächtigste Informationsimperium aller Zeiten, das mit Hilfe von Informationstechnologie eine weltweite Dominanz anstrebt, noch Nachholbedarf, wenn es darum geht, Informationen als strategische Waffe im weltweiten Wettbewerb einzusetzen.¹⁵⁶ Darin kann ein großer Nachteil liegen: „Die Globalisierung verläuft nicht einvernehmlich und schön. Solange es keine weltweit anerkannte Autorität gibt, die faire Wettbewerbsregeln für alle aufstellt, werden Firmen und Staaten Wirtschaftskriege gegeneinander führen.“¹⁵⁷

5.2.2.2 *Private Intelligence Structures (PIS)*

Die Beschaffung von geheimen Informationen im Rahmen der Wirtschaftsspionage wird zunehmend von Private-Intelligence-Strukturen (PIS) übernommen. Dabei handelt es sich um flexible netzwerkartige Strukturelemente einer Firma oder einer Behörde.

„Der Begriff PIS umfasst auch jene Strukturen, deren Zuordnung schwer fällt bzw. die sich in einer definitorischen, juristischen und gesellschaftspolitischen Grauzone bewegen.“¹⁵⁸

¹⁵⁴ Vgl. Wüpper Gesche: USA kontrollieren die Informationsgesellschaft, Die Welt, <http://www.welt.de/wirtschaft/article118230995/USA-kontrollieren-die-Informationsgesellschaft.html>, 20.07.2013

¹⁵⁵ Faust A. Dominik: Effektive Sicherheit: Analyse des Systems kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen und Entwurf eines alternativen Sicherheitssystems, Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden 2002, S. 159 Vgl. Klifkotte Udo: Spionage unter Freuden – Die Tätigkeit der Geheimdienste innerhalb der Europäischen Union, in: F.A.Z., 12.01.1998, S.14

¹⁵⁶ Vgl. Cornelia Geißler: Informationen werden zur Waffe, Manager Magazin, <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/karriere/a-273967.html>, 14.11.2003 und Mönninger Michael: Lügengebäude: Der Krieg der Köpfe, Zeit Online, http://www.zeit.de/2003/09/Kriegsschule_09, 20.02.2003, S.1.

¹⁵⁷ Hecking Claus: Die Amerikaner behandeln uns wie Vasallen, Zeit Online, <http://www.zeit.de/2015/27/christian-harbulot-schule-fuer-den-wirtschaftskrieg>, 19.07.2015.

¹⁵⁸ Blanke Stephan: Private Intelligence. Geheimdienstliche Aktivitäten nicht-staatlicher Akteure, Springer Fachmedien GmbH, Wiesbaden, 2011, S.7.

Der Vorteil dieser Strukturen gegenüber staatlichen Nachrichtendiensten besteht darin, dass sie als privatwirtschaftliche Unternehmen sich jederzeit auf das Betriebsgeheimnis berufen können. Außerdem können sie im Fall eines Bekanntwerdens sehr leicht ihren Namen und ihre Adresse ändern oder auch gleich aufgelöst werden.¹⁵⁹

Diese privaten Unternehmen bedienen sich speziellen „Taktiken und Operationen, (...) die im Auftrag der Privatwirtschaft auf die Infiltration bzw. Manipulation generell gegnerischer Organisationen oder Positionen abzielen. [Ihre, Anmerkung d. Verf.] Aktivitäten [...]bewegen sich jedoch ausgesprochen häufig im Bereich der covert operations, die allerdings weit ausgelegt werden können: Falsche Identitäten, illegales Abhören und Überwachen mit bestimmten technischen Hilfsmitteln, Erpressungen und weitere können in diesem Kontext genannt und bei diversen Operationen von PSI nachgewiesen werden.“¹⁶⁰

¹⁵⁹ Vgl. Blanke Stephan: Private Intelligence. Geheimdienstliche Aktivitäten nicht-staatlicher Akteure, Springer Fachmedien GmbH, Wiesbaden, 2011, S.10.

¹⁶⁰ Blanke Stephan: Private Intelligence. Geheimdienstliche Aktivitäten nicht-staatlicher Akteure, Springer Fachmedien GmbH, Wiesbaden, 2011, S.8.

6 DIE AKTUELLEN WIRTSCHAFTSKRIEGE DER EU

Politische, militärische oder wirtschaftliche Maßnahmen werden sehr oft von Ländern eingesetzt, um anderen Ländern ihre machtpolitischen, wirtschaftlichen oder auch ideologischen Ziele aufzuzwingen. Konflikte entspringen „einem Mix verschiedenster Anlässe, daraus wahrnehmbarer Verhaltensweisen und deren Interpretation durch soziale Systeme, die hiervon betroffen sind. In der Regel haben Konflikte eine nicht als Konflikt in Erscheinung tretende Vorgeschichte, in der Störungen auftreten und deren Intensität, Häufigkeit und ggf. Regelmäßigkeit zunächst zu Irritationen führen.“¹⁶¹ Ist der machtpolitische, wirtschaftliche oder auch ideologische Gedanke stärker als der Wille, durch Zusammenarbeit eine Win-win-Lösung zu finden, dann eskaliert der Konflikt und wird öffentlich. Laut Glasl wird diese Entwicklung relativ schnell, bereits in der zweiten Konfliktphase der Polarisierung und Debatte, erreicht. Spätestens in dieser Phase versuchen die einzelnen Parteien ihre Ziele durchzusetzen.¹⁶²

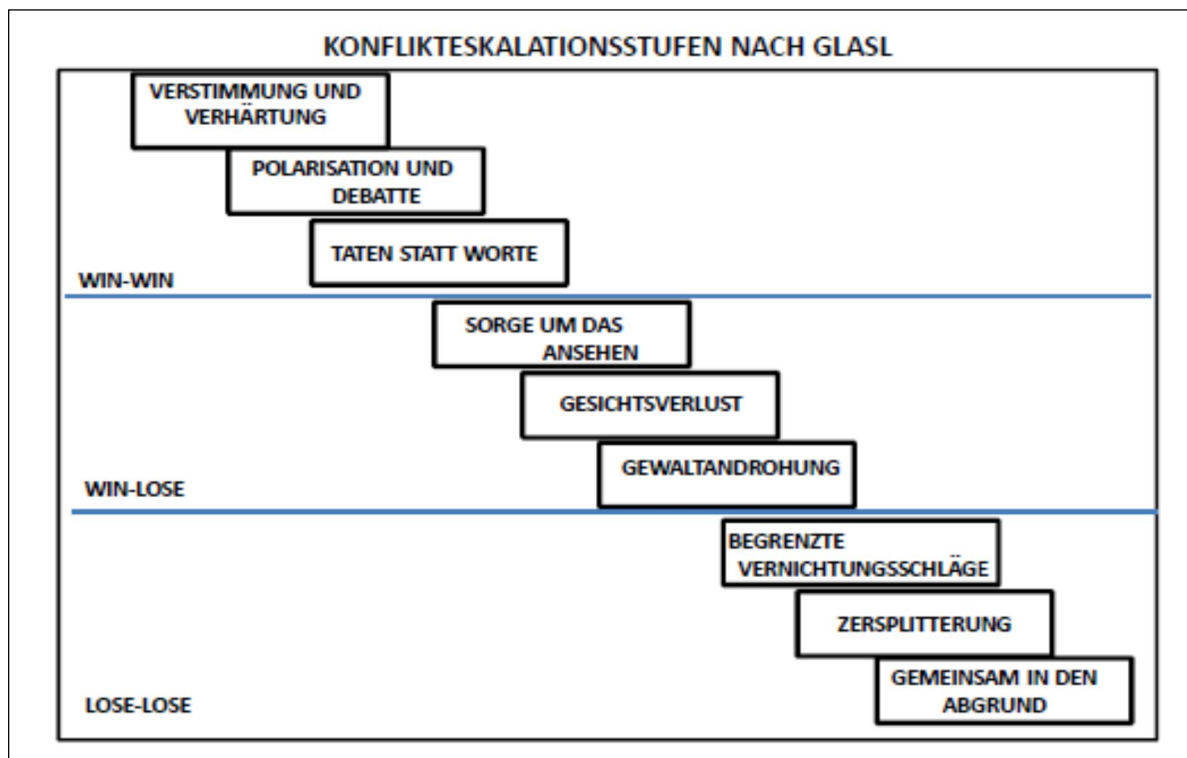


Abbildung 10: Konflikteskalationsstufen nach Glasl

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung auf Kaune Alex: Change Management mit Organisationsentwicklung, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin, 2010, S. 49

¹⁶¹ Kaune Alex: Change Management mit Organisationsentwicklung, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin, 2010, S. 33.

¹⁶² Vgl. Kaune Alex: Change Management mit Organisationsentwicklung, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin, 2010, S. 43 f.

Wie Abbildung 10 zu entnehmen ist, weist ein Konflikt drei Ebenen auf. Falls der Konflikt sich auf der Win-win-Ebene befindet, so können die Konfliktparteien immer noch die Möglichkeit ergreifen, für ihre Differenzen eine Lösung zu finden. Die Win-lose-Ebene ist dadurch gekennzeichnet, dass nur eine Partei als Gewinner aus dem Konflikt hervorkommen kann. Die Lose-lose-Ebene markiert die Zerstörungsphase des Konfliktes. Spätestens, wenn die Konfliktparteien begrenzte Vernichtungsschläge vornehmen, gibt es keine Möglichkeit mehr, dass einer der Konfliktbeteiligten als Gewinner hervorgeht. Es gibt nur Verluste auf beiden Seiten.

In diesem Kapitel werden die aktuellen hoheitlichen Maßnahmen der EU, die im Rahmen ihrer Außenpolitik gegen Länder wie Russland, die Islamische Republik Iran und die Demokratische Volksrepublik Korea eingeleitet wurden, und ihre ökonomischen Auswirkungen für die Beteiligten dargestellt und analysiert. Anschließend werden die Folgen der Sanktionen sowohl für die EU als auch für die betroffenen Länder erforscht, um daraus allgemein gültige Erkenntnisse bezüglich der Nutzung der „Waffe“ Sanktionen im wirtschaftlichen strategischen Raum zu gewinnen.

Laut Portela von der Singapore Management University haben die von der EU verordneten wirtschaftlichen Sanktionen an Bedeutung zugenommen: „Bis 2010 können die Sanktionen der EU allgemein als eher schwach umschrieben werden. Mehr als 90 Prozent der Sanktionen wurden verhängt, um auf Menschenrechtsverletzungen oder demokratische Krisen zu reagieren. Sie äußerten sich durch die Verhängung von Einreiseverboten, waren also keine ökonomischen Sanktionen. Vielmehr sind sie als Erklärung von Verantwortlichen in Drittstaaten zu *personae non gratae* zu deuten.“¹⁶³ 2010, im Rahmen des Iran Konflikts, „sah die EU angesichts der globalen Gefährdung durch mögliche Nuklearwaffen des Irans nun die Notwendigkeit gekommen, sich nicht nur zu positionieren, sondern auch die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen zu steigern – und verhängte wirtschaftliche Sanktionen.“¹⁶⁴

Der Rat der Europäischen Union beschließt im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik (GASP) Sanktionen einstimmig und signalisiert dadurch, dass die EU als geschlossene Einheit nach außen agiert. „Das belegen zum Beispiel die aktuellen Sanktionen gegen Russland, die ökonomischer Natur sind und massive wirtschaftliche Konsequenzen

¹⁶³ Portela Clara: EU-Sanktionen im Fokus, Universität Innsbruck Fokus iPoint, <http://www.uibk.ac.at/ipoint/news/2015/eu-sanktionen-im-fokus.html.de>, 29.01.2015, S.1.

¹⁶⁴ Portela Clara: EU-Sanktionen im Fokus, Universität Innsbruck Fokus iPoint, <http://www.uibk.ac.at/ipoint/news/2015/eu-sanktionen-im-fokus.html.de>, 29.01.2015, S.2.

nach sich ziehen. Im Vergleich zum Einschreiten der EU in der Tschetschenien-Krise 1999 zeigen die aktuellen Sanktionen wesentlich stärkere Auswirkungen als damals.“¹⁶⁵

6.1 EU-Sanktionen gegen RUSSLAND

6.1.1 Politische Entwicklung

„Das Regionalparlament der autonomen Krim hat schon am 27. Februar [2014, Anmerkung d. Verf.], fünf Tage nach dem Umsturz in Kiew, eine prorussische Regionalregierung eingesetzt und ein Referendum über den Beitritt zu Russland beschlossen. Am 11. März hat es dann den kommenden Beitritt noch einmal ausdrücklich befürwortet. Am 16. März schließlich bestätigte das Referendum (zumindest nach Angaben seiner Veranstalter) die ‚Wiedervereinigung‘ mit Russland.“¹⁶⁶

Die EU sah darin eine „grundlose Verletzung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine durch die Russische Föderation“¹⁶⁷ und beschloss am 17. März eine Reihe von Sanktionen, wie:

- Einreiseverbot von bestimmten „natürlichen Personen, die für Handlungen verantwortlich sind, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, und den mit ihnen verbundenen natürlichen Personen“¹⁶⁸. Der Beschluss sah eine Ausnahme davon in dem Falle vor, dass eine völkerrechtliche Verpflichtung eines Mitgliedstaates besteht oder dieser Gastland der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZD) ist.¹⁶⁹
- „Sämtliche Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen, die im Besitz oder im Eigentum der im Anhang aufgeführten natürlichen Personen, die für die Handlungen verantwortlich sind, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, und der mit ihnen verbundenen natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen stehen oder von diesen

¹⁶⁵ Portela Clara: EU-Sanktionen im Fokus, Universität Innsbruck Fokus iPoint, <http://www.uibk.ac.at/ipoint/news/2015/eu-sanktionen-im-fokus.html.de>, 29.01.2015, S.3.

¹⁶⁶ Schuller Konrad: Ein Jahr Krim-Annexion: Die befohlene Landnahme, FAZ.net, Schuller Konrad: Ein Jahr Krim-Annexion: Die befohlene Landnahme, FAZ.net, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/jahrestag-der-krim-annexion-die-befohlene-landnahme-13473235.html>, 10.03.2015.

¹⁶⁷ Ashton C.: Beschluss 2014/145/GASP des Rates vom 17.März 2014, (1), Brüssel, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:32014R0269>, 17.11.2015.

¹⁶⁸ Ashton C.: Beschluss 2014/145/GASP des Rates vom 17.März 2014, Art. 1 (1), Brüssel, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:32014R0269>, 17.11.2015.

¹⁶⁹ Vgl. Ashton C.: Beschluss 2014/145/GASP des Rates vom 17.März 2014, Art. 1 (3) und (4), Brüssel, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:32014R0269>, 17.11.2015.

gehalten oder kontrolliert werden, werden eingefroren.“¹⁷⁰ Die Mitgliedsstaaten können eine Ausnahme davon machen, damit

- a) die Grundbedürfnisse der angeführten Personen und ihrer unterhaltungsberechtigten Angehörigen befriedigt werden,
- b) die Honorare und Rückerstattungen von Ausgaben für juristische Dienstleistungen geleistet werden,
- c) die Gebühren oder Dienstleistungskosten für die routinemäßige Verwahrung oder Verwaltung der eingefrorenen Vermögen beglichen werden und
- d) außerordentliche Ausgaben bezahlt werden.¹⁷¹

Als Reaktion darauf äußerte Helmut Schmidt, früherer Bundeskanzler Deutschlands, „heftige Kritik [...] am Umgang des Westens mit der Krim-Krise. Die von der Europäischen Union und den USA beschlossenen Sanktionen gegen Russland bezeichnete er als ‚dummes Zeug‘. Weiter gehende wirtschaftliche Sanktionen würden nach Ansicht Schmidts ihr Ziel verfehlen. Auch sie hätten vor allem symbolische Bedeutung, „aber sie treffen den Westen genauso wie die Russen“.¹⁷² Obwohl Russland schon 2014 als Sanktionsmaßnahme aus den G8 ausgeschlossen wurde, ist es immer noch Mitglied der G20.

Die Sanktionen, die im Rahmen des Beschlusses 2014/145/GASP des Rates vom 17. März 2014 erlassen wurden, sollten einen symbolischen Charakter haben und als Teil eines „kalten Krieges“ eher in Form von diplomatischen Sanktionen, wie einem Einreiseverbot für bestimmte Personen oder dem Ausschluss Russlands aus verschiedenen Organisationen (G8), auftreten. Im Gegensatz dazu ist die Maßnahme der Guthabensperre aber eher als Teil des „heißen Krieges“ zu bewerten. Denn diese Maßnahme ist sehr aggressiv und sollte laut Sell und Kermer Aufgaben und Lösungen in der Volkswirtschaftslehre, Springer-Verlag, Berlin, 2013, S. 251 erst erfolgen, nachdem Wirtschaftssanktionen erlassen wurden (siehe Abb. 2).¹⁷³

Am 24. Juli 2014 ersuchte der Rat der EU „die Kommission und EAD [Europäischer Auswärtiger Dienst, Anmerkung d. Verf.] ihre Vorarbeiten zu möglichen gezielten Maßnahmen abzu-

¹⁷⁰ Vgl. Ashton C.: Beschluss 2014/145/GASP des Rates vom 17. März 2014, Art. 2 (1), Brüssel, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:32014R0269>, 17.11.2015.

¹⁷¹ Vgl. Ashton C.: Beschluss 2014/145/GASP des Rates vom 17. März 2014, Art. 2 (3), Brüssel, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:32014R0269>, 17.11.2015.

¹⁷² DNE: Russland-Reaktion. Helmut Schmidt nennt Sanktionen „dummes Zeug“, Handelsblatt, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/russland-reaktion-helmut-schmidt-nennt-sanktionen-dummes-zeug/9669636.html>, 26.03.2014.

¹⁷³ Sell Friedrich L./Kermer Silvio: Aufgaben und Lösungen in der Volkswirtschaftslehre, Springer-Verlag, Berlin, 2013, S. 251.

schließen und bis zum 24. Juli Maßnahmenvorschläge zu unterbreiten, unter anderem in den Bereichen Zugang zu den Kapitalmärkten, Verteidigung, Güter mit doppeltem Verwendungszweck und sensible Technologien, einschließlich im Energiesektor.“¹⁷⁴

Russland beurteilte dieses Vorhaben als „ein unbedachter und verantwortungsloser Schritt, der unweigerlich höhere Energiepreise in Europa zur Folge haben werde“¹⁷⁵, wobei hier zu erwähnen ist, dass die EU etwa ein Drittel ihres Energiebedarfs mit russischen Importen deckt.

Mit der EU-Verordnung Nr. 833/2014 des Rates vom 31. Juli 2014 wurden erstmals Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt, welche per 1. August 2014 in Kraft getreten sind. Die Verordnungen VO 959/2014 und VO 960/2014 vom September 2014 haben dazu beigetragen, dass die ersten Sanktionen vervollständigt wurden und dementsprechend traten sie auch als Gesamtpaket per 12. September 2014 in Kraft. Dabei wurden folgende Wirtschaftssanktionen auferlegt:

Militärgüterembargo:

Die Verordnung beinhaltet eine gemeinsame Militärgüterliste, wobei jegliche Bereitstellung, Herstellung, Wartung oder Verwendung der in dieser Liste aufgeführten Güter für natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Russland oder zu Verwendung in Russland sowie unmittelbare oder mittelbare technische Hilfe untersagt sind. Auch die Einfuhr von Militärgütern aus Russland in die EU ist nicht erlaubt. „Für diese Verbote gilt eine unbefristete Ausnahme für Altverträge, die vor dem 1.8.2014 geschlossen wurden. Gemäß Beschluss 2015/1764 besteht eine Ausnahme für bestimmte Raketentreibstoffe (Hydrazin). Mit dem Inkrafttreten des Militärgüterembargos ist auch die sog. ‚catch-all‘ Klausel der Dual Use-Exportkontrolle wirksam, wonach die Ausfuhr aller Waren, auch nicht gelisteter, melde- und genehmigungspflichtig ist, wenn der Ausfühler Kenntnis hat, dass die Waren in Russland eine militärische Endverwendung erfahren.“¹⁷⁶

Exportverbot für Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck:

Demnach ist es in der EU verboten, „Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck mit oder ohne Ursprung in der Union unmittelbar oder mittelbar an natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Russland oder zur Verwendung

¹⁷⁴ Gozi S.: Beschluss 2014/512/GASP des Rates vom 31. 07.2014, (7), Brüssel, http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2014.229.01.0013.01.DEU, 17.11.2015.

¹⁷⁵ Die Presse: Russland kündigt Europa höhere Energiepreise an, <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/3847025/Russland-kündigt-Europa-hoehere-Energiepreise-an>, 30.07.2014.

¹⁷⁶ WKO: Aktueller Stand der Sanktionen gegen Russland und die Ukraine, https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller_Stand_der_Sanktionen_gegen_Russland_und_die_Ukrai.html, 17.11.2015

in Russland zu verkaufen, zu liefern, zu verbringen oder auszuführen, wenn diese Güter ganz oder teilweise für militärische Zwecke oder für einen militärischen Endnutzer bestimmt sind oder bestimmt sein könnten.“¹⁷⁷

Auch derer unmittelbare oder mittelbare Finanzierung insbesondere in Form von Zuschüssen, Darlehen und Ausfuhrkreditversicherungen oder -garantien wurde verboten.¹⁷⁸

Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck, die für zivile Zwecke und für die Luft- und Raumfahrt bestimmt sind, sind weiterhin genehmigungspflichtig und nicht davon getroffen.

Eine Ausnahme von diesen Sanktionen gilt für alle Verträge und Vereinbarungen, die vor dem 12.09.2009 unterzeichnet wurden.

Ausrüstung im Zusammenhang mit Ölförderung:

Die EU-Verordnung 833/2014 von 31. Juli 2014 sieht sowohl eine direkte als auch eine indirekte Untersagung des Exportes, des Verkaufes und der Lieferung nach Russland oder zur Verwendung in Russland von Gütern und Technologien, die in der Exploration, Förderung von Tiefsee-Öl, arktischem Öl und Schieferöl verwendet werden können.¹⁷⁹ Das Verbot gilt gem. Art 3a VO 833/2014 auch für unmittelbar oder mittelbar zu erbringenden Dienstleistungen wie Bohrungen, Bohrlochprüfungen, Bohrlochmessungen und Komplettierungsdienste und der Lieferung spezialisierter schwimmender Plattformen, sofern diese in Russland für die Erdölexploration oder die Förderung von Tiefsee Öl, arktischem Öl oder Schieferöl erfolgen. Für diese Verbote gilt eine unbefristete Ausnahme für Altverträge, die vor dem 1.8.2014 geschlossen wurden. Gemäß Beschluss 2015/1764 besteht eine Ausnahme für bestimmte Raketentreibstoffe (Hydrazin). Mit dem Inkrafttreten des Militärgüterembargos ist auch die sog. ‚catch-all‘-Klausel der Dual-Use-Exportkontrolle wirksam, wonach die Ausfuhr aller Waren, auch nicht gelisteter, melde- und genehmigungspflichtig ist, wenn der Ausführer Kenntnis hat, dass die Waren in Russland eine militärische Endverwendung erfahren. Der Anhang IV der VO 833/2014 listet eine Reihe von Ausrüstungsgegenständen auf, die bei Einsatz in anderen als den bereits aufgezeigten Sektoren genehmigungspflichtig sind. Auch hier gilt eine Ausnahme für die Verträge, die vor dem 1.08.2014 unterzeichnet wurden und für die auch eine entsprechende Genehmigung vorliegt.

¹⁷⁷ Gozi S.: Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vom 31.07.2014, Art. 2, Brüssel, http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2014.229.01.0013.01.DEU, 17.11.2015, S.3.

¹⁷⁸ Gozi S.: Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vom 31.07.2014, Art. 4 (1), Brüssel, , http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2014.229.01.0013.01.DEU, 17.11.2015, S.3.

¹⁷⁹ Vgl. Gozi S.: Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vom 31.07.2014, Art. 3 (5), Brüssel, http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2014.229.01.0013.01.DEU, 17.11.2015, S.3.

Beschränkung des EU-Kapitalmarktes:

Artikel 5 der EU-Verordnung Nr. 833/2014 verbietet den direkten oder indirekten Kauf, Verkauf oder auch die Vermittlung übertragbarer Wertpapiere und Geldmarktinstrumente¹⁸⁰ mit einer Laufzeit von mehr als 90 Tagen, welche im Zeitraum 1.08.–12.09.2014 von den im Anhang III aufgelisteten russischen Banken, welche mehrheitlich sich im Staatseigentum befinden (SBER Bank, VTB-Bank, VEB-Bank, GAZPROM Bank, ROSSELKHOZ Bank), ausgegeben wurden. Auch die Erbringung eventuellen Wertpapierdienstleistungen oder auch Hilfsdienste ist davon betroffen. Gleiches gilt für kurz- und mittelfristige Wertpapiere mit einer Laufzeit von mehr als 30 bis 90 Tagen, welche nach dem 12.09.2014 ausgegeben wurden.¹⁸¹

Auch für Unternehmen der Militärgüter- sowie der Ölindustrie wurde der Zugang zum EU-Kapitalmarkt blockiert. So wurde ein Verbot für übertragbare Wertpapiere und Geldmarktinstrumente mit mehr als 30 Tagen Laufzeit, welche nach dem 12.09.2014 ausgegeben wurden, für folgende Unternehmen erlassen:

- OPK Oboronprom,
- United Aircraft Corporation,
- Uralvagonzavod,
- Rosneft,
- Transneft,
- Gazprom Neft (Anhang V und VI, VO 833/2014 vom 31.Juli 2014)

Am 06.08.2014 hat Russlands Präsident Wladimir Putin „Einfuhrverbote und -begrenzungen aus Europa verhängt. Betroffen seien Agrarprodukte, Rohstoffe und Lebensmittel aus jenen Ländern, die im Ukraine-Konflikt Sanktionen gegen Moskau erlassen hätten, teilte Putin per Dekret mit.“¹⁸²

¹⁸⁰ Vgl. Gozi S.: Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vom 31.07.2014, Art. 1, Brüssel, http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2014.229.01.0013.01.DEU, 17.11.2015, S.3.

¹⁸¹ Vgl. WKO: Aktueller Stand der Sanktionen gegen Russland und Ukraine, https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller_Stand_der_Sanktionen_gegen_Russland_und_die_Ukrai.html, 17.11.2015.

¹⁸² Kireev Maxim: Vergeltung für Sanktionen: Putin verhängt Importstopp- und schadet Russlands Bürgern, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/vergeltung-fuer-sanktionen-putins-schadet-russlands-wirtschaft-a-984847.html>, 06.08.2014.

Etwa 37 Prozent der gesamten Agrarexporte der EU nach Russland sind von den Sanktionen betroffen, in erster Linie Obst (9,1 %), Käse (8,3 %), Schweinefleisch (8,2 %) und Gemüse (6,5 %).¹⁸³

Am 22. Juni 2015 beschloss der Rat der Europäischen Union im Rahmen des Beschlusses (GASP) 2015/971 die auferlegten Sanktionen bis zum 31.1.2016 zu verlängern.

„Als Reaktion auf die Verlängerung der EU-Sanktionen gegen Russland hat Moskau die Ausdehnung der Strafmaßnahmen gegen die Europäische Union beschlossen. Der russische Präsident Wladimir Putin erließ am Mittwoch eine entsprechende Order. Demnach werden die Sanktionen gegen die EU um ein Jahr bis zum Juni 2016 verlängert.“¹⁸⁴

6.1.2 Ökonomische Auswirkungen der Sanktionen

Neun Monate nach der Einführung der EU-Sanktionen gegen Russland meldete die Schweizer Handelszeitung, dass nach anfänglichem freiem Fall von Rubel und RTX die Kurse wieder steigen. Pröbstl ist der Meinung, dass die Sanktionen nicht nur für Russland, sondern im gleichen Maße auch für die EU-Mitgliedstaaten Konsequenzen haben. Er geht davon aus, dass unter den EU-Mitgliedstaaten Deutschland am meisten unter den Konsequenzen der Russland-Sanktionen zu leiden hat, wobei er das Beispiel des größten Tapeten-Konzerns Europas, der A. S. Creation Tapeten AG, erwähnt, die im Jahre 2014 infolge des schwachen Rubels einen Währungsverlust von über 10,4 Millionen Euro, etwa 15 Prozent des Börsenwerts des Unternehmens, im Kauf nehmen musste.¹⁸⁵

Auch Spiegel Online meldete am 29.10.2014, unter Berufung auf das deutsche Statistische Bundesamt, dass in den ersten acht Monaten Ware im Wert von nur mehr 20,3 Milliarden Euro nach Russland ausgeführt wurde,¹⁸⁶ was einen beachtlichen Rückgang im Vergleich zum Jahr 2013 darstellt, als Deutschland Güter im Wert von 36,1 Milliarden Euro – vor allem Maschinen, Autos, chemische Erzeugnisse und Elektrotechnik – nach Russland einfuhrte.¹⁸⁷ Auch der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall hat die Konsequenzen der Russland-

¹⁸³ Vgl. Der Standard: Putin reagiert: Russland verhängt Import-Verbote, <http://derstandard.at/2000004076026/Putin-reagiert-Russland-verhaengt-Import-Verbote>, 6.08.2014.

¹⁸⁴ Handelsblatt: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-putin-verlaengert-sanktionen-gegen-eu/11963876.html>, 24.06.2015.

¹⁸⁵ Pröbstl Georg: Russland Sanktion: EU verliert – Anleger steigen ein, Handelszeitung, <http://www.handelszeitung.ch/invest/stocksDIGITAL/russland-sanktion-eu-verliert-anleger-steigen-ein-776197>, 2.05.2015.

¹⁸⁶ Vgl. Spiegel Online: Folge der Sanktionen: Deutsche Exporte nach Russland brechen ein, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/exporte-aus-deutschland-nach-russland-brechen-wegen-sanktionen-ein-a-999871.html>, 29.10.2014.

¹⁸⁷ Vgl. Diekmann Florian, Gathmann Moritz: Russische Importverbote: Milch, Fleisch, Gemüse – so hart treffen die Sanktionen, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/russland-so-hart-trifft-der-import-stoppt-fuer-milch-gemuese-fleisch-a-984977.html>, Moskau, 07.08.2014.

Sanktionen zu spüren bekommen und verlangt infolge des Exportverbots von der deutschen Bundesregierung eine Entschädigung von 120 Millionen Euro.¹⁸⁸

Der Vorsitzende des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Eckhard Cordes, bestätigt die Exportabnahme und geht davon aus, dass durch diese Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet sind: „Wenn man davon ausgeht, dass in Deutschland rund 300.000 Arbeitsplätze allein von Exportgeschäften mit russischen Partnern abhängen, so könnte ein dauerhafter 20-prozentiger Rückgang im schlimmsten Fall zum Verlust von 60.000 Arbeitsplätzen führen.“¹⁸⁹

Der russische Ministerpräsident Dimitri Medwedjew sagte am 10.12.2014, dass „die westlichen Sanktionen die europäische Wirtschaft 90 Milliarden Euro [kosten]. Die russische Wirtschaft habe vermutlich einige Dutzend Milliarden Dollar verloren.“¹⁹⁰

Eine aktuelle Studie, die von der Leading European Newspaper Alliance im Auftrag gegeben wurde, hat ergeben, dass die Russland-Sanktionen weitaus ernsthaftere Konsequenzen für die EU haben als bislang angenommen.¹⁹¹

Obwohl die Europäische Union davon ausgeht, dass die Auswirkungen der Sanktionen für die europäische Wirtschaft geringe Folgen haben werden, nehmen Wissenschaftler aufgrund der Berechnungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo) an, dass die europäischen Volkswirtschaften mit Blick auf die Russlandkrise auf ein Worst-Case-Szenario zusteuern, das mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze und rund 100 Milliarden Euro an Wertschöpfung kosten könnte.¹⁹² Als Berechnungsbasis für die Studie wurden die Zahlen des 1. Quartals 2015 herangezogen, zu dem die meisten Altverträge ausliefen, was dazu geführt hat, dass die Exporte nach Russland in den meisten EU Mitgliedsländern dramatisch

¹⁸⁸ Vgl. Deutsche Wirtschafts Nachrichten: Russland-Sanktionen: Rheinmetall verlangt Millionen-Entschädigung vom Steuerzahler, <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/03/15/russland-sanktionen-rheinmetall-verlangt-millionen-entschaedigung-vom-steuerzahler/>, 15.03.2015.

¹⁸⁹ Wirtschaftsblatt: Deutsche Exporte nach Russland 2014 um 6 Milliarden Euro gesunken, http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/europa_cee/4645215/Deutsche-Exporte-nach-Russland-2014-um-6-Milliarden-Euro-gesunken, 23.01.2015.

¹⁹⁰ Die Presse: Medwedjew: Sanktionen kosten EU-Wirtschaft 90 Milliarden Euro, http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/4616075/Medwedjew_Sanktionen-kosten-EUWirtschaft-90-Mrd-Euro, 10.12.2014.

¹⁹¹ Vgl. Eigendorf Jörg, Maisch Andreas, Steiner Eduard: Katastrophale Sanktionspolitik der EU gegen Russland. Eine Studie der Leading European Newspaper Alliance (Lena), Die Welt, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-putin-verlaengert-sanktionen-gegen-eu/11963876.html>, 19.06.2015. Deutsche Wirtschafts Nachrichten: Ein Desaster: Russland-Sanktionen gefährdet zwei Millionen Jobs in Europa, <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/06/19/ein-desaster-russland-sanktionen-gefaehrden-zwei-millionen-jobs-in-europa/>, 19.06.2015. Tages Anzeiger: Russen-Krise gefährdet über zwei Millionen Jobs in Europa, <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/standard/RussenKrise-gefaehrdet-ueber-zwei-Millionen-Jobs-in-Europa/story/11479767>, 19.06.2015.

¹⁹² Vgl. Eigendorf Jörg, Maisch Andreas, Steiner Eduard u.a.: Katastrophale Sanktionspolitik der EU gegen Russland. Eine Studie der Leading European Newspaper Alliance (Lena), Die Welt, <http://www.welt.de/wirtschaft/article142752445/Katastrophale-Sanktionspolitik-der-EU-gegen-Russland.html>, 19.06.2015.

abgenommen haben. Laut Eckhard Cordes, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, ist „das erste Quartal 2015 ein guter Gradmesser für die Beurteilung der Lage. Bis dahin waren wir seit dem Frühjahr 2014 im Sinkflug, jetzt könnte der Boden erreicht sein. Genau wissen wir es aber noch nicht.“¹⁹³

Die Warenlieferung einzelner EU-Mitgliedstaaten nach Russland ergab im 1. Quartal 2015 gegenüber dem 4. Quartal 2014 durchschnittlich ein Minus von rund einem Drittel. Bemerkenswert ist die Situation in Estland, wo Exporte nach Russland einen Einbruch in Höhe von circa 50 % erlitten haben. Auch die Schweiz, als Nicht-Mitgliedstaat der EU, hat in diesem Zeitraum ein Minus von mehr als 40 % bei den Exporten nach Russland registriert. Zwar gelten die Importverbote Russlands nur gegen Mitgliedsländer der EU, treffen aber auch die Schweiz, da viele Banken, Händler und Unternehmen aus verschiedenen Wirtschaftszweigen international agieren und sich an die von den Großmächten EU und USA erlassene Sanktionen halten.

Die Schweiz selbst hat nur Maßnahmen erlassen, die dazu bestimmt sind, eine eventuelle Umgehung der EU-Sanktionen via die Schweiz zu verhindern.

¹⁹³ Eigendorf Jörg, Maisch Andreas, Steiner Eduard u.a.: Katastrophale Sanktionspolitik der EU gegen Russland. Eine Studie der Leading European Newspaper Alliance (Lena), Die Welt, <http://www.welt.de/wirtschaft/article142752445/Katastrophale-Sanktionspolitik-der-EU-gegen-Russland.html>, 19.06.2015.

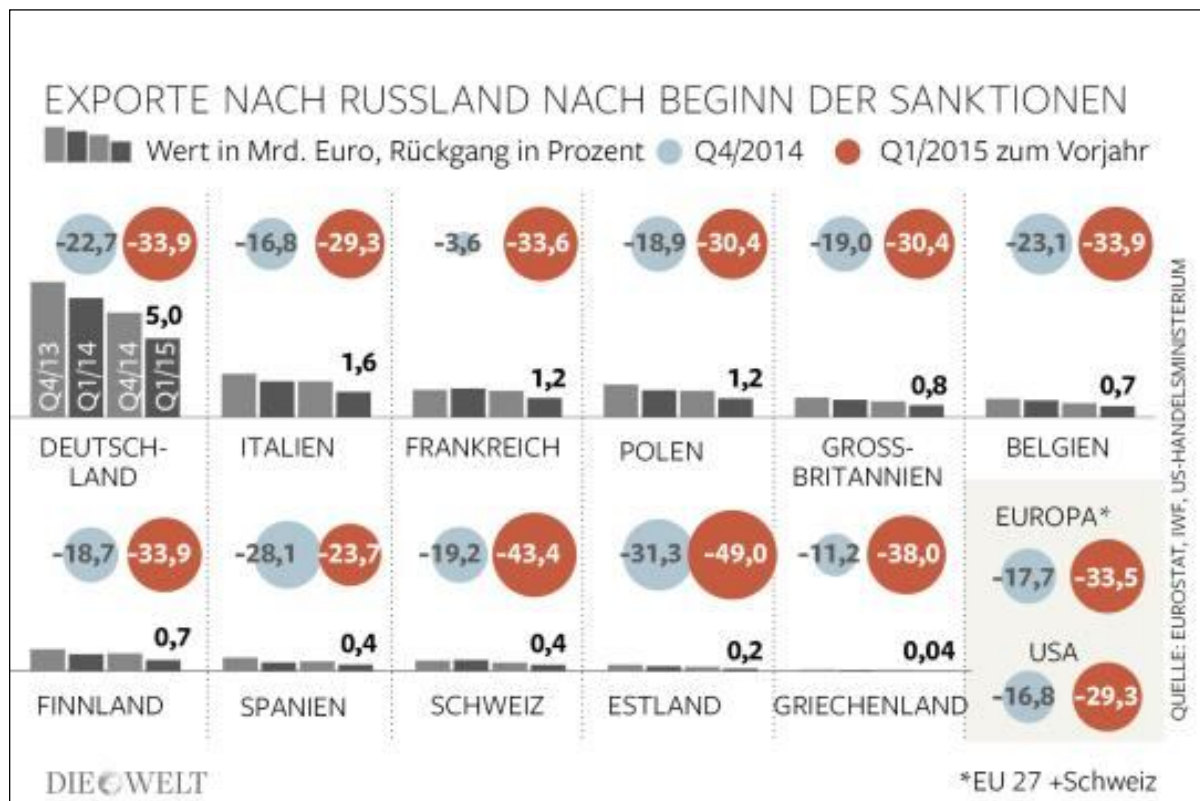


Abbildung 11: Exporte nach Russland nach Beginn der Sanktionen im Q4/2014 und Q1/2015

Quelle: Eurostat, IWF, US-Handelsministerium, in: Eigendorf Jörg, Maisch Andreas, Steiner Eduard u. a.: Katastrophale Sanktionspolitik der EU gegen Russland, eine Studie der Leading European Newspaper Alliance (Lena), Die Welt, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-putin-verlaengert-sanktionen-gegen-eu/11963876.html>, 19.06.2015.

Länder, wie Griechenland, Deutschland, Finnland, Belgien und Frankreich haben eine signifikante Exportabnahme auf dem russischen Markt in Höhe von mehr als 33 Prozent erfahren. Dieser Trend zeichnet auch den gesamten EU-Wirtschaftsraum aus. Laut der Hochrechnung des Wifo wurden auch Italien und Spanien hart von den Russland-Sanktionen getroffen und müssten eine Exportabnahme nach Russland von 29,5 % bzw. 23,7 % in Kauf nehmen.

Basierend auf Zahlen des 1. Quartals 2015 haben die Wissenschaftler zusätzlich die Folgeeffekte für Konsum und Investitionen prognostiziert. Dabei wurde das Jahr 2013 (das letzte Jahr vor der Russlandkrise) als Bezugspunkt herangezogen.¹⁹⁴

Die Studie ergab, dass aufgrund der Russland-Sanktionen über 950.000 Arbeitsplätze unmittelbar und bei anhaltenden Sanktionen über 1.460.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen im Euro-

¹⁹⁴ Vgl. Eigendorf Jörg, Maisch Andreas, Steiner Eduard: Katastrophale Sanktionspolitik der EU gegen Russland. Eine Studie der Leading European Newspaper Alliance (Lena), Die Welt, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-putin-verlaengert-sanktionen-gegen-eu/11963876.html>, 19.06.2015.

pa und der Schweiz gefährdet sind (Abb. 11). Es konnte nicht festgestellt werden, wann genau diese Prognose eintreffen wird, da es sich um eine Entwicklung handelt, die stufenweise erfolgt und auch von vielen anderen Faktoren abhängig ist.

In der Studie wurde nicht explizit erklärt, was unter dem Begriff „unmittelbar“ zu verstehen ist. So ist davon auszugehen, dass damit eine baldige, in absehbarer Zeit eintreffende Entwicklung gemeint wurde. Auch die Aussage „bei anhaltenden Sanktionen“ wurde nicht näher definiert. Vor dem Hintergrund, dass die Studie im Sommer 2015 durchgeführt wurde, als eine Verlängerung der im Jahre 2014 verhängten Wirtschaftssanktionen gegen Russland bis Ende Juni 2016 überlegt wurde, ist davon auszugehen, dass auch der neue Sanktionszeitraum gemeint war.¹⁹⁵

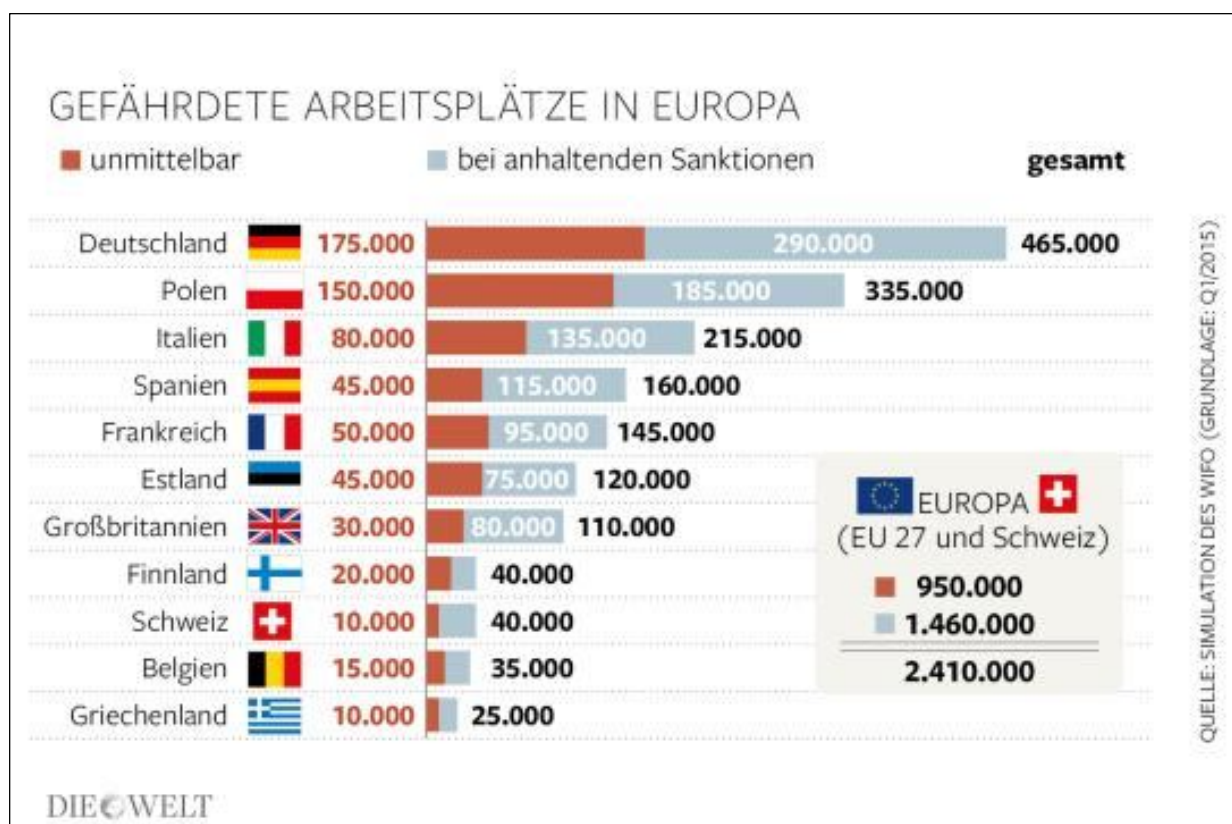


Abbildung 12: Gefährdete Arbeitsplätze in Europa und die Schweiz bei unmittelbaren und anhaltenden Sanktionen

Quelle: Eurostat, IWF, US-Handelsministerium, in: Eigendorf Jörg, Maisch Andreas, Steiner Eduard u. a.: Katastrophale Sanktionspolitik der EU gegen Russland, eine Studie der Leading European Newspaper Alliance (Lena), Die Welt, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-putin-verlaengert-sanktionen-gegen-eu/11963876.html>, 19.06.2015.

¹⁹⁵ Vgl. *Die Presse*: Spannungen halten an – auch weil Moskau das bisher größte Militärmanöver durchführt, <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4821059/EU-verlaengert-Sanktionen-gegen-Russland>, 14.09.2015. *Der Standard*: EU dürfte Sanktionen gegen Russland verlängern, <http://derstandard.at/2000025667812/EU-duerfte-Sanktionen-gegen-Russland-verlaengern>, 13.11.2015.

Die Studie hat ergeben, dass Deutschland besonders hart von den Sanktionen betroffen ist. So ist in Deutschland mit einem Verlust von über 175.000 Arbeitsplätzen zu rechnen. Auch ist aufgrund der bereits explizierten Annahmen davon auszugehen, dass bei anhaltenden Sanktionen gegen Russland die Zahl der gefährdeten Arbeitsplätze bis auf etwa 465.000 zunehmen wird.

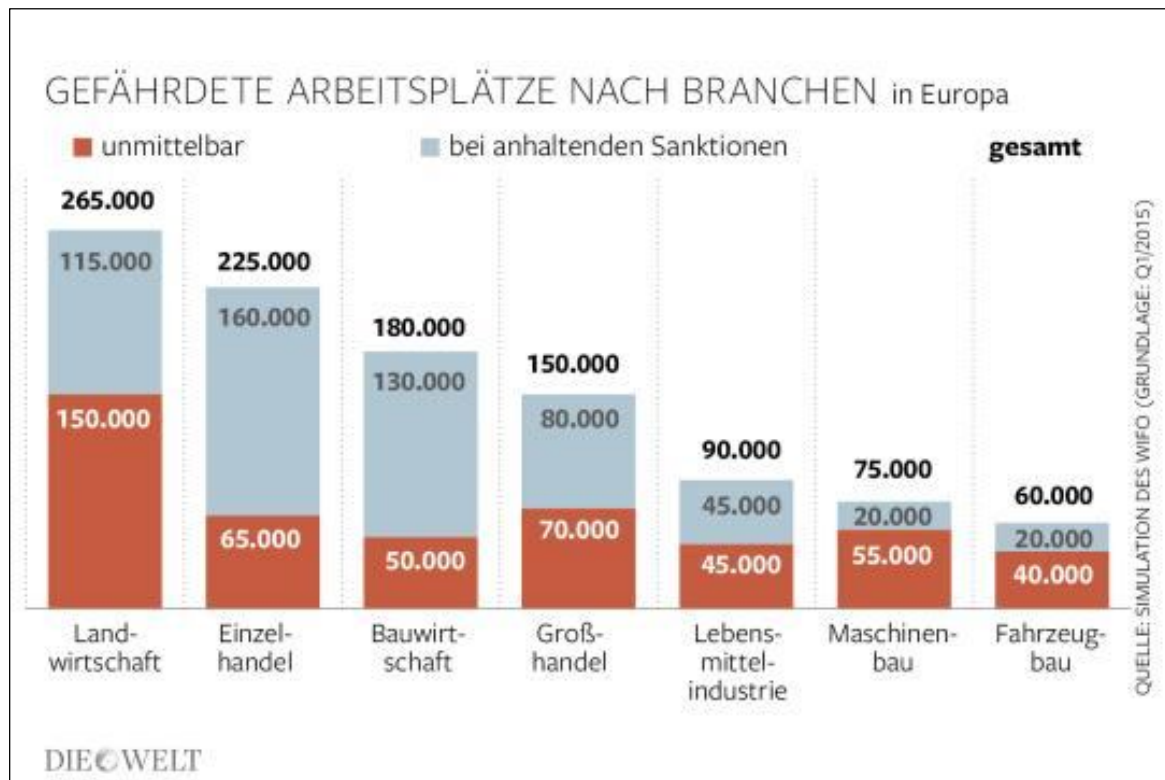


Abbildung 13: Gefährdete Arbeitsplätze nach Branchen in Europa

Quelle: Eurostat, IWF, US-Handelsministerium, in: Eigendorf Jörg, Maisch Andreas, Steiner Eduard u. a.: Katastrophale Sanktionspolitik der EU gegen Russland, eine Studie der Leading European Newspaper Alliance (Lena), Die Welt, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-putin-verlaengert-sanktionen-gegen-eu/11963876.html>, 19.06.2015.

Die Wissenschaftler haben die Struktur der gefährdeten Arbeitsplätze in der EU näher analysiert und festgestellt, dass mit einem möglichen Verlust von etwa einer halben Million Arbeitsplätze die Landwirtschaft und der Einzelhandel die bei anhaltenden Sanktionen am meisten von den Sanktionen betroffene Branchen darstellen (Abb. 12). Ebenso Sektoren wie die Bauwirtschaft und der Großhandel könnten unter Umständen mit einem Abbau von etwa 280.000 Stellen rechnen. In der Lebensmittelindustrie ist es mit einem EU-weiten Rückgang von 90.000 Arbeitsstellen zu rechnen. In ähnlichem Maße ist die Maschinen- und Fahrzeugbauindustrie Europas betroffen. Hier ist mit einer Gefährdung von etwa 135.000 Arbeitsplätzen zu rechnen.

Übertragen auf die Wertschöpfung ist je nach Branche mit Rückgängen von bis zu 7 %, wie etwa in der Großhandel-Branche, zu rechnen (Abb. 13).

Diese Entwicklung ergibt sich auch aus dem sogenannten doppelten Effekt der Sanktionen. Auf der einen Seite sind die Absatzmärkte in Russland zum Erliegen gekommen, auf der anderen Seite, bleiben die Warenlieferungen in der EU, weichen auf andere Märkte in der EU aus und drücken somit den Preis nach unten. Der Italiener Guseppe Alai, Präsident des Branchenverbands Consorzio Parmigiano Raggiano, fasst dies so zusammen: „Wir können unseren Parmesan nicht mehr nach Russland exportieren. Und andere Länder wie Deutschland, die Niederlande oder Frankreich verkaufen nun ihre Milch und ihren Käse nach Italien statt nach Russland. Die Sanktionen gegen Russland gefährden einen Markt, der schon seit fünf Jahren gelitten hat. Sie können uns nun den finalen Stoß geben.“¹⁹⁶



Abbildung 14: Rückgang der Wertschöpfung nach Branchen

Quelle: Eurostat, IWF, US-Handelsministerium, in: Eigendorf Jörg, Maisch Andreas, Steiner Eduard u. a.: Katastrophale Sanktionspolitik der EU gegen Russland, eine Studie der Leading European Newspaper Alliance (Lena), Die Welt, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-putin-verlaengert-sanktionen-gegen-eu/11963876.html>, 19.06.2015.

¹⁹⁶ Eigendorf Jörg, Maisch Andreas, Steiner Eduard u.a.: Katastrophale Sanktionspolitik der EU gegen Russland eine Studie der Leading European Newspaper Alliance (Lena), Die Welt, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-putin-verlaengert-sanktionen-gegen-eu/11963876.html>, 19.06.2015.

Es ist bemerkenswert, dass die Wertschöpfung am meisten im unmittelbaren Zeitraum abnehmen wird. Wahrscheinlich haben sich die Exportabnahmen, die im ersten Quartal 2015 registriert wurden, dementsprechend noch nicht ganz auf die Bruttowertschöpfung ausgewirkt und werden sich unmittelbar danach auch in der Wertschöpfung widerspiegeln. Wie Abbildung 14 zeigt, könnte die Wertschöpfung bei anhaltenden Sanktionen zunehmen, da die tiefsten Werte höchstwahrscheinlich unmittelbar erreicht werden und sich das Gleichgewicht des Import-Export-Volumens langfristig stabilisieren wird. Allerdings werden sich die Bauwirtschaft und der Einzelhandel auch bei anhaltenden Sanktionen nicht erholen.

Die Generaldirektion Handel der Europäischen Union veröffentlichte am 20.10.2015 den Bericht „European Union trade in goods with Russia“. Demnach ist das Importvolumen im Jahre 2014 (181.269 Mill. €) im Vergleich mit dem Importwert 2013 (206.967 Mill. €) um etwa 12,4 % geschrumpft.

Laut der von der EU veröffentlichten Zahlen haben auch die Exportwerte im Jahre 2014 um etwa 13,5 % gegenüber dem Vorjahr abgenommen.

Diese Werte könnten im Einklang mit den Werten der von der Leading European Newspaper Alliance beauftragten Studie des Wifo stehen, da die Studie nur die Werte für das 1. Quartal 2014 bzw. 4. Quartal 2014 beinhaltet, während die EU-Veröffentlichung sich auf das gesamte Jahr 2014 bezieht.

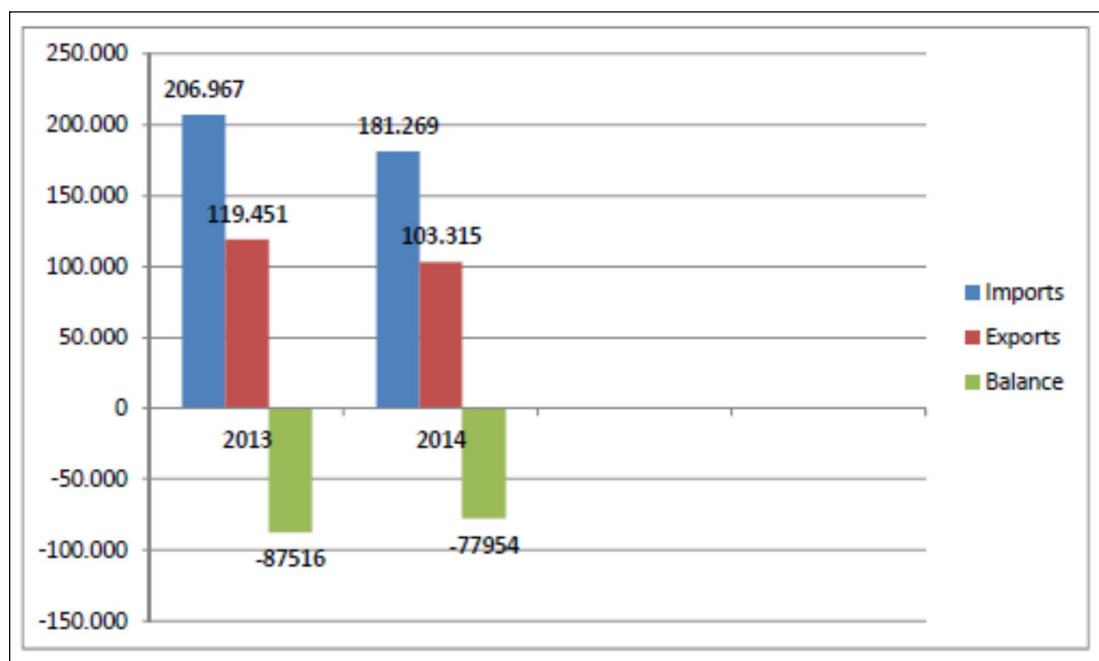


Abbildung 15: Importe/Exporte der EU vor/nach dem Beginn der Russland-Sanktionen, in Mill. €

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an European Union: Trade in goods with Russia, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113440.pdf, 20.10.2015.

Allein die Exportwerte 2014 der Veröffentlichung der Generaldirektion Handel der Europäischen Union (Abb. 14) ergeben ein Minus von etwa 16 136 Mill. Tatsache ist, dass sowohl die Importe um 12,41 Prozent abgenommen haben als auch das Exportvolumen um etwa 13,5 Prozent im Jahr 2014 geschrumpft ist. Hinzu kommen die Verluste, die aus dem Militärembargo und den finanziellen Sanktionen entstanden sind. Allein in Deutschland wurde die „Ausfuhr eines hochmodernen Gefechtsübungsentrums von Rheinmetall im Wert von 120 Millionen Euro nach Russland“¹⁹⁷ gestoppt. Frankreich hat den Vertrag für die Lieferung zweier Mistral-Kriegsschiffe an Russland im Wert von 1,2 Mrd. € aufgelöst und sowohl die geleisteten Vorauszahlungen als eine Entschädigung dafür geleistet.¹⁹⁸

Die finanziellen Sanktionen haben gewiss auch für die EU-Mitgliedstaaten Konsequenzen gehabt, allein der größte Tapeten-Konzern Europas, die A. S. Creation Tapeten AG aus Deutschland, hat im Jahre 2014 einen Währungsverlust von über 10,4 Millionen Euro, etwa 15 Prozent des Börsenwerts des Unternehmers, infolge des schwachen Rubels im Kauf nehmen müssen.¹⁹⁹

Da die EU ihre Wirtschaftssanktionen gegen Russland am 31. Juli 2014 und die russischen Gegenmaßnahmen am 6. August 2014 erlassen wurden, haben sich die Sanktionen nicht auf das gesamte Jahr 2014 ausgewirkt. Diese Tatsache führt zu der Annahme, dass die Berechnungen des Wifo im Rahmen der von der Leading European Newspaper Alliance in Auftrag gegebenen Studie zu den Russland-Sanktionen der tatsächlichen Entwicklung, mit den entsprechenden Toleranzen, entsprechen dürften.

Laut Moskauer Statistiker waren im ersten Quartal 2015 die Importe um 37,5 % und die Exporte um 26,5 % eingebrochen. „Das gesamte Handelsvolumen – also Ein- und Ausfuhren – ging um 30,4 Prozent zurück. Überdurchschnittlich stark war der Rückgang des Handelsvolumens mit der EU: und zwar um 36,3 Prozent: Damit steht die EU wie schon im vierten Quartal des Vorjahres nur noch für 45 Prozent des russischen Außenhandels. Über Jahre haben die Europäer hier rund 50 Prozent ausgemacht.“²⁰⁰

¹⁹⁷ F.A.Z.: Bundesregierung stoppt Rüstungsexporte nach Russland, <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundesregierung-stoppt-ruestungsexporte-nach-russland-12907832.html>, 24.04.2014.

¹⁹⁸ Vgl. Basler Zeitung: Wer kauft Frankreich die Kriegsschiffe ab?, <http://bazonline.ch/ausland/europa/Wer-kauft-Frankreich-die-Kriegsschiffe-ab/story/16199342>, 06.08.2015.

¹⁹⁹ Pröbstl Georg: Russland Sanktion: EU verliert – Anleger steigen ein, Handelszeitung, <http://www.handelszeitung.ch/invest/stocksDIGITAL/russland-sanktion-eu-verliert-anleger-steigen-ein-776197>, 2.05.2015.

²⁰⁰ Kühnlenz André: EU-Exporteure verlieren Marktanteile in Russland, Wirtschaftsblatt, http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/europa_cee/4744561/EUExporteure-verlieren-Marktanteile-in-Russland, 02.06.2015

Derzeit sei laut dem Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Cordes die wirtschaftliche Situation noch beherrschbar, „aber wenn diese Entwicklung länger andauert – sagen wir noch ein Jahr –, dann werden die deutsch-russischen Beziehungen schweren Schaden tragen.“²⁰¹

6.2 EU-Sanktionen gegen den IRAN

6.2.1 Politische Entwicklung

„Seit dem Jahr 1979 verhängten die USA und nach ihnen auch Kanada, Australien, Südkorea und die Europäische Union (EU) verschiedenste Sanktionen gegen die Islamische Republik Iran. Im Jahr 2006 schloss sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an und begann, mehrere speziell auf das Atomprogramm des Irans bezogene Sanktionen gegen das Land zu beschließen. Im Jahr 2012 beschloss der Rat der Europäischen Union die Implementierung eines Öl-Embargos gegen den Iran als die bisher am weitesten gehende Maßnahme solcher Art in Friedenszeiten.“²⁰²

Sowohl die Vereinten Nationen als auch die Europäische Union haben ihre Sanktionen gegen die Islamische Republik Iran mit dem Ziel erlassen, eine diplomatische Lösung in der Atomfrage zu bewirken. Der Beschluss der EU 2011/235/CFSP vom 12. April 2011 erwähnt außerdem, dass die Sanktionen auferlegt wurden, um eine Einstellung der Menschenrechtsverletzungen in der Islamische Republik Iran zu erreichen.

Die Verordnung der EU VO 267/2012 von 23. März 2012 sieht restriktive Wirtschaftssanktionen gegen die Islamische Republik Iran vor, wobei sich diese aus waren- und personenbezogenen Sanktionen zusammensetzen, die sich auf alle Finanz- und Warenströme im Zusammenhang mit bestimmten iranischen Personen, Organisationen und Firmen beziehen.

Dem Begriff „iranische Personen“ sind gemäß VO 267/2012 Art.1 Ziffer m vom 23. März 2012 die Folgenden zuzuordnen:

- der iranische Staat sowie die dazugehörigen Behörden,
- jede natürliche Person mit Aufenthaltsort oder Wohnsitz im Iran,
- jede juristische Person, Organisation oder Einrichtung mit Sitz im Iran,

²⁰¹ Eigendorf Jörg, Maisch Andreas, Steiner Eduard u.a.: Katastrophale Sanktionspolitik der EU gegen Russland eine Studie der Leading European Newspaper Alliance (Lena), Die Welt, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-putin-verlaengert-sanktionen-gegen-eu/11963876.html>, 19.06.2015.

²⁰² Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dagdelen, Jan van Aken, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 18/1063, 24.04.2014

- jede juristische Person, Organisation oder Einrichtung innerhalb oder außerhalb des Irans, die sich im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle einer oder mehrerer der vorgenannten Personen oder Einrichtungen befindet.

Die aktuellen gültigen EU-Sanktionen basieren auf

- der Verordnung (EG) Nr. 428/2009 des Rates vom 5. Mai 2009,
- der Verordnung (EU) Nr. 1382/2014 der Kommission von 22. Oktober 2014,
- der Verordnung (EU) Nr. 42/2014 des Rates vom 20. Januar 2014,
- der Verordnung (EU) Nr. 359/2011 des Rates vom 12. April 2011,
- der Verordnung (EU) Nr. 267/2012 des Rates vom 23. März 2012, und verbieten die Lieferung, den Verkauf, den Export sowie die Weitergabe an eine iranische Person oder zur Verwendung im Iran von:

1. **Div. Güter**

- *Es handelt sich dabei um alle Dual Use-Güter und Technologien, die im Anhang I der Dual-Use-Verordnung VO 428/2009 vom 05. Mai 2009 aufgelistet sind, mit Ausnahme:*
 - *der in Anhang I Teil A der VO 267/2012 gelisteten Güter,*
 - *für den iranischen Leichtwasserreaktor in Buscher bestimmte Güter (VO267/2012 Art.6),*
 - *von Transaktionen im Auftrag der IAEO und aufgrund bestimmter völkerrechtlicher Verpflichtungen,*
 - *der im Anhang I Teil C genannten Güter hinsichtlich von Altverträgen, die vor dem 22.12.2012 unterzeichnet wurden. Diese Ausnahme war bis zum 15.04.2013 gültig.*
- *Alle im Anhang II der VO 267/2012 gelisteten Güter und Technologien*
- *Alle im Anhang III der VO 267/2012 gelisteten Güter und Ausrüstungen*
- *Alle im Anhang IV der VO 267/2012 gelistete Ausrüstung zur Telekommunikationsüberwachung.*²⁰³

²⁰³ Vgl. WKO: Aktueller Stand der Sanktionen gegen Iran, <https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller-Stand-der-Sanktionen-gegenueber-dem-Iran.html>, 18.11.2015. Ashton C.: Verordnung (EU) Nr. 267/2012 des Rates vom 23. März 2012, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:088:0001:0112:DE:PDF>. Kalousek M.: Verordnung (EG) Nr. 428/2009 des Rates vom 5. Mai 2009, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:088:0001:0112:DE:PDF>.

2. Ausrüstung für die Öl-/Gasindustrie

Davon betroffen sind alle Güter und Dienstleistungen für die Exploration und Förderung von Erdöl/Erdgas, Raffination, Verflüssigung von Erdgas) (Anhang VI und VI a der VO267/2012).

3. Ausrüstung für die petrochemische Industrie (Anhang VI der VO 267/2012)

4. Rohöl, Erdölerzeugnisse, Erdgas

- *Für Rohöl der Tarifnummer 2709 besteht ein Verbot des Imports und des Erwerbs, nicht aber der Beförderung, Finanzierung und Versicherung (diese ist teilweise erlaubt).*
- *Für sonstige Erdölerzeugnisse gilt ein Verbot des Imports, des Erwerbs, der Beförderung von iranischen Ursprungszeugnissen oder Erzeugnissen geliefert aus dem Iran, der Finanzierung und Versicherung.*
- *Für Erdgas sowie Propan, Butane und andere Kohlenwasserstoffe gilt ein Verbot des Imports, des Erwerbs und der Beförderung.²⁰⁴*

5. Petrochemische Produkte

Für die im Anhang V der VO 267/2012 aufgelisteten Produkte wurde ab 20.1.2014 das Verbot aufgehoben.

6. Gold, Edelmetalle, Diamanten, Banknoten, Münzen

Verbot des Verkaufes und Ankaufes von der iranischen Regierung oder deren öffentlichen Einrichtungen, Beförderung, Vermittlung von Diamanten sowie der Lieferung von auf iranische Landeswährung lautende neu gedruckte bzw. geprägte Banknoten und Münzen.²⁰⁵

7. Grafit, Rohmetalle, Metall-(Halb-)Erzeugnisse

Verbot des Exportes, des Verkaufes, der Lieferung, der Weitergabe unmittelbar oder mittelbar an eine iranische Person oder zur Verwendung im Iran.²⁰⁶

²⁰⁴ Vgl.: WKO: Aktueller Stand der Sanktionen gegen Iran, <https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller-Stand-der-Sanktionen-gegenueber-dem-Iran.html>, 19.11.2015.

²⁰⁵ Vgl. Ashton C.: Verordnung (EU) Nr. 42/2014 des Rates vom 20. Januar 2014, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2014:015:0018:0021:DE:PDF>, 19.11.2015.

²⁰⁶ Vgl. Ashton C.: Verordnung (EU) Nr. 267/2012 des Rates vom 23. März 2012, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:088:0001:0112:DE:PDF>, 19.11.2015.

8. Schiffsausrüstung

Verbot des Exportes, des Verkaufes, der Lieferung, der Weitergabe unmittelbar oder mittelbar an eine iranische Person oder zur Verwendung im Iran.²⁰⁷

9. Software für industrielle Prozesse

Verbot des Exportes, des Verkaufes, der Lieferung, der Weitergabe unmittelbar oder mittelbar an eine iranische Person oder zur Verwendung im Iran.²⁰⁸

10. Schiffsdienstleistungen (bestimmte Tankschiffe und Frachtschiffe)

Verbot für folgende Tätigkeiten für Öltank- und Frachtschiffe unter der Flagge, im Eigentum dergleichen oder betrieben von einer iranischen Person:

- *Erbringung von Klassifikationsdiensten,*
- *Bau und Reparatur von Schiffen und Teilen,*
- *Inspektion, Prüfung, Zertifizierung.²⁰⁹*

11. Militärembargo

- *Verbot des Exportes, der Lieferung und des Verkaufes von Militärgütern sowie der technischen Unterstützung und verwandter Tätigkeiten für Militärgüter samt Technologie, ebenso ein Investitionsverbot und ein Finanzierungsverbot für Militärgüter.*
- *Davon ausgeschlossen sind Fahrzeuge, die mit einer Kugelsicherung ausgerüstet sind und nur zum Schutz des Personals der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Iran bestimmt sind.*
- *Hier gilt auch die „catch-all“- Klausel der Dual-Use-Exportkontrolle, gemäß der die Ausfuhr aller Waren, auch nicht gelisteter, melde- und genehmigungspflichtig ist, sofern die Waren im Iran eine militärische Endverwendung erfahren könnten.*
- *Eine „gemeinsamen Militärgüterliste“ identifiziert Güter und Technologien, die davon betroffen sind.²¹⁰*

²⁰⁷ Vgl. Ashton C.: Verordnung (EU) Nr. 267/2012 des Rates vom 23. März 2012, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:088:0001:0112:DE:PDF>, 19.11.2015 und WKO: Aktueller Stand der Sanktionen gegen Iran, <https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller-Stand-der-Sanktionen-gegenueber-dem-Iran.html>, 19.11.2015.

²⁰⁸ Vgl. Ashton C.: Verordnung (EU) Nr. 267/2012 des Rates vom 23. März 2012, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:088:0001:0112:DE:PDF>.

²⁰⁹ Vgl. Ashton C.: Verordnung (EU) Nr. 267/2012 des Rates vom 23. März 2012 Art. 37a und 37b, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:088:0001:0112:DE:PDF> und WKO: Aktueller Stand der Sanktionen gegen Iran, <https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller-Stand-der-Sanktionen-gegenueber-dem-Iran.html>, 19.11.2015.

12. Finanzierung, Beteiligungserwerb und Gründung von Joint Ventures

- *Verbot der Finanzierung, des Beteiligungserwerbes und der Gründung von Joint Ventures von/mit iranischen Personen oder Einrichtungen in der Öl-/Gasindustrie, in der petrochemischen Industrie und in der Militärindustrie (VO 267/2012, Art. 17).*
- *Davon ausgenommen sind Altverträge (VO 267/2012, Art. 19 ff.). Diese Ausnahme ist bis 15.4.2013 befristet.*

13. Genehmigungspflicht für bestimmte Güter und Technologien, die im Anhang II der VO267/2012 gelistet sind

14. Finanzsanktionen gegenüber bestimmten gelisteten iranischen Personen und Unternehmen

- *Einfrieren von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen bestimmter iranischen Personen und Unternehmen, die im Anhang I VO 359/2011, Anhang IX VO 267/2012, Anhang VIII VO 267/2012 aufgelistet sind.*
- *Verbot, diesen Personen und Unternehmen finanzielle Vermögenswerte und wirtschaftliche Vorteile und mittelbare und unmittelbare wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen.*
- *Art. 1 Ziffer h definiert „wirtschaftliche Ressourcen“ als jegliche Art von materiellen oder immateriellen, beweglichen oder unbeweglichen Vermögenswerten. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass es sich dabei um ein generelles Warenembargo gegenüber den gelisteten Personen oder Unternehmen handelt.²¹⁰*
- *Verbot für SWIFT-Kommunikation (VO 267/2012 Art. 23 Abs.4).*

15. Zahlungsgenehmigungen

- *Geldtransfers zwischen einem EU-Finanzinstitut und einer iranischen Bank (Bank mit Sitz im Iran oder unter Kontrolle von „iranischen Personen“ gem. VO 267/2012 Art. 30)*
 - *sind generell verboten.*
 - *Ausgenommen davon sind*

²¹⁰ Vgl. Ashton C.: Verordnung (EU) Nr. 267/2012 des Rates vom 23. März 2012 Art. 5, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:088:0001:0112:DE:PDF>, 19.11.2015

²¹¹ Vgl. WKO: Aktueller Stand der Sanktionen gegen Iran, <https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller-Stand-der-Sanktionen-gegenueber-dem-Iran.html>, 19.11.2015.

- Geldtransfers betreffend Lebensmittel, Gesundheitsleistungen, medizinische Ausrüstung, für landwirtschaftliche/humanitäre Zwecke:
 - Keine Genehmigung/Meldung für Beträge unter € 10.000,- ,
 - Meldepflicht für Beträge zwischen € 10.000,- und 1 Million,
 - für Beträge über 1 Million Euro besteht Genehmigungspflicht.
- Geldtransfers betreffend persönliche Überweisungen:
 - Keine Genehmigung/Meldung für Beträge unter € 10.000,- ,
 - Meldepflicht für Beträge zwischen € 10.000,- und 400.000,- €,
 - Für Beträge über 400.000,- Euro besteht Genehmigungspflicht.
- Geldtransfers im Zusammenhang mit einem bestimmten und nicht verbotenen Handelsvertrag und sonstige in VO 267/2012 Art. 30 Abs. 2 erwähnte Vorgänge:
 - Keine Genehmigung/Meldung für unter € 10.000,- ,
 - Meldepflicht für Beträge zwischen € 10.000,- und 100.000,- €,
 - für Beträge über 100.000,- Euro besteht Genehmigungspflicht.
- *Geldtransfers an eine oder von einer „iranischen Person“, die zwischen einen EU-Finanzinstitut und einer nichtiranischen Bank auf elektronischem Weg stattfinden; ebenso Bargeldtransfers gem. VO 267/2012 Art. 30:*
 - Geldtransfers betreffend Lebensmittel, Gesundheitsleistungen, medizinischer Ausrüstung für landwirtschaftliche/humanitäre Zwecke:
 - keine Genehmigung/Meldung für Beträge unter € 10.000,- ,
 - für Beträge über 100.000,- Euro besteht Meldepflicht.
 - Sonstige Geldtransfers:
 - keine Genehmigung/Meldung für unter € 10.000,- ,
 - Meldepflicht für Beträge zwischen € 10.000,- und 400.000,- €,
 - für Beträge über 400.000,- Euro besteht Genehmigungspflicht.²¹²

16. EU-Kredit- und Finanzinstitute, Versicherungen, Exportkredite

- *Verbot, neue Konten bei einem Finanzinstitut im Iran zu eröffnen, neue Korrespondenzbankbeziehungen aufzunehmen, neue Repräsentanzen im Iran zu eröffnen, neue Joint Ventures einzugehen gem. VO 267/2012 Art. 33,*

²¹² Vgl. Ashton C.: Verordnung (EU) Nr. 267/2012 des Rates vom 23. März 2012 Art. 30, 30a und 37b, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:088:0001:0112:DE:PDF> und WKO: Aktueller Stand der Sanktionen gegen Iran, <https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller-Stand-der-Sanktionen-gegenueber-dem-Iran.html>, 19.11.2015.

- *Verbot, neue Exportkredite, -garantien oder -versicherungen für Irangeschäfte zu gewähren gem. VO 267/2012 Art. 33 und Art. 34,*
- *Ausnahme für bestimmte Pflicht-/Haftpflichtversicherungen, Versicherungen für Privatpersonen usw. gem. VO 267/2012 Art. 35.*²¹³

17. Verkehrsbeschränkungen

- *Meldung aller Sendungen in den Iran oder aus dem Iran auf allen Transportmitteln an die Zollbehörde gem. VO 267/2012 Art. 36,*
- *Verbot von Bunker-, Versorgungs-, Wartungsdiensten an iranischen Frachtflugzeugen und Schiffen bei Verdacht des Transportes verbotener Waren gem. VO 267/2012 Art. 37,*
- *Verbot, Schiffe der Islamic Republic of Iran Shipping Lines (IRISL) in der EU zu be- oder entladen (aber keine Beschlagnahme von Ladung im Eigentum Dritter).*²¹⁴

Beim Wiener Abkommen vom 14.07.2015 haben Vertreter von EU, Iran und den P5+1 (die fünf ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien sowie Deutschland) nach dreizehnjährigem Konflikt den Atomstreit beendet.²¹⁵ Dabei sagte der Iran zu, „die Zahl seiner Zentrifugen zur Urananreicherung für zehn Jahre um zwei Drittel zu reduzieren. Laut einem iranischen Dokument, das am Dienstag [14.07.2015, Anmerkung d. Verf.] in Wien veröffentlicht wurde, soll die Zahl der Zentrifugen in der Urananreicherungsanlage von Natanz auf 5.060 begrenzt werden, während in Fordo 1.044 weitere verbleiben sollen, ohne aber zur Urananreicherung genutzt zu werden. Bisher hat der Iran 19.000 Zentrifugen, davon sind aber weniger als 10.000 in Betrieb.“²¹⁶

Im Gegenzug haben die Vertreter der EU und der P5+1 einer Aufhebung der Sanktionen zugestimmt, die in mehreren Etappen erfolgen soll. Das UN-Waffenembargo soll dagegen

²¹³ Vgl. Ashton C.: Verordnung (EU) Nr. 267/2012 des Rates vom 23. März 2012 Art. 33, 34 und 35, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:088:0001:0112:DE:PDF> und WKO: Aktueller Stand der Sanktionen gegen Iran, <https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller-Stand-der-Sanktionen-gegenueber-dem-Iran.html>, 19.11.2015.

²¹⁴ Vgl. Ashton C.: Verordnung (EU) Nr. 267/2012 des Rates vom 23. März 2012 Art. 37, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:088:0001:0112:DE:PDF> und WKO: Aktueller Stand der Sanktionen gegen Iran, <https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller-Stand-der-Sanktionen-gegenueber-dem-Iran.html>, 19.11.2015.

²¹⁵ Vgl. Die Presse: Die Eckpunkte des „Wiener Abkommens“, <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4776899/Die-Eckpunkte-des-Wiener-Abkommens>, 14.07.2015 und Löwenstein Stephan: Ein Zeichen der Hoffnung für die ganze Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/atomverhandlungen-im-iran-historisches-abkommen-13701607.html>, 14.07.2015.

²¹⁶ Salzburger Nachrichten: Historische Einigung in Wien: Atom-Abkommen mit Iran steht, <http://www.salzburg.com/nachrichten/welt/politik/sn/artikel/historische-einigung-in-wien-atom-abkommen-mit-iran-steht-157713/>, 14.07.2015.

weiterhin für fünf Jahre bestehen bleiben. Sollte die Islamische Republik die Verpflichtungen des Abkommen nicht einhalten, dann würden die Sanktionen wieder in Kraft treten. „Die endgültige Umsetzung des Wiener Abkommens erfolgt jedoch erst nach dem für Mitte Dezember geplanten Abschlussbericht der IAEA [International Atomic Energy Agency, Anmerkung d. Verf.]. Danach erst können auch die für den Iran lähmenden Wirtschaftssanktionen aufgehoben werden.“²¹⁷

In dem Joint Comprehensive Plan of Action (JOCPOA) vom 14.07.2015 wurde festgelegt, dass die Sanktionen gegen Iran schrittweise unter der Voraussetzung aufgehoben werden, dass die IAEA die Durchführung der vom Iran übernommenen Verpflichtungen bestätigt. Demnach werden alle Sanktionen, sowohl der EU, der USA und der UN, bis zum Inkrafttreten der ersten Phase des JOCPOA aufrechterhalten. Der Plan besteht aus zwei Phasen:

- Die erste Phase, der sog. „Implementation Day“, sieht die Aufhebung der wirtschaftsbezogenen Sanktionen vor, die wirksam wird, nachdem der EU-Rat den IAEA-Bericht erhalten hat und die UN der Sanktionsaufhebung zustimmt.
- Die zweite Phase, der sog. „Transition Day“, sollte spätestens nach 8 Jahren eintreten und sieht die vollständige Aufhebung der Sanktionen vor.²¹⁸

6.2.2 Ökonomische Auswirkungen der Sanktionen

Die seit 2012 bestehenden Sanktionen gegen die Islamische Republik Iran haben nicht nur die Wirtschaft Irans beeinflusst, sondern allem Anschein nach auch die der EU.

Die Generaldirektion Handel der Europäischen Union veröffentlichte am 20.10.2015 den Bericht European Union trade in goods with Iran. Demnach haben die Importe aus der Islamischen Republik Iran im Jahre 2013 nur mehr einen Wert von 783 Mill. € gehabt. Ein Vergleich mit dem Jahr 2012, als im Frühjahr die Sanktionen eingeführt wurden und die Importe immer noch ein Volumen von 5.652 Mill. € erreicht hatten, bedeutet dies, dass die Importe aus dem Iran innerhalb eines Jahres um etwa 86,15 % gesunken sind.

Da 2011 (ein Jahr vor der Einführung der Sanktionen) das Importvolumen 17.329 Mill. € ausgemacht hat und 2013 (ein Jahr nach der Verbotseinführung) nur mehr Importe in Höhe von 783 Mill. € getätigt wurden, ist es zu einem Importrückgang von 95,48 % gekommen.

²¹⁷ Wiener Zeitung: Iran hat Atomabkommen mit dem Westen ratifiziert, http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/welt/weltpolitik/780364_Iran-hat-Atomabkommen-mit-dem-Westen-ratifiziert.html, 14.10.2014.

²¹⁸ Vgl. *Joint Comprehensive Plan of Action JOCPOA vom 14.07.2015*, http://www.eeas.europa.eu/statements-eeas/docs/iran_agreement/iran_joint-comprehensive-plan-of-action_en.pdf, 19.11.2015. WKO: Aktueller Stand der Sanktionen gegen Iran, <https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller-Stand-der-Sanktionen-gegenueber-dem-Iran.html>, 19.11.2015.

Diese starke Veränderung wird dadurch plausibler, dass die Importregression bereits 2011 eingesetzt hatte, als die Importe um 67,38 Prozent abnahmen.

Auch der Export von EU-Gütern nach Iran hat sich ähnlich entwickelt. Im Zeitraum 2012 (das Jahr, in dem die Verbote erlassen wurden) lag das Exportvolumen bei etwa 7.379 Mill. €.

Im Gegensatz dazu machten die Exporte im Jahre 2013 (ein Jahr nach der Einführung der Sanktionen) nur mehr etwa 5.446 Mill. € aus, was einem Rückgang um etwa 26,20 Prozent entspricht.

Beim Vergleich der Exportwerte des Jahres 2011 in Höhe von 10.497 Mill. € mit denen im Jahre 2013 im Wert 5.446 Mill. € ist festzustellen, dass diese um 5.051 Mill. € zurückgegangen sind. Das bedeutet, dass innerhalb von zwei Jahren eine 48,1%ige Regression von EU-Exporten in den Iran registriert wurde.

Obwohl im Jahre 2014 (Importvolumen 1.157 Mill. €) mehr Güter aus dem Iran importiert wurden als im Jahre 2013 (783 Mill. €), stellt dieser Wert immer noch ein Minus von 93,32 % gegenüber dem Jahr 2011 dar, als die Sanktionen noch nicht eingeführt waren.

Auch die Exporte zeigen ein ähnliches Bild auf. Trotz einer Exporterhöhung um etwa 979 Mill. € im Jahre 2014 (ein Zuwachs von etwa 10 % im Vergleich mit 2013) stellen diese Werte immer noch ein Minus von etwa 38,79 % bezogen auf das Jahr 2011 (Exportvolumen 10.497 Mill. €), ein Jahr vor dem Ausbruch der Irankrise, dar. Abbildung 15 fasst die Entwicklung graphisch zusammen.

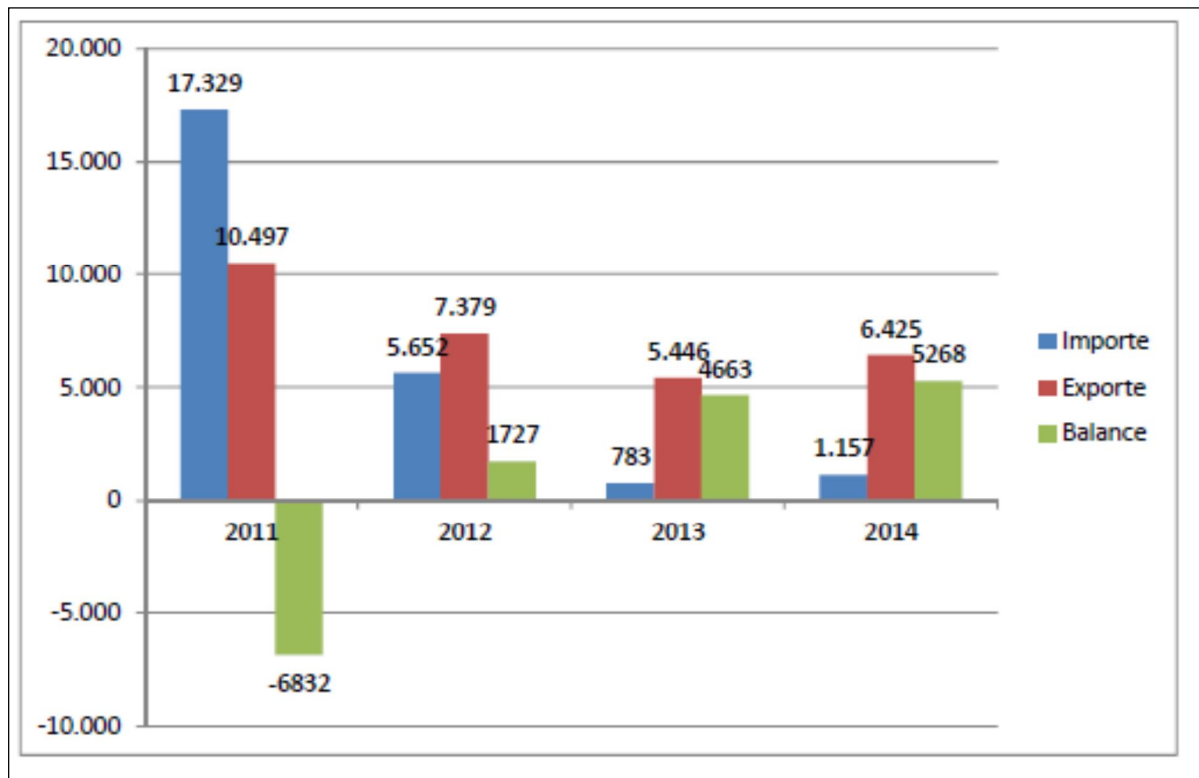


Abbildung 16: Exporte/Importe der EU vor/nach der Einführung der Sanktionen gegen den Iran im Zeitraum 2011–2014, in Mill. €

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an European Union: Trade in goods with Iran, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113392.pdf, 20.10.2015.

Trotz negativer Entwicklungen sowohl der Importe als auch der Exporte im Zeitraum 2012–2014 ist die Bilanz für die EU positiv ausgefallen. Dies ist dadurch zu erklären, dass die Menge der Importgüter vor der Einführung der Iran-Sanktionen höher als die der getätigten Exporte war. Mit dem Erlass der Sanktionen im Jahre 2012 nahm das Importvolumen über 90 % ab, während die Exporte nach einem anfänglichen Rückgang um etwa 48,12 % im Jahre 2013 sich im Jahre 2014 um etwa 10 % erholten.

Im Jahre 2011 hat die EU noch Mineralbrennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse aus der Islamischen Republik Iran im Wert von 15.973 Mio. € bezogen. Die Einführung der Sanktionen im Jahre 2012 hat alleine im gleichen Jahr dazu geführt, dass die Importe für Mineralbrennstoffe um 71,12 % sanken. Dabei ist es zu beachten, dass im 1. Quartal 2012 der Import von Mineralbrennstoffen noch erlaubt war. Die Talfahrt dauerte auch im Jahre 2013 an, als die Importe von Mineralbrennstoffen fast zum Erliegen gekommen sind. Es wurden Mineralbrennstoffgüter im Wert von nunmehr 34 Mio. € im ganzen Europäischen Wirtschaftsraum eingeführt. Bezogen auf das Jahr 2013 wurde im Jahr 2014 die fünffache Menge an Mineralbrennstoffen aus dem Iran registriert.

Auch Importe der chemischen Industrie halbierten sich im Jahre 2012, um im Jahr darauf nochmals um zwei Drittel abzunehmen (Abb. 16). 2014 wurde eine Importzunahme in der Branche im Vergleich zum Jahr 2013 festgestellt.

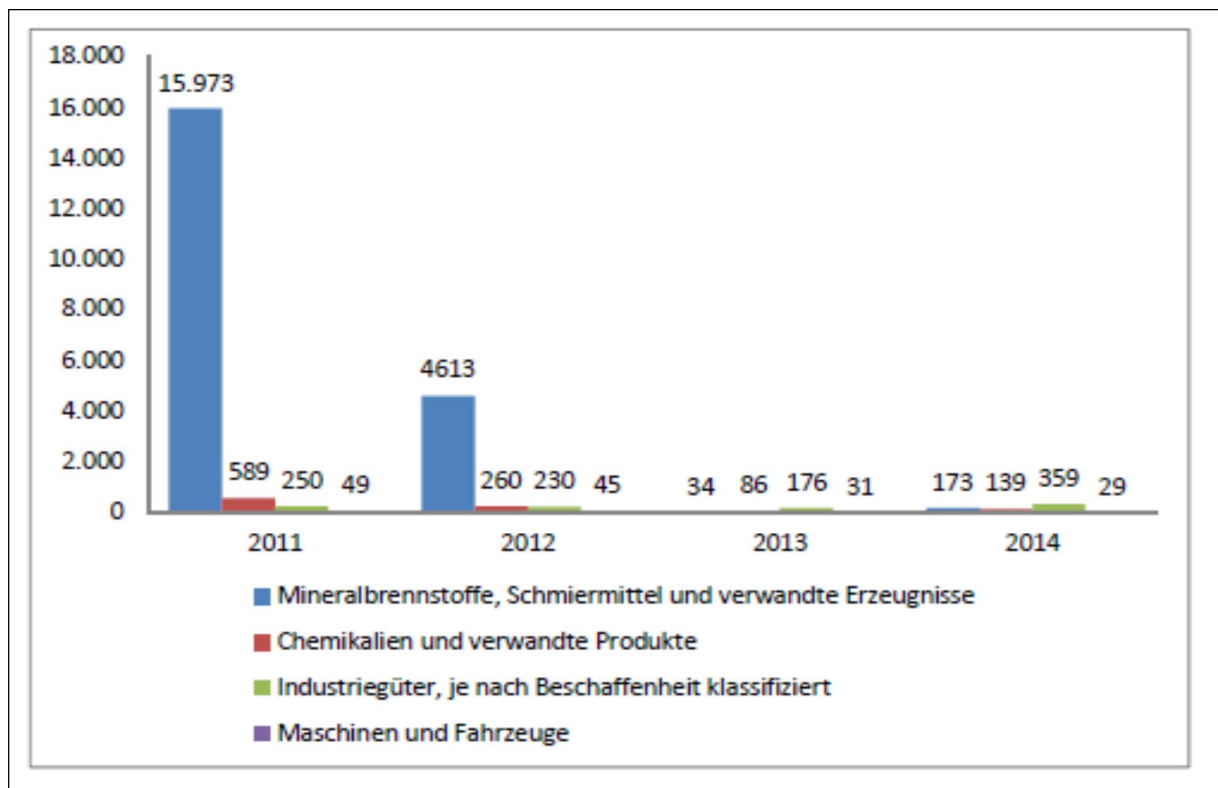


Abbildung 17: EU-Importe aus dem Iran nach Branchen im Zeitraum 2011–2014, in Mill. €

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an European Union, Trade in goods with Iran, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113392.pdf, 20.10.2015.

Die Importe in der Industriegüter-Branche haben, wie Abbildung 16 zu entnehmen, nur vereinzelt im Jahre 2013 abgenommen, um sich 2014 dann nicht nur zu erholen, sondern auch anzuwachsen.

Die Importe von Maschinen und Fahrzeugen aus dem Iran sind über die letzten 3 Jahre relativ stabil geblieben, nur 2014 wurde eine minimale Abnahme um 2 Mill. € verzeichnet.

Die Sanktionen in Bezug auf Mineralbrennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse haben einen deutlichen Rückgang der EU-Exporte in Iran im Zeitraum 2011–2014 bewirkt. Demnach wurde im Jahre 2014 um ein Drittel weniger exportiert. Im Jahre 2013 wurde sogar einen Exportrückgang von etwa 42,10 % bezogen auf das Jahr 2011, also die Zeit vor der Einführung der Sanktionen, festgestellt.

In der gleichen Weise verhalten sich die Werte der chemischen Industrie. Lag im Jahre 2011 das Exportvolumen noch bei 1.815 Mill. €, so erreichte dieses mit der Talfahrt im Jahre 2013

nur mehr den Wert von 1.230 Mill. €. Auch in dieser Branche setzte sich der bereits aufgezeigte Trend durch, nämlich eine Situationserholung bezogen auf das Jahr zuvor.

In der Industriegüterbranche war dies aber nicht der Fall. Wie Abbildung 17 entnommen werden kann, hat im Jahre 2011 eine kontinuierliche Regression eingesetzt. Demnach nahmen die Exportwerte in dieser Branche kontinuierlich ab, so dass im Jahre 2014 nur mehr Güter im Wert von 430 Mill. € exportiert wurden, was einer 70%igen Exportabnahme entspricht.

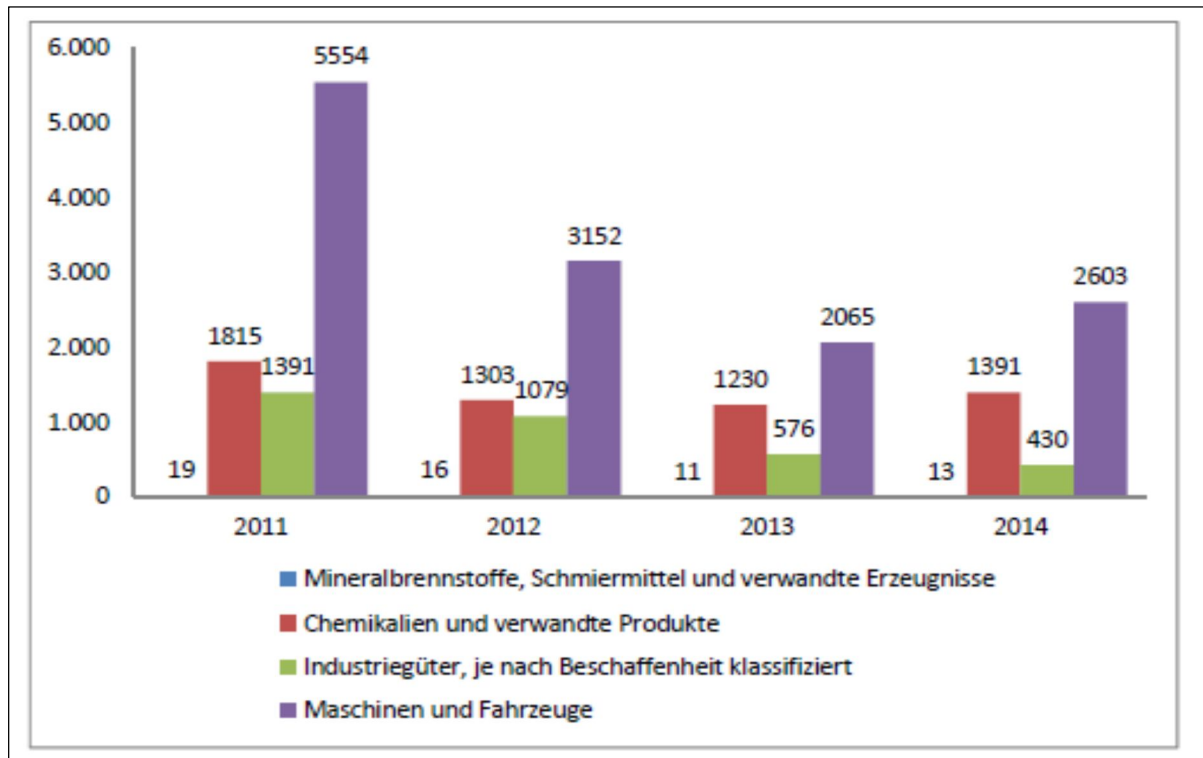


Abbildung 18: EU-Exporte in den Iran nach Branchen im Zeitraum 2011–2014, in Mill. €

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung auf European Union, Trade in goods with Iran, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113392.pdf, 20.10.2015.

Auch die Maschinen- und Fahrzeug-Industrie hat als Folge der Sanktionen gegen den Iran gelitten. Laut der Aufzeichnungen der von der EU veröffentlichten Daten haben sich die Zahlen im Zeitraum 2011–2014 halbiert. Dass das Verbot nicht gleich im Jahr nach seiner Einführung die Exportwerte beeinflusst hat, lässt sich dadurch erklären, dass die Altverträge mit der Islamischen Republik Iran noch gültig waren. Die Maschinen- und Fahrzeug-Exporte erreichten im Jahre 2013 die Talsohle, als Güter im Wert von lediglich 1230 Mill. € in den Iran verkauft wurden.

Laut der Studie Losing Billions – The Cost of Iran Sanctions to the U.S. Economy von Jonathan Leslie, Reza Marashi und Trita Parsi vom in Washington, D. C., ansässigen Institut

National Iranian American Council (NIAC) sollen die EU-Staaten im gleichen Zeitraum mehr als doppelt so viel an Handelsumsätzen wie die Vereinigten Staaten verloren haben.²¹⁹

Dabei war unter den Mitgliedsstaaten der EU Deutschland am meisten von den Sanktionen gegen den Iran betroffen. Basierend auf den vom deutschen Auswärtigen Amt veröffentlichten Wirtschaftsdaten zeichnet sich ein teilweise ähnliches Bild, wie es bereits bei der Analyse der Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Iran im Zeitraum 2011–2014 dargestellt wurde.

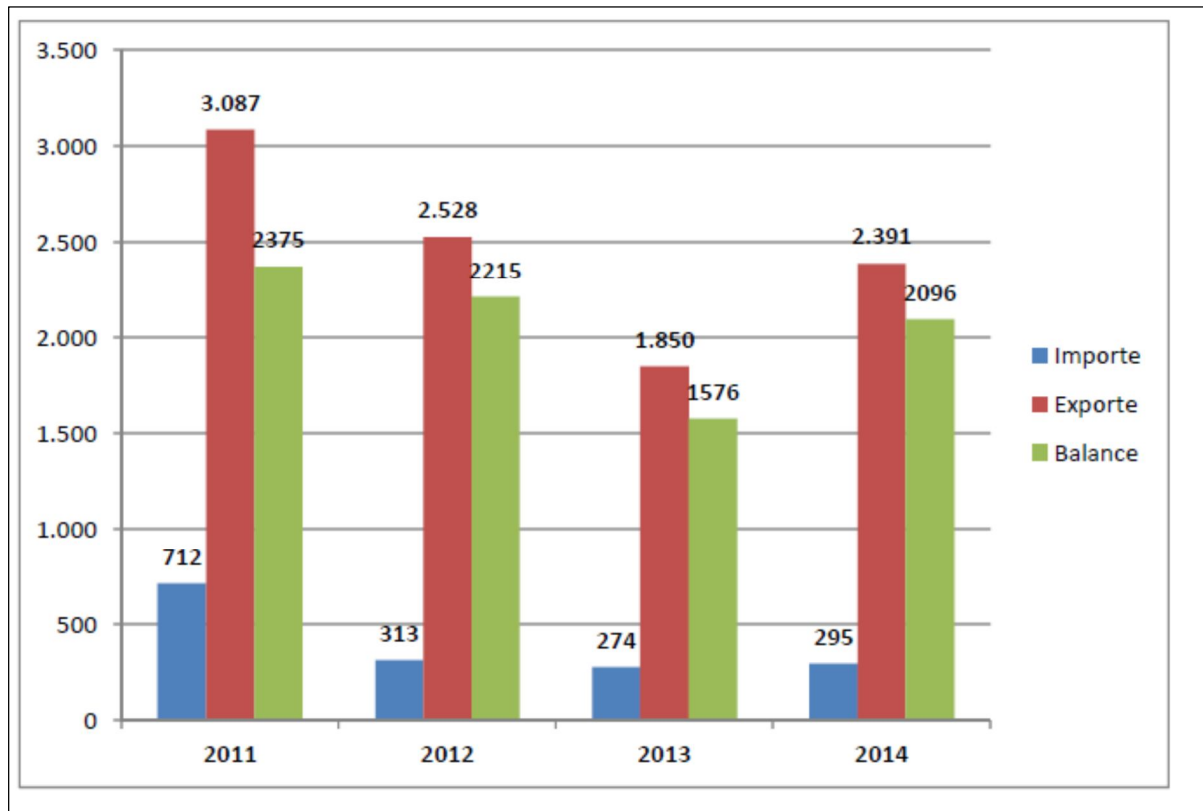


Abbildung 19: Deutsche Exporte/Importe in den/aus dem Iran im Zeitraum 2011–2014, in Mill. €
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Auswärtiges Amt: Wirtschaftliche Beziehungen zum Iran, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Iran/Bilateral_node.html, 21.11.2015.

Wie Abbildung 18 zu entnehmen ist, zeigt die Entwicklung der Handelsbeziehungen Deutschlands zu der Islamischen Republik Iran in Zeitraum 2011–2014, im Kontrast zu der bereits dargestellten Entwicklung in der EU, dass das Exportvolumen nach Iran viel höher als die aus dem Land getätigten Importe ist. Demgemäß war Deutschlands Exportvolumen nach Iran im Jahre 2011, ein Jahr vor der Einführung der Sanktionen, um 80 % höher als das Im-

²¹⁹ Leslie Jonathan, Marashi Reza, Parsi Trita: Losing Billions – The Cost of Iran Sanctions to the U.S. Economy, National Iranian American Council (NIAC), Washington D. C., 2014, S.2.

portvolumen, im Gegensatz zu dem allgemeinen Trend in der EU, wo im gleichen Zeitraum genau eine umgekehrte Situation bestand, da 40 % mehr importiert als exportiert wurde.

Obwohl der deutsche Trend sich über die gesamte Zeitperiode hinweg durchgesetzt hat, wurden die Handelsbeziehungen signifikant von den Sanktionen beeinträchtigt.

So halbierten sich die Importe im Jahre 2012 und ein Jahr später wurde der Tiefststand erreicht, als nunmehr Handelsgüter im Wert von 274 Mill. € importiert wurden. Die Situation hat sich im Jahre 2014 stabilisiert und es wurde auch ein minimales Importwachstum in Höhe von 21 Mill. € aufgezeichnet.

Im Jahre 2011 lagen die deutschen Exporte in Iran bei 3.804 Mill. €. Ein Jahr nach der Einführung der Iran-Sanktionen, im Jahre 2013, sind diese um etwa 40 % zurückgegangen. Die Regression wurde 2014 abgewendet, als Exportwerte über 2.391 Mill. € registriert wurden.

Die Wissenschaftler der National Iranian American Council (NIAC) erwähnen, dass auch Länder wie Frankreich, Italien und Griechenland stark von den Folgen der Sanktionen gegen den Iran betroffen wurden.

Anfang 2016 wird eine Bestätigung der IAEA bezüglich der Implementierung seitens des Irans der im Rahmen des Wiener Abkommens vom 14.07.2015 festgelegten Vereinbarungen erwartet. Dadurch wird die erste Phase des JOCPOA, die eine schrittweise Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen den Iran vorsieht, in Kraft treten und es der Islamischen Republik Iran ermöglichen, wieder an der Weltwirtschaft teilzuhaben. „Nachdem die Sanktionen 2011 verschärft wurden und insbesondere die Einnahmen aus den Ölverkäufen wegfielen, fiel das Land in eine Rezession. Die Wirtschaft schrumpfte 2012 real um 6,6 % und 2013 um 1,6 %. Die Erholung im letzten Jahr (+3 %) fiel im Vergleich dazu und zum durchschnittlichen Wachstum der vergangenen 10 Jahre (+5,2 %) verhalten aus.“²²⁰

Eine Aufhebung aller Sanktionen, also sowohl der EU, der USA und der UN, gegen die Islamische Republik Iran würde Folgen nicht nur für das Land selbst haben, sondern sich in zumindest geringem Maße auf die weltweite Wirtschaft auswirken. „Mit seinen etwa 80 Millionen Menschen steht der Iran nur für knapp 1,1 % der Weltbevölkerung. Der Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung fällt mit 1,2 % auch nicht viel höher aus und die Bedeutung Irans beim Welthandel liegt bei nur knapp 0,5 %. Legt man das Verhältnis zwischen dem

²²⁰ Peters Heiko, Rakau Oliver: Iranisches Atomabkommen: Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft, Deutsche Bank Research, 2015, S. 1.

Anteil am globalen BIP und am Welthandel anderer Länder zugrunde, könnte sich der iranische Welthandelsanteil u. U. verdoppeln.“²²¹

6.3 EU-Sanktionen gegen NORD-KOREA

6.3.1 Politische Entwicklung

Am 9. Oktober 2006 meldeten offizielle Stellen im Pjöngjang, dass die Demokratische Volksrepublik Korea erfolgreich einen Atomwaffentest durchgeführt hat.²²²

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sah darin eine eindeutige Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und verabschiedete am 14. Oktober 2006 die Resolution 1718 (2006), die eine Reihe restriktiver Maßnahmen vorsah, „insbesondere ein Verbot der Ausfuhr von Gütern und Technologien, die zu den Nuklearprogrammen oder den Programmen für andere Massenvernichtungswaffen oder für ballistische Flugkörper Nordkoreas beitragen könnten, und der Erbringung damit zusammenhängender Dienstleistungen, ein Verbot der Beschaffung von Gütern und Technologien aus Nord-Korea, ein Verbot der Ausfuhr von Luxuswaren nach Nord-Korea sowie das Einfrieren der Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen der Personen, Organisationen und Einrichtungen, die an den genannten Programmen Nord-Koreas mitwirken oder sie unterstützten.“²²³

Folglich erließ der Rat der Europäischen Union am 27. März 2007 die Verordnung (EG) Nr. 329/2007 über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea. Am 25.05.2009 testete Nord-Korea erneut Atomwaffen.²²⁴

Als Reaktion darauf veranlasste der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Sanktionen gegen das Land und der Rat der Europäischen Union beschloss am 22.12.2009 die Verordnung (EU) 1283/2009. Zahlreichen Pressemeldungen zufolge hat die Demokratische Volksrepublik Korea im Zeitraum 2006–2013 jeweils einzelne Atomtests durchgeführt.

Die aktuell gültigen Sanktionen basieren auf den bereits erwähnten Verordnungen sowie dem EU-Beschluss 2013/183/GASP vom 22. April 2013 und der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1382/2014 der Kommission vom 22. Oktober 2014 zur Änderung der Verordnung (EG) 428/2009 des Rates über eine Gemeinschaftsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr,

²²¹ Peters Heiko, Rakau Oliver: Iranisches Atomabkommen: Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft, Deutsche Bank Research, 2015, S. 1.

²²² Von Randow Gero: Atomtest in Nordkorea, Zeit Online, <http://www.zeit.de/online/2006/41/Atomtest-Nordkorea>, 6.10.2006.

²²³ Steinbrück P.: Verordnung (EG) Nr. 329/2007 des Rates vom 27.März. 2007,(2), Brüssel, S. 1, http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2007.088.01.0001.01.DEU, 22.11.2015

²²⁴ Zeit Online: Weltweite Empörung über Nordkorea, <http://www.zeit.de/online/2009/22/atomst-nordkorea-uno-protest>, 25.05.2009.

der Verbringung, der Vermittlung und der Durchführung von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck. Die Sanktionen umfassen Folgendes:

- Verbot für jegliche technische Unterstützung, Finanzierung, Vermittlung, Versicherung und Rückversicherung hinsichtlich der Lieferung von Militärgütern sowie von Waren, die in den Anhängen I, I a, I b beschrieben sind²²⁵,
- Verkauf-, Export- und Lieferungsverbot von Luxusgütern, die in der „Luxusgüterliste“ (Anhang III) aufgelistet sind,²²⁶

Im Einzelfall kann die nationale Behörde die Ausfuhrgenehmigung für Luxusfahrzeuge (inkl. Zubehör und Ersatzteile) erteilen, wenn diese für humanitäre Zwecke von diplomatischen Missionen oder für internationale Organisationen mit Immunität bestimmt sind,²²⁷

- Handelsverbot für Gold, Diamanten und Edelmetallen, die im Anhang VII aufgelistet sind, sowie die Lieferung von koreanischen Banknoten und Münzen,²²⁸
- Finanzielle Sanktionen für die im Anhang IV gelisteten natürlichen und juristischen Personen. Es ist verboten, ihnen Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen mittelbar oder unmittelbar zur Verfügung zu stellen. Außerdem sind die Gelder dieser Personen in der EG einzufrieren. Artikel 1 Ziffer 5 der Verordnung (EG) Nr. 329/2007 des Rates vom 27. März definiert das „Einfrieren von Geldern“ als „die Verhinderung jeder Form der Bewegung, des Transfers, der Veränderung und der Verwendung von Geldern sowie des Zugangs zu ihnen oder ihres Einsatzes, wodurch das Volumen, die Höhe, die Belegenheit, das Eigentum, der Besitz, die Eigenschaft oder die Zweckbestimmung der Gelder verändert oder sonstige Veränderungen bewirkt werden, die eine Nutzung der Gelder einschließlich der Vermögensverwaltung ermöglichen würde“. Artikel 7 definiert das „Einfrieren von wirtschaftlichen Ressourcen“ als „die Verhinderung jeder Form der Verwendung wirtschaftlicher Ressourcen für den

²²⁵ Vgl. Steinbrück P.: Verordnung (EG) Nr. 329/2007 des Rates vom 27. März. 2007, Art. 2 Ziffer (1) a), Brüssel, S. 3, [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2007.088_.01.0001.01.DEU](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2007.088_.01.0001.01.DEU, 22.11.2015), 22.11.2015 und Carlgren A.: Verordnung (EG) Nr. 1283/2009 des Rates vom 22. Dezember 2009, Art. 3, Brüssel, [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:02009R1283-20091223](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:02009R1283-20091223, 22.11.2015), 22.11.2015.

²²⁶ Vgl. WKO: *Aktueller Stand der Sanktionen gegen Nord-Korea*, https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller_Stand_der_Sanktionen_gegen_Nord-Korea.html, 22.11.2015 und Steinbrück P.: Verordnung (EG) Nr. 329/2007 des Rates vom 27. März. 2007, Art. 5, Brüssel, S. 3, [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2007.088.01.0001.01.DEU](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2007.088.01.0001.01.DEU, 22.11.2015), 22.11.2015.

²²⁷ Vgl. WKO: *Aktueller Stand der Sanktionen gegen Nord-Korea*, https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller_Stand_der_Sanktionen_gegen_Nord-Korea.html, 22.11.2015 und Steinbrück P.: Verordnung (EG) Nr. 329/2007 des Rates vom 27. März. 2007, Art. 5, Brüssel, S. 3, [http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2007.088.01.0001.01.DEU](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2007.088.01.0001.01.DEU, 22.11.2015), 22.11.2015.

²²⁸ WKO: *Aktueller Stand der Sanktionen gegen Nord-Korea*, https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller_Stand_der_Sanktionen_gegen_Nord-Korea.html, 22.11.2015.

Erwerb von Geldern, Waren oder Dienstleistungen, die auch den Verkauf, das Vermieten oder das Verpfänden dieser Ressourcen einschließt“,

- „Vorab- und Frachtkontrolle (VO (EU) Nr. 1283/2009 Art. 3a), Start- und Landeverbot (VO (EU) Nr. 1283/2009 Art. 11 b) – für Flugzeuge, wenn Grund zur Annahme der Beförderung verbotener Güter besteht (Ausnahme für Notlandungen und zur Überprüfung)“.²²⁹

6.3.2 Ökonomische Auswirkungen der Sanktionen

Die ökonomischen Aufzeichnungen der EU bezüglich der Handelsbeziehungen zur Demokratischen Volksrepublik Korea seit der Einführung der Sanktionen im Jahr 2007 überraschen durch die sinusförmige Entwicklung der EU-Importe. Nach einer deutlichen Abnahme um etwa 59 % des Importvolumens im Jahre 2007, das Jahr in dem die Sanktionen eingeführt wurden, war im Jahr darauf laut der von der Generaldirektion Handel der Europäischen Union am 20.10.2015 veröffentlichten Daten ein Zuwachs von 76,2 % zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu wurde 2009 wieder eine Degression von Importen aus Nord-Korea um 54,05 % registriert. Diese Entwicklung könnte sich aufgrund der gespannten politischen Beziehungen zwischen der EU und der Demokratischen Volksrepublik ergeben haben, da Letztere am 25.05.2009 weitere einzelne Atomtests durchgeführt hatte. Auf jeden Fall wurden Ende 2009 die bereits 2007 eingeführten Sanktionen verschärft, so dass für das Jahr 2010 ein starker Rückgang zu erwarten gewesen wäre. Die EU-Aufzeichnungen zeigen aber ein anderes Bild. Demnach verdoppelten sich EU-Importe aus der Demokratischen Volksrepublik Korea im Jahr 2010 und dieser Trend setzte sich auch im Jahre 2011 fort. Bemerkenswert ist der regelrechte Importeinbruch im Jahre 2012 um etwa 80,34 %. Diese Entwicklung ist sehr ungewöhnlich, da Nord-Korea im Zeitraum 2010–2011 keine Atomwaffen mehr getestet hatte und somit eine Situationsentspannung im Jahre 2012 zu erwarten gewesen wäre, die sich auch in den Handelsbeziehungen hätte widerspiegeln sollen.

Da Nord-Korea Ende 2012 und 2013 wieder Atomwaffentests durchführte und die EU den Beschluss 2013/183/GASP vom 22. April 2013 bekannt gegeben hat, wäre damit zu rechnen gewesen, dass im Jahre 2013 das gesamte Handelsvolumen mit Nord-Korea einbricht. Dennoch wurde in dem Jahr eine Erhöhung der Importe um 400 % registriert. Diese auffallende Entwicklung lässt sich dadurch erklären, dass im Jahr 2013 die Sanktionen gegen den Iran die Importe aus dem Land fast zum Erliegen brachten. Deshalb musste die EU ihren Bedarf

²²⁹ WKO: *Aktueller Stand der Sanktionen gegen Nord-Korea*, https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller_Stand_der_Sanktionen_gegen_Nord-Korea.html, 22.11.2015.

an Mineralbrennstoffen, Schmiermitteln und verwandten Erzeugnissen unter anderem auch mit Importen aus Nord Korea decken.

Als Folge der erneuten Atomversuche Nord-Koreas in den Jahren 2012 und 2013 wurden die Sanktionen sowohl 2013 als auch 2014 verschärft. Dies spiegelte sich auch in den Importen wider, die 2014 aus Nord Korea getätigt wurden und die nunmehr einen historischen Negativrekord erreichten.

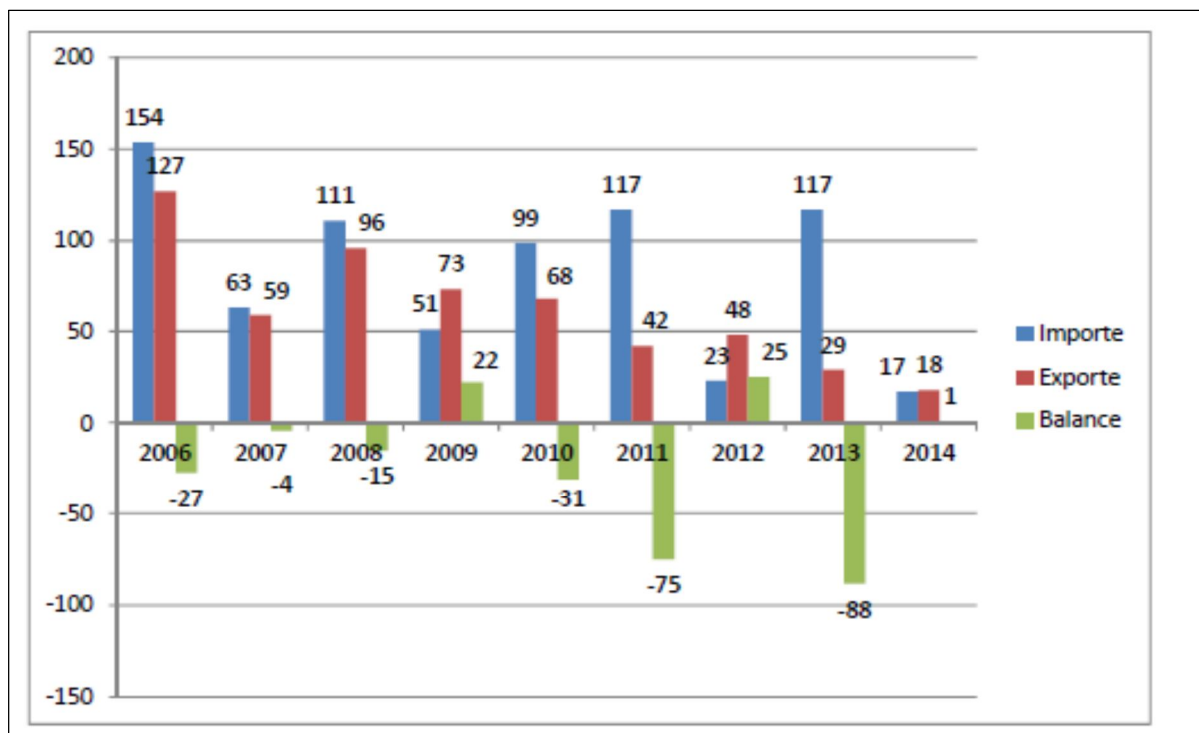


Abbildung 20: Exporte/Importe der EU vor/nach Beginn der Sanktionen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea im Zeitraum 2006–2014, in Mill. €

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an European Union: Trade in goods with North Korea, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113428.pdf, 20.10.2015.

Die EU-Exporte nach Nord Korea im Zeitraum 2007–2014 zeigen, bis auf zwei Ausnahmen im Jahre 2008 und 2012, eine stetige Regression an (Abb. 20). Die Exporterhöhung im Jahre 2008 ist sehr ungewöhnlich, da die EU-Sanktionen bereits 2007 eingeführt wurden und es zu erwarten gewesen wäre, dass diese sich gleich im Jahr darauf auch auf die Exporte auswirken. Die leichte Erholung im Jahre 2012 war zu erwarten, da Nord-Korea 2010 und 2011 keine weiteren Atomtests unternommen hatte. 2014 war das Exportvolumen nur 1 % höher als das der Importe.

Bis auf das Jahr 2009 ist die Bilanz der EU bezüglich der Handelsbeziehungen zu der Demokratischen Volksrepublik Korea immer negativ ausgefallen. Das Tief wurde 2013 erreicht,

als die Bilanz -88 Mio. € betrug. 2014 hat sich die Situation verbessert, wobei Werte knapp über null aufgezeichnet wurden.

Je nach Branche zeigt die Exportsituation verschiedene Entwicklungen auf, wie Abbildung 20 zu entnehmen ist. Demgemäß wurden EU-Exporte von Rohmaterialien im Jahre 2013 eingestellt. Ein Jahr später sind aber doch minimale Handelsaktivitäten auf dem Gebiet festzustellen.

Der Export von Mineralbrennstoffen, Schmiermitteln und verwandten Erzeugnissen wurde während des Zeitraumes 2011–2014 überhaupt eingestellt.

Die Entwicklung der Ausfuhr von Chemikalien und verwandten Produkten zeigte periodische Schwankungen in ihrem Verlauf, denn nach einem Exportzuwachs von etwa 60 % im Jahre 2012 sank diese im nächsten Jahr rapide um 50 % ab. Die Regression hat sich auf 2014 ausgewirkt, allerdings lag diese bei nur 25 Prozent.

Die gleiche Entwicklung hat sich auch auf dem Gebiet der Industriegüter abgezeichnet. Ohne Frage hat sich hier aber die Lage stabilisiert, denn die letzten zwei Jahre zeigen ähnliche Werte.

Sehr bemerkenswert ist die Situation des Exports der Maschinen- und Fahrzeug-Industrie, da trotz bestehender EU-Sanktionen gegen Nord-Korea in diesem Zeitraum die Exporte drei Jahre in Folge zugenommen haben, um dann 2014 rapide um etwa 70 % zu fallen.

Die Ausfuhr verschiedener Fertigwaren hat zwischen 2011 und 2014 konsekutiv abgenommen, wobei auch hier mit einer Stabilisierung der Situation zu rechnen ist, da über die letzten zwei Jahre gleiche Werte aufgezeichnet wurden.

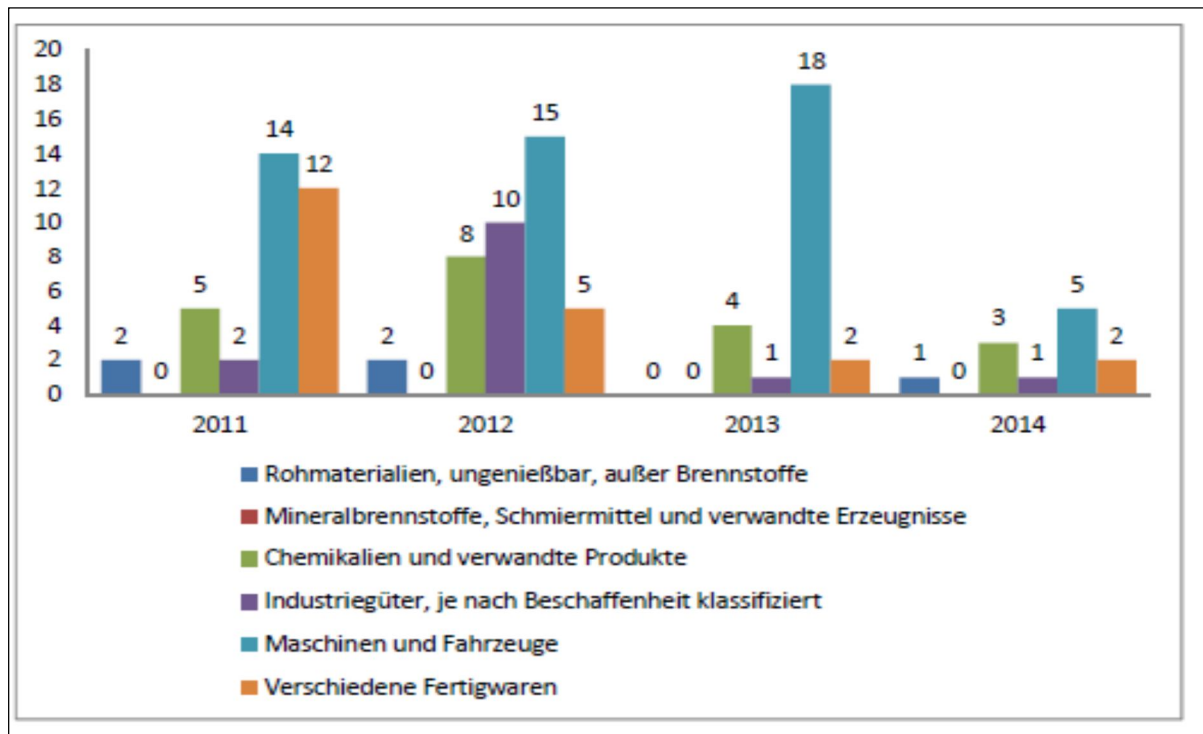


Abbildung 21: EU-Exporte nach Nord-Korea nach Branchen im Zeitraum 2011–2014, in Mio. €

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an European Union: Trade in goods with North Korea, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113428.pdf, 20.10.2015.

Der Entwicklung der von der EU getätigten Importe aus Nord Korea je nach Branche ist zwischen 2011 und 2014 teilweise sehr atypisch verlaufen.

Wie man der Abb. 21 entnehmen kann, zeigten die EU-Importe von Rohmaterialien aus Nord-Korea über den Zeitraum eine periodische Schwankung, allerdings wurden im Jahre 2014 die EU-Importe in diesem Bereich ganz eingestellt.

Der Import von Mineralbrennstoffen, Schmiermitteln und verwandten Erzeugnissen aus Nord-Korea unterlag starken Schwankungen. 2012 kam es zu einem fast absoluten Stillstand der Handelsbeziehungen auf diesem Gebiet. Umso bemerkenswerter ist dann der Importzuwachs im Jahre 2013, der bei etwa 99 % lag. Wie bereits erwähnt, könnte sich diese sehr ungewöhnliche Entwicklung dadurch erklären, dass die EU aufgrund der im Jahre 2012 gegen den Iran erlassenen Sanktionen gezwungen wurde, ihren Bedarf an Mineralbrennstoffen, Schmiermitteln und verwandten Erzeugnissen durch Importe aus Nord-Korea zu decken, was aber nur kurzfristig der Fall war, da im Jahr darauf der Import fast zum Stillstand gekommen ist.

Die Entwicklung der Importe von Chemikalien und verwandten Produkten zeichnet einen konkaven Verlauf. Die Importregression hat sich über zwei Jahre erstreckt und kam 2014 zu ihrem Ende.

Das Volumen von EU-Importen von Industriegütern aus Nord-Korea zeigt eine langsame und stetige Abnahme. Die gleiche Entwicklung betrifft auch die Importe der Maschinen- und Fahrzeug-Industrie sowie die von verschiedenen Fertigwaren.

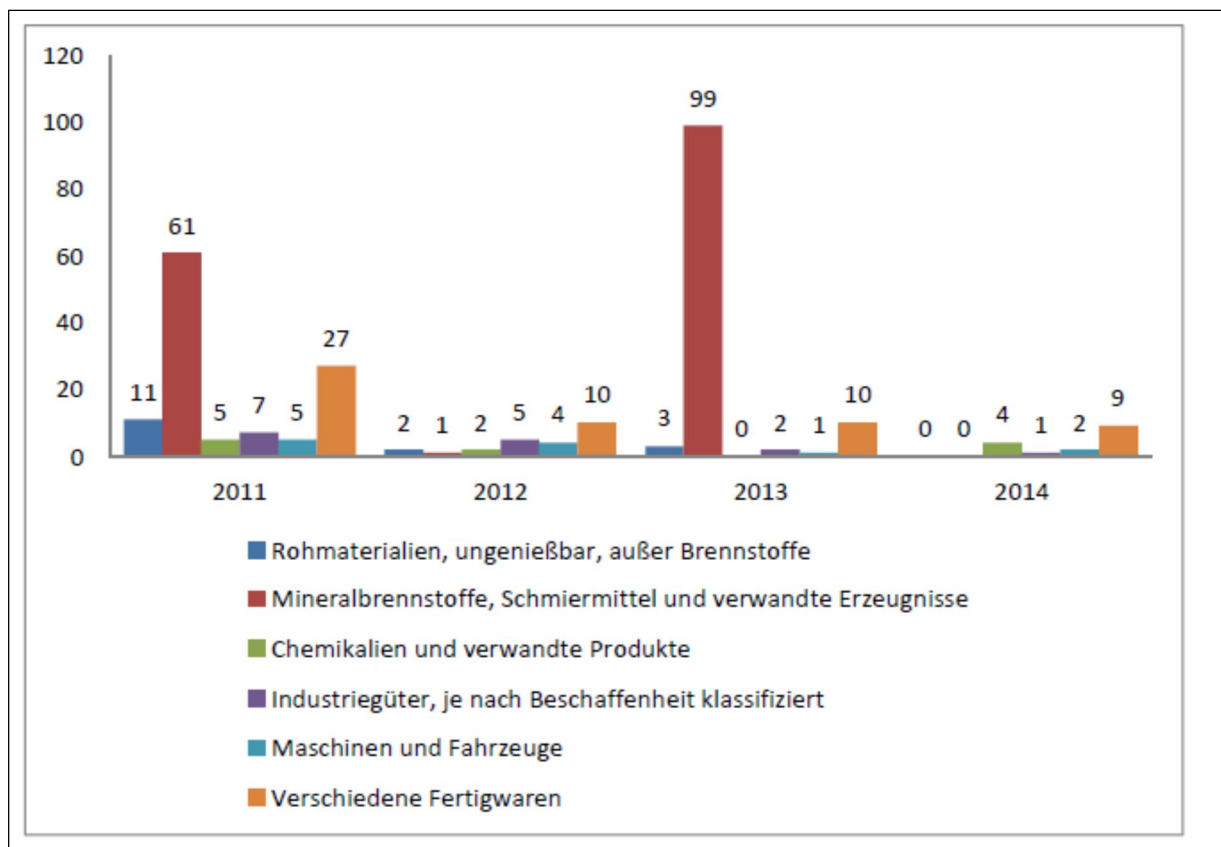


Abbildung 22: EU-Importe aus Nord-Korea nach Branchen im Zeitraum 2011–2014, in Mill. €
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an European Union: Trade in goods with North Korea, http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113428.pdf, 20.10.2015.

7 FAZIT

Da Kernic „die moderne Ökonomie als Wissenschaft [...] als ein Kind der militärischen Gewalt“ betrachtet, womit einhergeht, dass militärische Begriffe wie Strategie, Offensive, Defensive, Zweckrationalität oder Risikomanagement in der Ökonomie verwendet werden, stellt sich die Forschungsfrage, welche Zusammenhänge zwischen den Teilsystemen Wirtschaft und Kriegswesen vorhanden sind und welche Dynamiken sich aus ihnen ergeben können.

Vor diesem Hintergrund verfolgte die vorliegende Arbeit das Ziel, den Begriff des Wirtschaftskrieges zu definieren und dabei Überschneidungen und Abgrenzungen zu den Begriffen der Wirtschaft und des Krieges festzustellen, um auf dieser Basis Maßnahmen der EU im Hinblick darauf zu analysieren, ob sie einen Wirtschaftskrieg darstellen und wie effektiv sie der Wahrung der Interessen der EU dienen. Vor diesem Hintergrund soll auch diskutiert werden, in welchem Verhältnis Sanktionen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen stehen, insbesondere, ob sie diese fördern oder eher verhindern.

Die Resultate der bisherigen theoretischen Erörterungen werden im Folgenden unter Bezugnahme auf die zentralen Begriffe Krieg, Kriegswirtschaft und Wirtschaftskrieg zusammengefasst. Im Anschluss werden Schlüsse aus der empirischen Betrachtung der Sanktionen der EU gegen Russland, den Iran und Nord-Korea gezogen. Abschließend werden die theoretischen und empirischen Erkenntnisse zusammengeführt, um die in der Zielsetzung der Arbeit implizierten Fragen zu beantworten.

Kriege werden in der Wissenschaft nach drei Kriterien erfasst: die beteiligten Parteien, die von ihnen verwendeten Mittel und der von ihnen verfolgte Zweck. Somit ist die allgemein geltende Definition des Begriffes Krieg „das Bemühen menschlicher Kollektive (Staaten, staatsähnliche Machtgebilde oder soziale Großgruppen), machtpolitische, wirtschaftliche oder ideologische Ziele mit den Mitteln organisierter bewaffneter Gewalt durchzusetzen.“²³⁰

Hedley Bull vervollständigt diese Definition, indem er den Krieg als „organized violence carried on by political units against each other“²³¹ beschreibt. Nordstrom baut darauf auf und sieht in dem Krieg selbst einen „politischen Prozess“, der eingesetzt wird, um „spezifische politische Ziele zu erreichen“.²³² Jäger und Beckmann stellen klar, dass jeder Krieg auch die ökonomischen Aspekte aller Kriegsparteien auf „der herrscherlichen, kollektiven und individuellen Ebene“ betrifft.

²³⁰ Johannsen, Margret: Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 5/1995, Hamburg, <http://ifsh.de/pdf/publikationen/pi/PI5.htm>, 05.10.2015.

²³¹ (Bull, 1977) S. 184 in Vasquez John A.: The War Puzzle, Cambridge University Press, 1993, S. 23.

²³² Vgl. Nordstrom Carolyn: Leben mit dem Krieg; Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main, 2005, S. 187.

Gemäß den Forschungsergebnissen lautet die allgemein geltende Definition des Krieges:

*Der Krieg ist ein politischer Prozess menschlicher Kollektive (Staaten, staatsähnliche Machtgebilde oder soziale Großgruppen), der u. a. auch ökonomische Aspekte aller Kriegsparteien auf der hoheitlichen, wirtschaftlichen und individuellen Ebene berührt, um spezifische machtpolitische, wirtschaftliche oder ideologische Ziele mit den Mitteln organisierter Gewalt durchzusetzen.*²³³

Die Erforschung der wichtigsten Kriegstheorien hat ergeben, dass der Krieg nicht nur zerstörerische Wirkung, sondern auch eine treibende Kraft im Bereich des Rechtswesens, der geopolitischen Expansion und der intra- und interkulturellen Entwicklung darstellt. Die Not in der Kriegszeit treibt die Menschen zu neuen Erfindungen bzw. Entdeckungen. Es ist anzunehmen, dass die Verknappung der weltweiten Ressourcen, eine Zunahme von Kriegen, die aus geopolitischen bzw. ökonomischen Gründen geführt werden, bewirken wird.

Die Untersuchung hat weiterhin ergeben, dass die *Kriegswirtschaft* sich nicht nur mit den Bedürfnissen der zivilen Bevölkerung während eines Krieges befasst, sondern auch die hoheitliche Ökonomie bzw. die Volkswirtschaft eines sich im Kriegszustand befindlichen Landes darstellt.

Im Rahmen der Untersuchung wurde festgestellt, dass die Hauptcharakteristik der Kriegswirtschaft, die staatliche Zentrallenkung, im 20. Jahrhundert zu einer Umbildung der Staatsfunktion geführt und dem Staat uneingeschränkte Macht verliehen hat, insbesondere was die Geldumlaufkontrolle, die Rohstoffbewirtschaftung und die Arbeitsverpflichtung der zivilen Bevölkerung anbelangt. Die Kriegswirtschaft hat nicht nur eine Veränderung des Wirtschaftsprozesses, sondern auch neue Produktionskonzepte (Massenproduktion) erschaffen.

Es hat sich zudem herausgestellt, dass auch für den Begriff „Wirtschaftskrieg“ analog zu dem des „Krieges“ keine allgemein gültige Definition zu finden ist. Es gibt verschiedene Ansätze, die jeweils eine andere Begriffsperspektive einfangen. Basierend auf der Literaturlage ist davon auszugehen, dass

der Wirtschaftskrieg alle vorsätzlichen feindseligen schädlichen Maßnahmen wirtschaftlicher Natur des Kriegsführenden umfasst, die nicht nur gegen den Gegner,

²³³ Vgl. *Johannsen, Margret*: Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 5/1995, Hamburg, <http://ifsh.de/pdf/publikationen/pi/PI5.htm>, 05.10.2015. *Stadelmaier Frank, Schweers Philipp, Scholze Markus*: Krieg. Eine Neudefinition; Books on Demand GmbH, Norderstedt, 2013, S.11. *Nordstrom Carolyn*: Leben mit dem Krieg; Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main, 2005, S. 187 *Jäger Thomas, Beckmann Rasmus*: Handbuch Kriegstheorien; Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien GmbH, 1.Auflage, 2011, S.333.

*sondern auch gegen neutrale Staaten gerichtet sind, insofern sie dazu eingesetzt werden, die gegnerische Wirtschaft bzw. Volkswirtschaft zu schwächen.*²³⁴

Eine wichtige Erkenntnis, die sich erst während dieser Arbeit ergeben hat, ist die Tatsache, dass aufgrund aktueller globaler wirtschaftlicher Synergien der Wirtschaftskrieg eine unkompliziertere und wirkungsvollere Methode darstellt, politische Gegner auszuschalten, als der klassische Krieg.

Der *Wirtschaftskrieg im weiteren Sinne* impliziert ein völliges Erliegen der Wirtschaftsbeziehungen der sich bekämpfenden Parteien und ist somit die radikalste Form des Wirtschaftskrieges. Aus diesem Grund wird er oft auch als „heißer Krieg“ bezeichnet. Die Analyse der verschiedenen Formen des Wirtschaftskrieges im weiteren Sinne hat Folgendes ergeben:

Die Wirtschaftsblockade ist streng genommen ein „unzulässiger wirtschaftlicher Zwang“, da „der betroffene Staat gleichsam „abgeschottet“ wird“²³⁵. Obwohl die Blockade sich eines ganzen Maßnahmenspektrums wie „grauer“ und „schwarzer“ Listen bis hin zum Guthabeneinfrieren, zur Einfuhrbegrenzung der Nachbarländer des Gegners, Privateigentumsnationalisierungen und Währungsmaßnahmen bedient, kann sie nicht als Wirtschaftssanktion aufgefasst werden, da sie meistens unter Anwendung bzw. Androhung militärischer Gewalt durchgeführt wird und somit eher als eine „Waffe im Krieg“²³⁶ eingesetzt wird.

Die Analyse der Maßnahme der *Guthabensperren* im Rahmen des Wirtschaftskrieges im weiteren Sinne hat durch die Tatsache überrascht, dass „jede Sperre von ausländischen Guthaben [...] eine Folge [hat], die auf den ersten Blick überraschen mag: die Währung des sperrenden Landes wird nicht mehr gefragt. Diese Erfahrung konnte die Schweiz im Jahre 1941 machen, als sie die türkischen Guthaben in der Schweiz sperrte.“²³⁷

Somit ist anzunehmen, dass eine eventuelle Anwendung dieser Maßnahme in der Praxis unter bestimmten Umständen negative Auswirkungen auf die eigene Wirtschaft des Initiators entwickeln kann.

Die Untersuchung hat ergeben, dass *strategische Bombardements* nicht rechtswidrig sind, solange diese dazu verwendet werden, militärische Ziele zu zerstören. In der Praxis ist es aber oft der Fall, dass unter dem Vorwand, militärische Ziele zerstören zu wollen, Städte und

²³⁴ Vgl. H. Held, in H. J. Schlochauer, WVR Bd 3, S.857(858) in Seifert Hubertus: Die Reparationen Japans, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen, 1871, S. 29. Berber Friedrich: Lehrbuch des Völkerrechts, Bd. 2, Kriege, München und Berlin, 1962, S. 198 in Seifert Hubertus: Die Reparationen Japans, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen, 1971, S. 29.

²³⁵ Vgl. Arnould Andreas von: Völkerrecht; C.F. Müller, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, 2014, S. 370.

²³⁶ Vgl. Eynern Gert: Grundriss der Politischen Wirtschaftslehre, Springer Fachmedien Wiesbaden, 1968, S.203.

²³⁷ Rapport sur les relations financières et commerciales avec la «zone dollar» , Bern, 1945, S. 923.

Wohngebiete bombardiert werden, um eine psychologische Wirkung bei der Zivilbevölkerung zu erreichen. Dieses Vorgehen stellt ein Kriegsverbrechen gem. Art. 8 Abs. 2 b(v) ICC-Statut dar, wurde aber bis dato in allen Kriegen angewendet. Es ist anzunehmen, dass diese Praxis auch weiterhin andauern wird, obwohl kein Krieg nur allein auf Grund systematischen Bombardements gewonnen wurde.

Pre-emptive Buying impliziert das Abkaufen von Gütern im Ausland, um die Versorgung des Gegnerlandes zu erschweren. Dieser Begriff beinhaltet auch vorsorgliche Rohstoffeinkäufe, die dazu dienen, im Krisenfall, z. B. im Falle einer Wirtschaftsblockade, über genug Rohstoffe zu verfügen.²³⁸

Es ist anzunehmen, dass diese Maßnahme im Falle eines Wirtschaftskrieges wirksam ist, da sie zu dem Standard-Instrumentarium der Wirtschaftskriegsführung gehört.

Der *Wirtschaftskrieg im weiteren Sinne* sieht gewaltersetzende Maßnahmen vor und setzt auf eine gewaltfreie Konfliktaustragung. Aus diesem Grund wird diese Wirtschaftskriegsform auch „kalter Krieg“ genannt, dabei tritt sie entweder in Form von Wirtschaftssanktionen oder diplomatischen Sanktionen auf.

Die meisten Formen der *Wirtschaftssanktionen* stellen hoheitliche Maßnahmen dar. Die Untersuchung hat gezeigt, dass, obwohl die Wirtschaftssanktionen dazu verwendet werden, einzelne Staaten unter Druck zu setzen, seit den 90er Jahren diese zunehmend auch gegen Organisationen und Individuen gerichtet werden.

Im Rahmen der Forschungsarbeit hat sich herausgestellt, dass es *direkte* und *indirekte institutionelle Diskriminierungsformen* gibt. Die direkte institutionelle Diskriminierung kann aus formellen, aber auch informellen Handlungen bestehen, die regelmäßig und bewusst ausgeübt werden, um bestimmte Personen, Gruppierungen oder Staaten zu benachteiligen. Die indirekten institutionellen Diskriminierungen, die die gesamten institutionellen Maßnahmen einschließen, bewirken dagegen die gezielte oder unbeabsichtigte Diskriminierung bestimmter Gruppierungen.

Die Tatsache, dass ein *Embargo* lediglich nur als ein „unfreundlicher Akt“²³⁹ angesehen wird, obwohl dessen Maßnahmen dazu bestimmt sind, fremde Staaten unter Druck zu setzen, stellt eine unerwartete Erkenntnis dar. Da es aber keine obligatorischen zwischenstaatlichen Handelsvorschriften gibt, sind Embargos legitim und können nicht nur repressiv, sondern

²³⁸ Vgl. Sell F. Friedrich: Aufgaben und Lösungen in der Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., Springer-Verlag, Berlin Heidelberg, 2013, S. 251.

²³⁹ Birkhauser Noah: Sanktionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gegen Individuen, Peter Lang AG, Europäischer Verlag der Wissenschaften, Bern 2007, S. 11

auch präventiv eingesetzt werden. Somit ist auch die Bezeichnung als „unfreundlicher Akt“ begründet.

Es wurde erkannt, dass das Schiffsembargo als Form von Wirtschaftssanktionen in der Praxis sehr hohen politischen Druck auf den Heimatstaat des beschlagnahmten Schiffes ausüben kann. Dies könnte unter Umständen zu einer Retorsion oder einer Repressalie führen, welche wiederum in einer weiteren Eskalation auf der Konfliktskala resultieren könnte.

Im Rahmen der Forschungsarbeit hat es sich herausgestellt, dass der *Boycott* je nach geographischem Sprachraum unterschiedlich definiert wird. So geht man im anglo-amerikanischen Sprachraum davon aus, dass damit sowohl private als auch hoheitliche Sanktionsmaßnahmen gemeint sind. Im Gegensatz dazu werden im kontinentaleuropäischen Sprachraum unter dem Boycott nur private Wirtschaftssanktionen verstanden, um eine Abgrenzung von dem Begriff Embargo zu erreichen. In der Praxis ist eine wirksame Begriffsabgrenzung nicht unbedingt möglich, da Embargos sich indirekt auch auf den privaten Sektor auswirken.

Die Untersuchung hat ergeben, dass die Einführung *protektionistischer Maßnahmen* in Form von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen es wahrscheinlicher macht, dass das davon betroffene Land Vergeltungsmaßnahmen trifft, und „wenn dieses Land nun als Gegenreaktion einen Zoll einführt (Retorsionszoll), dann entsteht zwischen beiden Ländern ein Handelskrieg.“²⁴⁰

Basierend auf den Forschungsergebnissen ist davon auszugehen, dass sowohl der Krieg als auch der Wirtschaftskrieg politische Prozesse menschlicher Kollektive sind, die ökonomischen Aspekte aller Kriegsparteien auf der hoheitlichen, wirtschaftlichen und individuellen Ebene berühren, um spezifische machtpolitische und wirtschaftliche Ziele mit Mitteln organisierter Gewalt durchzusetzen.²⁴¹

Der Wirtschaftskrieg ist u. a. auch eine „Begleiterscheinung des (militärischen) Krieges (Wirtschaftsnebenkrieg)“.²⁴²

²⁴⁰ Cezanne Wolfgang: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 6. Aufl., Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2005, S.569

²⁴¹ Vgl. *Johannsen, Margret*: Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 5/1995, Hamburg, <http://ifsh.de/pdf/publikationen/pi/PI5.htm>, 05.10.2015. *Stadelmaier Frank, Schweers Philipp, Scholze Markus*: Krieg. Eine Neudefinition; Books on Demand GmbH, Norderstedt, 2013, S.11. *Nordstrom Carolyn*: Leben mit dem Krieg; Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main, 2005, S. 187 *Jäger Thomas, Beckmann Rasmus*: Handbuch Kriegstheorien; Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien GmbH, 1.Auflage, 2011, S.333.

²⁴² Kraus Herbert: Gegenwartsfragen. Völkerrecht, Staatenethik, Internationalpolitik. Ausgewählte kleine Schriften, Holzner-Verlag, Würzburg, 1963, S. 86.

Die *Kriegswirtschaft* befasst sich nicht nur mit den Bedürfnissen der zivilen Bevölkerung während eines Krieges, sondern stellt auch die hoheitliche Ökonomie bzw. die Volkswirtschaft eines sich im Kriegszustand befindlichen Landes dar. So hat die Hauptcharakteristik der Kriegswirtschaft, die staatliche Zentrallenkung, im 20. Jahrhundert zu einer Umbildung der Staatsfunktion geführt, und diesem uneingeschränkte Macht verliehen, insbesondere was die Geldumlaufkontrolle, die Rohstoffbewirtschaftung und die Arbeitsverpflichtung der zivilen Bevölkerung anbelangt. Die Kriegswirtschaft hat nicht nur eine Veränderung des Wirtschaftsprozesses, sondern auch neue Produktionskonzepte (Massenproduktion) bewirkt.

Die Untersuchung hat ergeben, dass die Wirtschaft als ein Schlachtfeld zu betrachten ist, wo sowohl die Unternehmen als auch die einzelnen Staaten einen Krieg gegeneinander führen. Wie im militärischen Krieg wird auch hier Wert auf „die beste Vorbereitung, die schnellsten Bewegungen, der Vorstoß auf feindliches Terrain, gute Verbündete, der Wille zum Sieg“²⁴³ gelegt. Dies ist teilweise nur mit Hilfe der verdeckt durchgeführten Wirtschaftskriege möglich. Im Rahmen dieser Forschungsarbeit wurden nur einige Methoden erläutert, die dazu beitragen, die Ziele des Wirtschaftskrieges zu erreichen.

Die Credit Default Swaps (CDS), die als eine der Hauptformen der Kreditderivate gelten, werden von Staaten, Banken und Industrieunternehmen zur Risikoabsicherung sowie zu Arbitrage- und spekulativen Zwecken eingesetzt. Problematisch ist, dass gerade die ungedeckten CDS zu Spekulationszwecken willkürlich und in großer Zahl emittiert werden können, was „die Kapitalaufnahme von Unternehmen oder Staaten verteuern oder gar unmöglich machen“ kann.²⁴⁴

Die Forschung hat ergeben, dass CDS von Staaten sinnlos sind, da die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Schadenereignisses (Credit Event) minimal ist, „aber der Schaden ist dann immens hoch und liegt oft beim Vielfachen des Eigenkapitals der Versicherung. [...] Bei großen Staaten müsste man also davon ausgehen, dass die Emittenten des CDS ebenfalls Bankrott gehen. So gibt es derzeit die groteske Situation, dass der US-Versicherungsgigant AIG nur durch Staatshilfe am Leben erhalten wird, aber selbst für den Ausfall von Kapitaldienst auf US-Staatsanleihen geradestehen will.“²⁴⁵

Demnach ist anzunehmen, dass Credit Default Swaps (CDS) durchaus als strategischer Raum zu betrachten sind, da sie dazu verwendet werden können, Staaten in den Staats-

²⁴³ Gelbrich Katja, Müller Stefan: Handbuch Internationales Management, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2011, S. 1569

²⁴⁴ Harrer Andreas: Regulierungskonzepte für Leerverkäufe und Credit Default Swaps, Diplomica Verlag GmbH, Hamburg, 2014, S. 35.

²⁴⁵ Farmer Karl (Hrsg.): Die Krise der Weltwirtschaft, 2. Aufl., Lit Verlag Dr. W. Hopf, Berlin, 2012, S. 80.

bankrott zu führen. Dies schließt auch die Herabstufung der Bonität eines Staates durch Ratingagenturen ein; das Rating kann eine „Waffe“ sein, die oft in diesem Zusammenhang eingesetzt wird.

Zudem haben die Forschungsergebnisse gezeigt, dass CDS als Instrumente im Wirtschaftskrieg nicht nur auf hoheitlicher Ebene eingesetzt werden können. Sie stellen eine potentielle Gefahr sowohl für Banken, Institutionen als auch für private Unternehmen dar.

Im Rahmen der Untersuchung wurde festgestellt, dass sich seit dem Ende des Kalten Krieges die militärischen und politischen Spionageziele auf die wirtschaftlichen Handlungen von Staaten und privaten Unternehmen verlagert haben und dass damit das Ziel verfolgt wird, wirtschaftliche Hegemonie im Rahmen der Globalisierung zu erreichen. Sowohl Staaten als auch private Unternehmen bedienen sich neben legalen Methoden auch der Wirtschaftsspionage, die durchaus „eine Frontline eines Wirtschaftskrieges sein“²⁴⁶ kann. Sie wird oft mit der Competitive Intelligence (CI) verwechselt, weshalb in der vorliegenden Arbeit eine Begriffsabgrenzung vorgenommen wurde.

Die Forschung hat ergeben, dass das Erkenntnisziel sowohl der Wirtschaftsspionage als auch der CI die Informationsgewinnung ist, wobei Informationen als „die Teilmenge von Daten, die aufgrund eines Kontextes (z. B. Nutzung für Unternehmung) selektiert, geordnet (i. e. S. analysiert) und verfügbar gemacht werden“²⁴⁷, definiert sind und einen wichtigen Bestandteil des Wirtschaftsprozesses darstellen. Der Zugang zu Informationen kann öffentlich oder beschränkt und Informationen können geheim sein, was impliziert, dass ihre Beschaffung legal oder illegal erfolgen kann.²⁴⁸

Laut der Society of Competitive Intelligence Professionals (SCIP) ist CI „the legal and ethical collection and analysis of information regarding the capabilities, vulnerabilities and intentions of business competitors.“²⁴⁹ CI stellt nicht nur den Prozess, „durch den Informationen über Wettbewerber und das Unternehmensumfeld in Wissen zur Unterstützung strategischer Ent-

²⁴⁶ Gelbrich Katja, Müller Stefan: Handbuch Internationales Management, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2011, S. 1569.

²⁴⁷ Lux Christian, Peske Thorsten: Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage. Analyse, Praxis, Strategie, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2002, S. 17.

²⁴⁸ Vgl. *Tsolkas Alexander, Wimmer Friedrich*: Wirtschaftsspionage und Intelligence Gathering; Springer Fachmedien, Wiesbaden 2013, S. 65. *Kersten Heinrich, Klett Gerhard*: Data Leakage Prevention, Datakontext, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, 2014, S37. *Keuper Frank, Neumann Fritz (Hrsg.)*: Wissens- und Informationsmanagement. Strategie, Organisation und Prozesse, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2009, S. 397. *Knack Robert*: Wettbewerb und Kooperation: Wettbewerberorientierung in Projekten radikaler Innovation, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2006, S.168 und 169. Vgl. auch *Maier*, 1992, S.17.

²⁴⁹ *Miltiadis D. Lytras, Damiani Ernesto, De Pablos Patricia Ordonez*: Web 2.0. The Business Modell, Springer Science+Business Media, LLC, 2009, S. 282.

scheidungen transferiert wird²⁵⁰, dar, sondern bezeichnet auch das Endergebnis (Erkenntnis = engl. Intelligence) dieses Prozesses.²⁵¹

CI basiert auf einem in den 60er Jahren entstandenen Konzept der Central Intelligence Agency (CIA) und sieht die komplexe Analyse sowohl der internen Bereiche des untersuchten Unternehmens wie auch seiner Marktaktivitäten und seiner Stakeholder-Beziehungen, die auch die Leistungen an seine Beschäftigten einschließen, vor, um Innovations- und Unternehmenserfolge zu generieren.

Die Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass Wirtschaftsspionage im Gegensatz zur CI „jede illegale Tätigkeit, deren Ziel die Beschaffung und Verwertung von Informationen über ein Unternehmen oder von Informationen, die in einem Unternehmen benutzt oder gewonnen werden“²⁵², darstellt.

Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz weitet diese Definition aus, indem es zwischen Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung unterscheidet.²⁵³ Demnach ist die Wirtschaftsspionage, die „staatlich gelenkte oder gestützte, von Nachrichtendiensten fremder Staaten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Betrieben“²⁵⁴, während die Konkurrenzausspähung als die „Ausforschung, die ein (konkurrierendes) Unternehmen [aus dem In- oder Ausland, Anmerk. d. Verf.] gegen eine anderes betreibt“²⁵⁵ beschrieben wird und ein Teil der Wirtschaftsspionage ist, der von privaten Organisationen ausgeht. Da beide Erscheinungsformen sich mit der Beschaffung geheimer Informationen beschäftigen, sind „Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung [...] Phänomene, die trotz enormer Auswirkungen kaum eine öffentliche Wahrnehmung erfahren“²⁵⁶.

²⁵⁰ Freibichler Wolfgang: Competitive Manufacturing Intelligence, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006, S. 70.

²⁵¹ Vgl. Lux Christian, Peske Thorsten: Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage. Analyse, Praxis, Strategie, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2002, S. 27 und *Freibichler Wolfgang*: Competitive Manufacturing Intelligence, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006, S. 70.

²⁵² Lux Christian, Peske Thorsten: Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage. Analyse, Praxis, Strategie, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2002, S. 29. Vgl. auch *Maier*, 1992, S.17 und *Knack Robert*: Wettbewerb und Kooperation: Wettbewerberorientierung in Projekten radikaler Innovation, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2006, S. 168.

²⁵³ Vgl. *Eppacher Thomas*: Private Sicherheits- und Militärfirmen: Wesen, Wirken und Fähigkeiten, LIT Verlag GmbH & Co.KG, Wien, 2012, S. 276 und *Lux Christian, Peske Thorsten*: Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage. Analyse, Praxis, Strategie, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2002, S. 29.

²⁵⁴ Kersten Heinrich, Klett Gerhard: Data Leakage Prevention, Datakontext, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GbmH, Heidelberg, 2014, S. 37.

²⁵⁵ Bundesamt für Verfassungsschutz für die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern: Wirtschaftsspionage. Information und Prävention, Vereinigte Verlagsanstalten, Düsseldorf, 2002, S. 6.

²⁵⁶ Eppacher Thomas: Private Sicherheits- und Militärfirmen: Wesen, Wirken und Fähigkeiten, LIT Verlag GmbH & Co.KG, Wien, 2012, S. 276.

Ecole de Guerre Économique (Schule für Wirtschaftskrieg) wurde 1997 von Wehrexperthen und Geheimdienstlern in Paris eingerichtet und ist bis zum heutigen Tag die einzige Schule dieser Art in Europa geblieben,²⁵⁷ an der den Studenten die „Ausbildung in Angriffs- und Verteidigungsmethoden, denen Unternehmen und Regierungen im Wettlauf der Globalisierung ausgesetzt sind“²⁵⁸, vermittelt wird. Nach Ansicht Christian Harbulots, des Leiters der Ecole de Guerre Économique, ist die intelligent eingesetzte Information die schärfste Waffe des Wirtschaftskrieges.²⁵⁹ Demnach soll an der Schule „die Kunst, den Gegner aufzuhalten, und wie man in Konflikten Informationen strategisch einsetzt“²⁶⁰, gelehrt werden. Dabei sollen nur frei zugängliche Informationen aus Datenbanken oder dem Internet genützt und ausgewertet werden.²⁶¹

Im Rahmen der Forschungsarbeit wurde festgestellt, dass obwohl die Schulleitung darauf besteht, den Studenten nur völlig legale Methoden zu vermitteln und nur frei zugängliche Informationen aus Datenbanken oder dem Internet zu verwenden,²⁶² das Ziel der Schule, dass „den Studenten moderne Spionagemethoden vermittelt“²⁶³ werden, und der Umstand, dass sie dort „das Fach Wirtschaftsspionage sogar offiziell studieren und mit einem Master abschließen“²⁶⁴ können, aus dem Gebiet der Legalität hinausführen. Dies liegt darin begründet, dass Wirtschaftsspionage sich mit Beschaffung geheimer und nicht öffentlich zugänglicher Informationen befasst (Abb. 9). Außerdem sollen die Studenten ihr Wissen „in allen Regierungen der EU-Staaten anwenden, denn diese spionieren sich durch ihre Auslandsnachrichtendienste (Deutschland: BND, Großbritannien: M16 bzw. SIS, Frankreich: DGSE etc.)

²⁵⁷ Vgl. *Hack Lothar*: Wie Globalisierung gemacht wird, Edition Sigma, Berlin 2007, S. 23. Und *Gelbrich Katja, Müller Stefan*: Handbuch Internationales Management, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, 2011, S. 1569. Waschinski Gregor: Wirtschaftskrieger; Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/wirtschaftskrieger-hochschule-fuer-hauen-und-stechen-a-470728.html>, 11.03.2007, S.1.

²⁵⁸ Mönninger Michael: Lügengebäude: Der Krieg der Köpfe, Zeit Online, http://www.zeit.de/2003/09/Kriegsschule_09, 20.02.2003, S.1.

²⁵⁹ Waschinski Gregor: Wirtschaftskrieger, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/wirtschaftskrieger-hochschule-fuer-hauen-und-stechen-a-470728.html>, 11.03.2007.

²⁶⁰ Vgl. Mönninger Michael: Lügengebäude: Der Krieg der Köpfe, Zeit Online, http://www.zeit.de/2003/09/Kriegsschule_09, 20.02.2013, S. 2.

²⁶¹ Vgl. Waschinski Gregor: Wirtschaftskrieger, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/wirtschaftskrieger-hochschule-fuer-hauen-und-stechen-a-470728.html>, 11.03.2007.

²⁶² Vgl. Waschinski Gregor: Wirtschaftskrieger, Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/wirtschaftskrieger-hochschule-fuer-hauen-und-stechen-a-470728.html>, 11.03.2007.

²⁶³ Faust A. Dominik: Effektive Sicherheit: Analyse des Systems kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen und Entwurf eines alternativen Sicherheitssystems, Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden 2002, S. 159. Vgl. Wiesel, Michaela: Vorbereitung auf den „Krieg von morgen – Eine Pariser Strategenschmiede besonderer Art, in : F.A.Z., 2., September 1998, S12.

²⁶⁴ Finkenzeller Karin: Französische Geheimdienste haben alle Freiheiten, Zeit Online, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-06/spionage-datenschutz-frankreich/seite-2>, 13. Juni 2015.

auch gegenseitig aus, um etwa bei internationalen Ausschreibungen Vorteile für ihre heimischen Unternehmen herauszuschlagen.“²⁶⁵

Die Beschaffung von geheimen Informationen im Rahmen der Wirtschaftsspionage wird zunehmend von Private-Intelligence-Strukturen (PIS) übernommen, da diese gegenüber den staatlichen Nachrichtendiensten flexible netzwerkartige Strukturelemente aufweisen, „die sich in einer definitorischen, juristischen und gesellschaftspolitischen Grauzone bewegen“²⁶⁶, und den Vorteil haben, dass sie sich als privatwirtschaftliche Unternehmen jederzeit auf das Betriebsgeheimnis berufen können. Außerdem können sie im Fall eines Bekanntwerdens sehr leicht ihren Namen und Adresse ändern oder auch gleich aufgelöst werden.²⁶⁷

Die Untersuchung hat ergeben, dass, sobald ein Konflikt öffentlich kundgetan wird und die Konfliktphase der Polarisierung und Debatten erreicht wurde, die einzelnen Parteien versuchen ihre politische, militärische oder wirtschaftliche Ziele zu verteidigen und diese der Gegenpartei aufzuzwingen.²⁶⁸ Vor dem Hintergrund der Definition des Wirtschaftskrieges ist davon auszugehen, dass im politischen und ökonomischen Bereich bereits in der Phase der Polarisierung und Debatte ein Wirtschaftskrieg angebahnt wird.

Ein Konflikt eskaliert über drei Ebenen, wobei die Konfliktparteien entweder beide als Gewinner hervorgehen, nur eine Partei aus dem Konflikt Vorteile ziehen kann oder auch beide negative Folgen des Konfliktes tragen müssen.

Im Kapitel 6 wurden die aktuellen hoheitlichen Maßnahmen der EU, die im Rahmen ihrer Außenpolitik gegen Länder wie Russland, die Islamische Republik Iran und die Demokratische Volksrepublik Korea eingeleitet wurden, sowie ihre ökonomische Auswirkungen auf die EU selbst behandelt.

Folgende theoretischen Ergebnisse dieser Arbeit liegen der empirischen Untersuchung zugrunde:

Aufgrund aktueller globaler wirtschaftlicher Synergien stellt der Wirtschaftskrieg eine unkompliziertere und wirkungsvollere Methode dar, politische Gegner auszuschalten, als der klassische Krieg.

²⁶⁵ Faust A. Dominik: Effektive Sicherheit: Analyse des Systems kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen und Entwurf eines alternativen Sicherheitssystems, Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden 2002, S. 159 Vgl. *Klfkotte Udo*: Spionage unter Freuden – Die Tätigkeit der Geheimdienste innerhalb der Europäischen Union, in: F.A.Z., 12.01.1998, S.14

²⁶⁶ Blanke Stephan: Private Intelligence. Geheimdienstliche Aktivitäten nicht-staatlicher Akteure, Springer Fachmedien GmbH, Wiesbaden, 2011, S.7.

²⁶⁷ Vgl. Blanke Stephan: Private Intelligence. Geheimdienstliche Aktivitäten nicht-staatlicher Akteure, Springer Fachmedien GmbH, Wiesbaden, 2011, S.10.

²⁶⁸ Vgl. Kaune Alex: Change Management mit Organisationsentwicklung, Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin, 2010, S. 43 f.

Dies impliziert, dass die Maßnahmen des Wirtschaftskriegs Gewalt ersetzende Maßnahmen sind, und setzt eine gewaltfreie Konfliktaustragung voraus. Dabei kann es zu einem völligen Erliegen der Wirtschaftsbeziehungen kommen.

Die eventuelle Anwendung mancher Maßnahmen des Wirtschaftskrieges in der Praxis können unter bestimmten Umständen negative Auswirkungen auf die eigene Wirtschaft des Initiators entwickeln.

Dadurch bedingt, dass das Thema Wirtschaftskrieg sehr umfangreich ist und eine eingehende Untersuchung dieses Gebietes den Rahmen dieser Arbeit überschreiten würde, wurden nur die hoheitlichen Maßnahmen der EU in Form der Wirtschaftssanktionen gegen Länder, die international eine wichtige Rolle spielen untersucht.

Die untersuchten EU-Sanktionen wurden erlassen, um die betroffenen Länder dazu zu bewegen, ihre Einstellungen bzw. Handlungen den EU-Vorstellungen anzupassen. Basierend auf den bereits erarbeiteten Begriffsdefinitionen Krieg und Wirtschaftskrieg können

die EU Sanktionen als ein politischer Prozess menschlicher Kollektive, der schädliche Maßnahmen wirtschaftlicher Natur des Kriegsführenden umfasst, die dazu eingesetzt werden, die gegnerische Wirtschaft bzw. Volkswirtschaft zu schwächen, um "spezifische machtpolitische, wirtschaftliche oder ideologische Ziele"²⁶⁹ durchzusetzen, definiert werden.

Demnach kann abgeleitet werden, dass die EU-Sanktionen Maßnahmen des Wirtschaftskrieges sind, und somit die EU Wirtschaftskriege gegen die betroffenen Länder führt.

Die Annahme, dass es bei einem Wirtschaftskrieg zu einem völligen Erliegen der Wirtschaftsbeziehungen kommen kann, wurde sowohl am Beispiel von Nord-Korea als auch dem der Islamischen Republik Iran bestätigt. Im Fall Russlands bleibt es noch abzuwarten, wie sich die Wirtschaftsbeziehungen entwickeln werden, da die Sanktionen noch nicht vollständig umgesetzt werden konnten.

Die Analyse der jeweiligen Handelsbeziehungen der EU mit den betroffenen Ländern hat ein komplexes Bild gezeigt, obwohl sich die Analyse aufgrund der Vielschichtigkeit der politischen und ökonomischen Situation nur auf wenige Aspekte beschränken musste.

²⁶⁹ Vgl. H. Held, in H. J. Schlochauer, WVR Bd 3, S.857(858) in Seifert Hubertus: Die Reparationen Japans, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen, 1871, S. 29. Berber Friedrich: Lehrbuch des Völkerrechts, Bd. 2, Kriegerrecht, München und Berlin, 1962, S. 198 in Seifert Hubertus: Die Reparationen Japans, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen, 1971, S. 29. Johannsen, Margret: Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 5/1995, Hamburg, <http://ifsh.de/pdf/publikationen/pi/PI5.htm>, 05.10.2015. Stadelmaier Frank, Schweers Philipp, Scholze Markus: Krieg. Eine Neudefinition; Books on Demand GmbH, Norderstedt, 2013, S.11. Nordstrom Carolyn: Leben mit dem Krieg; Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main, 2005, S. 187 Jäger Thomas, Beckmann Rasmus: Handbuch Kriegstheorien; Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien GmbH, 1.Auflage, 2011, S.333.

Im Fall der *EU-Sanktionen gegen Russland* hat die Untersuchung gezeigt, dass in der Praxis die Einführung von Wirtschaftssanktionen unter Umständen die eigene Wirtschaft bzw. Volkswirtschaft treffen kann. Es lässt sich nicht belegen, dass die russische Ölförderungs-Industrie von dem Ausfuhrverbot bestimmter Öl-Ausrüstungen betroffen wurde. Allerdings ist anzunehmen, dass „der Konfrontations-Kurs und die Sanktionen der EU gegen russische Energie-Konzerne vor allem dem Westen selbst [schaden]. Denn Russland hat in China einen neuen starken Partner gefunden.“²⁷⁰ Während die EU finanzielle Verluste wegen entgangener Exporteinnahmen aufgrund der von ihr erlassenen Sanktionen in Kauf nimmt, baut Russland seine Verbindungen zu China aus und verabschiedet ein Gas-Abkommen mit China.²⁷¹

Laut der Schweizer Handelszeitung haben sich die finanziellen EU-Sanktionen nur kurzfristig auf den Rubel ausgewirkt, da bereits neun Monate nach der Einführung der EU-Sanktionen gegen Russland für Rubel und RTX die Kurse wieder stiegen.

Die finanziellen Sanktionen haben gewiss auch für die EU-Mitgliedstaaten Konsequenzen gehabt, allein der größte Tapeten-Konzern Europas, die A. S. Creation Tapeten AG aus Deutschland, hat im Jahre 2014 infolge des schwachen Rubels einen Währungsverlust von über 10,4 Millionen Euro, etwa 15 Prozent des Börsenwerts des Unternehmens, erlitten.²⁷²

Dem Konsens in der Literatur nach sollten Sanktionen keinen großen Zeitraum in Anspruch nehmen, da sonst die Gefahr besteht, dass solche Faktoren wie die eben genannte Eröffnung von Ausweichmärkten ihre Effektivität verhindern. Dies würde implizieren, dass eine Verlängerung der Sanktionen minimale oder keine Auswirkungen auf die Außenwirtschaft Russlands haben könnten. Im Gegensatz dazu würde eine Verlängerung der Sanktionen laut der vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) durchgeführten Hochrechnung die EU unter Umständen „mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze und rund 100 Milliarden Euro an Wertschöpfung kosten“.²⁷³

²⁷⁰ Deutsche Wirtschafts Nachrichten: Russland verabschiedet historisches Gas-Abkommen mit China, <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/04/24/russland-verabschiedet-historisches-gas-abkommen-mit-china/>, 24.04.2015.

²⁷¹ Vgl. Deutsche Wirtschafts Nachrichten: Russland verabschiedet historisches Gas-Abkommen mit China, <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/04/24/russland-verabschiedet-historisches-gas-abkommen-mit-china/>, 24.04.2015.

²⁷² Pröbstl Georg: Russland Sanktion: EU verliert – Anleger steigen ein, Handelszeitung, <http://www.handelszeitung.ch/invest/stocksDIGITAL/russland-sanktion-eu-verliert-anleger-steigen-ein-776197>, 2.05.2015.

²⁷³ Eigendorf Jörg, Maisch Andreas, Steiner Eduard u.a.: Katastrophale Sanktionspolitik der EU gegen Russland. eine Studie der Leading European Newspaper Alliance (Lena), Die Welt, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-putin-verlaengert-sanktionen-gegen-eu/11963876.html>, 19.06.2015.

Der vorliegende Fall zeigt, dass die EU-Sanktionen ihren Zweck nicht erfüllt haben, sondern sich aktuell auch auf die Wirtschaft bzw. Volkswirtschaft der EU negativ auswirken. Wie bereits im Rahmen der Untersuchung gezeigt wurde, leitet die Einführung von Sanktionen als begrenzter wirtschaftlicher Vernichtungsanschlag die dritte Ebene eines Konfliktes ein, auf der eine Lose-lose-Situation besteht.

Im Rahmen der Ausarbeitung wurde festgestellt, dass die *EU-Sanktionen gegen den Iran* entscheidend dazu beigetragen haben, die Handelsbeziehungen zu der Islamischen Republik Iran im Zeitraum 2012–2014 im Vergleich zum Jahr 2011 massiv zu reduzieren.

Das Wiener Abkommen vom 14.07.2015, bei dem Vertreter der EU, des Iran und der P5+1 (die fünf ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien sowie Deutschland) den Atomstreit nach einem 13 Jahre währenden Konflikt beigelegt haben,²⁷⁴ legt die Annahme nahe, dass die langjährigen Sanktionen, entgegen der in Kapitel 4.2.1.2 vertretenen Annahme, dass Wirtschaftssanktionen kurzfristig sein sollten, da sonst sie an Effektivität verlieren, doch gewirkt haben. Zu einer völligen Verwerfung dieser Annahme sollte dies jedoch nicht führen. Es stellt sich zudem die Frage welchen Preis die EU dafür zahlen musste. Abgesehen von den ökonomischen Folgen – den fast zum Erliegen gekommenen Handelsbeziehungen der beiden Länder –, spielen auch immaterielle Schäden eine wichtige Rolle. Die Sanktionen haben das Vertrauen der Beteiligten für lange Zeit in Mitleidenschaft gezogen und diese sogenannten kollateralen Schäden könnten sich als Hürde im Annäherungsprozess erweisen. Auch hier wurde bestätigt, dass Sanktionen negative Folgen für alle Beteiligten haben.

Die *EU-Sanktionen gegen Nord-Korea* dauern seit 2007 an und haben zu einer Einstellung der Handelsbeziehungen der Beteiligten geführt. Die Untersuchung hat gezeigt, dass Sanktionen auf verschiedenen Fronten aufeinander abgestimmt werden müssen. Denn die Einführung der EU-Sanktionen gegen den Iran hat den Kauf von Mineralbrennstoffen, Schiermitteln und verwandten Erzeugnissen aus Nord-Korea im Jahre 2013 notwendig gemacht. Dies deutet darauf hin, dass Staaten und Staatenbünde eine Art Sanktionsportfolio führen müssen, in dem sie den Einsatz von Sanktionen nicht nur nach Maßgaben des Einzelfalls entscheiden, sondern die Wechselwirkungen zwischen Sanktionen berücksichtigen.

Die in Kapitel 4.2.1.2 vertretene Annahme, dass Wirtschaftssanktionen kurzfristig sein sollten, da sonst sie an Effektivität verlieren, erscheint im Fall von Nord-Korea plausibel. So hat

²⁷⁴ Vgl. Die Presse: Die Eckpunkte des „Wiener Abkommens“, <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4776899/Die-Eckpunkte-des-Wiener-Abkommens>, 14.07.2015 und Löwenstein Stephan: Ein Zeichen der Hoffnung für die ganze Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/atomverhandlungen-im-iran-historisches-abkommen-13701607.html>, 14.07.2015.

– trotz des oben erwähnten Ankaufs von Materialien im Jahr 2013 – eine ökonomische Starre eingesetzt, bei der etliche ökonomische Beziehungen der Beteiligten zum Erliegen gebracht wurden. Eine solche Eskalation von Sanktionen kann bedeuten, dass der Konflikt nicht mehr unter Wahrung der Interessen von zumindest einer der Konfliktparteien gelöst werden kann, womit eine Lose-lose-Situation entstanden ist.

Aufgrund der begrenzten Informationen ist es schwierig, die Effektivität von Sanktionen genau zu erfassen. Basieren auf den Forschungsergebnissen kann aber davon ausgegangen werden, dass Wirtschaftssanktionen eingeschränkt und nur für kurze Zeit wirksam sind, da die Beteiligten sich bei längeren Sanktionen anderen Handelspartnern zuwenden. Da sie Gewalt ersetzende Maßnahmen darstellen und eine gewaltfreie Konfliktaustragung voraussetzen, stellen Wirtschaftssanktionen als Maßnahmen des Wirtschaftskrieges eine für Staaten diplomatisch, wirtschaftlich und humanitär vertretbare Methode dar, dem politischen Gegner gegenüber die eigenen spezifischen „machtpolitische[n], wirtschaftliche[n] oder ideologische[n] Ziele [...] durchzusetzen“²⁷⁵.

Die Forschungsergebnisse lassen darauf schließen, dass der Wirtschaftskrieg, auch wenn er keine Gewalt anwendet, die gleichen Ziele wie der Krieg verfolgt. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass der Wirtschaftskrieg zumindest potentiell eine Vorstufe des klassischen Krieges ist, die jedoch unter Umständen einen militärischen Konflikt verhindern kann, da die Gegner vorzeitig mit den ökonomischen Folgen eines offenen Konfliktes konfrontiert werden und auf diesem Weg vielleicht dazu bewegt werden, eine Lösung zu erarbeiten. Ob der Wirtschaftskrieg genau so wirkungsvoll wie der klassische Krieg ist, lässt sich im Rahmen dieser Arbeit nicht belegen. Wird aber davon ausgegangen, dass ein klassischer Krieg zusätzlich auch humane Verluste nach sich zieht, sollte ein Wirtschaftskrieg, bei dem dies nicht oder in eingeschränktem Maße der Fall ist, als Alternative zum klassischen Krieg in Betracht gezogen werden, wobei die Annahme nicht zu vergessen ist, dass auch dieser unter Umständen wiederum zu einem klassischen Krieg führen kann.

²⁷⁵ Vgl. H. Held, in H. J. Schlochauer, WVR Bd 3, S.857(858) in Seifert Hubertus: Die Reparationen Japans, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen, 1871, S. 29. Berber Friedrich: Lehrbuch des Völkerrechts, Bd. 2, Kriegerrecht, München und Berlin, 1962, S. 198 in Seifert Hubertus: Die Reparationen Japans, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen, 1971, S. 29. Johannsen, Margret: Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Ausgabe 5/1995, Hamburg, <http://ifsh.de/pdf/publikationen/pi/PI5.htm>, 05.10.2015. Stadelmaier Frank, Schweers Philipp, Scholze Markus: Krieg. Eine Neudefinition; Books on Demand GmbH, Norderstedt, 2013, S.11. Nordstrom Carolyn: Leben mit dem Krieg; Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main, 2005, S. 187 Jäger Thomas, Beckmann Rasmus: Handbuch Kriegstheorien; Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien GmbH, 1.Auflage, 2011, S.333.

Literaturverzeichnis

- Albers, W. (1982). *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft*. Stuttgart: Gustav Fischer.
- Alexy (Hrsg.), R. (2005). *Juristische Grundlagenforschung: Tagung der Deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Ankenbrand, T. W. (2011). *Transatlantic Trade and Investment Partnership - TTIP*. Hamburg: Diplomica Verlag GmbH.
- Anon. (1939). *Englands Maske ist gefallen*. Düsseldorf: Völkischer Verlag.
- Arnould, A. v. (2014). *Völkerrecht*. Heidelberg: C.F. Müller, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH.
- Ashton, C. (2011). *Verordnung (EU) Nr. 359/2011 des Rates vom 12. April 2011*. Brüssel.
- Ashton, C. (2012). *Verordnung (EU) Nr. 267/2012 des Rates vom 23. März 2012*. Brüssel.
- Ashton, C. (2014). *Beschluss 2014/145/GASP des Rates vom 17. März 2014*. Brüssel.
- Ashton, C. (2014). *Verordnung (EU) Nr.42/2014 vom 20. Januar 2014*. Brüssel.
- Auernheimer (Hrsg), G. (2013). *Schief lagen im Bildungssystem*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Barroso, J. M. (2014). *Verordnung (EU) 1382/2014 der Kommission vom 22. Oktober 2014*. Brüssel.
- Becker, H. P. (2009). *Investition und Finanzierung. Grundlagen der betrieblichen Finanzwirtschaft*. Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH.
- Birkhauser, N. (2007). *Sanktionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gegen Individuen*. Bern: Peter Lang AG, Europäischer Verlag der Wissenschaften.
- Blanke, S. (2011). *Private Intelligence. Geheimdienstliche Aktivitäten nicht-staatlicher Akteure*. Wiesbaden: Springer Fachmedien GmbH.
- Braml Josef, R. T. (2010). *Einsatz für den Frieden: Sicherheit und Entwicklung in Räumen begrenzter Staatlichkeit*. München: R. Oldenbourg.
- Bretton, H. L. (1986). *International Relations in the Nuclear Age*. New York: State University of New York Press.
- Buschmann, B. (1998). *Unternehmenspolitik in der Kriegswirtschaft und in der Inflation*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

- Carlsgren, A. (2009). *Verordnung (EG) Nr. 1283/2009 des Rates vom 22. Dezember 2009*. Brüssel.
- Cezanne, W. (2005). *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*. Oldenbourg: Wissenschaftsverlag GmbH.
- Clausewitz, C. v. (2014). *Vom Kriege*. Hamburg: Nikol Verlagsgesellschaft mbH & Co.KG.
- Csendes Peter, O. F. (2006). *Wien: Geschichte einer Stadt*. Wien: Böhlau Verlag GmbH und Co.KG.
- Dahm, G. (2002). *Völkerrecht*. Berlin: De Gruyter Rechtswissenschaften Verlags-GmbH.
- Deutscher, B. (24.04.2014). *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sevim Dagdelen, Jan van Aken, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE*. Berlin: Drucksache 18/1063.
- Diekmann Florian, G. M. (07.08.2014). *Russische Importverbote: Milch, Fleisch, Gemüse - so hart treffen die Sanktionen*. Moskau: Spiegel Online.
- DNE. (26.03.2014). *Russland-Reaktion. Helmut Schmidt nennt Sanktionen "dummes Zeug"*. Handelsblatt.
- Eigendorf Jörg, M. A. (19.06.2015). *Katastrophale Sanktionspolitik der EU gegen Russland*. Die Welt.
- Eppacher, T. (2012). *Private Sicherheits- und Militärfirmen: Wesen, Wirken und Fähigkeiten*. Wien: LIT Verlag GmbH & Co.KG.
- Extembrink, S. (2011). *Der siebenjährige Krieg (1756-1763)*. Berlin: Akademie Verlag GmbH.
- Eynern, G. (1968). *Grundriß der politischen Wirtschaftslehre*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Farmer (Hrsg.), K. (2012). *Die Krise der Weltwirtschaft*. Berlin: Lit Verlag Dr. W. Hopf.
- Faust, D. A. (2002). *Effektive Sicherheit: Analyse des Systems kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen und Entwurf eines alternativen Sicherheitssystems*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Franz von Liszt, M. F. (1925). *Das Völkerrecht*. Berlin: Verlag von Julius Springer.
- Freibichler, W. (2006). *Competitive Manufacturing Intelligence*. Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH.
- Frithjof, E. (2013). *Das völkerrechtliche Demokratiegebot*. Tübingen: Mohr Siebeck.

- Gadow-Stephani, I. v. (2006). *Der Zugang zu Nothäfen und sonstigen Notliegeplätzen für Schiffe in Seenot*. Berlin Heidelberg: Springer-Verlag.
- Gadow-Stephani, I. v. (2006). *Der Zugang zu Nothäfen und sonstigen Notliegeplätzen für Schiffe in Seenot*. Berlin Heidelberg: Springer-Verlag.
- Geer, J. S. (1961). *Der Markt der geschlossenen Nachfrage*. Berlin: Hans Winter Buchdruckerei.
- Geißler, C. (14.11.2003). *Informationen werden zur Waffe*. Manager Magazin.
- Gelbrich Katja, M. S. (2011). *Handbuch Internationales Management*. Oldenbourg: Wissenschaftsverlag GmbH.
- Gelbrich Katja, W. S. (2008). *Erfolgsfaktoren des Marketing*. München: Verlag Franz Vahlen.
- Gozi, S. (31.07.2014). *Beschluss 2014/512/GASP des Rates*. Brüssel.
- Gozi, S. (31.07.2014). *Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates*. Brüssel.
- Groitzl, G. (2015). *Strategischer Wandel und zivil-militärischer Konflikt*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Haas Hans-Dieter, N. S.-M. (2006). *Internationale Wirtschaft: Rahmenbedingungen, Akteure, räumliche Prozesse*. Oldenbourg: Wissenschaftsverlag GmbH.
- Häberle, S. (2008). *Das neue Lexikon der Betriebswirtschaftslehre*. Oldenbourg: Wissenschaftsverlag GmbH.
- Hack, L. (2007). *Wie Globalisierung gemacht wird*. Berlin: Edition Sigma.
- Harrer, A. (2014). *Regulierungskonzepte für Leerverkäufe und Credit Default Swaps*. Hamburg: Diplomata Verlag GmbH.
- Hecknig, C. (19.07.2015). *Die Amerikaner behandeln uns wie Vasallen*. Zeit Online.
- Hockerts, H. G. (2012). *Akten der Reichskanzlei: Regierung Hitler 1933-1945*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH.
- Holzing Stephan, W. U. (2009). *Im Namen der Öffentlichkeit. Litigation - PR als strategisches Instrument bei juristischen Auseinandersetzungen*. Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH.
- <http://diepresse.com/home/politik/eu/4766782/Griechenland-Die-USA-sind-schon-seit-44-Jahren-insolvent>,. (04.11.2015).
- Isensee Josef, K. P. (2012). *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*. Heidelberg: C. F. Müller Verlagsgruppe.

- Jäger Thomas, B. R. (2011). *Handbuch Kriegstheorien*. Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien GmbH.
- Jäger, T. (. (2015). *Handbuch Sicherheitsgefahren*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Johaannsen, M. (1995). *Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*. <http://ifsh.de/pdf/publikationen/pi/PI5.htm>: 05.10.2015.
- Kalousek, M. (2009). *Verordnung (EG) Nr. 428/2009 des Rates vom 5. Mai 2009*. Brüssel.
- Kaune, A. (2010). *Change Management mit Organisationsentwicklung*. Berlin: Erich Schmidt Verlag GmbH & Co.
- Kernic, F. (2001). *Sozialwissenschaften und Militär*. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag GmbH.
- Kersten Heinrich, K. G. (2014). *Data Leakage Prevention*. Heidelberg: Datakontext, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH.
- Kireev, M. (06.08.2014). *Vergeltung für Sanktionen: Putin verhängt Importstopps- und schadet Russlands Bürgern*. Moskau.
- Knack, R. (2006). *Wettbewerb und Kooperation: Wettbewerberorientierung in Projekten radikaler Innovation*. Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH.
- Kraus, H. (1963). *Gegenwartsfragen. Völkerrecht, Staatenethik, Internationalpolitik. Ausgewählte kleine Schriften*. Würzburg: Holzner-Verlag.
- Ladeur, K.-H. (2006). *Der Staat gegen die Gesellschaft*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Leslie Jonathan, M. R. (2014). *Losing Billions - The Cost of Iran Sanctions to the U. S. Economy*. Washington D. C.: National Iranian American Council (NIAC).
- Lindemann, J. H. (1997). *Untersuchung, Festhalten und sofortige Freigabe ausländischer Seehandelsschiffe*. Hamburg: Lit Verlag.
- Löwenstein, S. (14.07.2015). *Ein Zeichen der Hoffnung für die ganze Welt*. Frankfurter Allgemeine Zeitung.
- Lux Christian, P. T. (2002). *Competitive Intelligence und Wirtschaftsspionage. Analyse, Praxis, Strategie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Mar, B. L. (2001). *Menschliche Kommunikation im Medienzeitalter*. Berlin Heidelberg: Springer-Verlag.
- Mayer, D. (2012). *Die Zukunft der Währungsunion. Chancen und Risiken des Euros*. Berlin: Lit Verlag Dr. W. Hopf.

- Meck, G. (2012). *The Deutsche: Investmentbanker an der Macht*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Menk, T. M. (1992). *Gewalt für den Frieden*. Berlin: Duncker&Humblot GmbH.
- Micic, P. (2003). *Der ZukunftsManager*. Freiburg i. Br.: Rudolf Haufe Verlag GmbH & Co. KG.
- Miltiadis D. Lytras, D. E. (2009). *Web 2.0. The Business Modell*. Springer Science+Business Media, LLC.
- Mönninger, M. (2003). *Lügengebäude: Der Krieg der Köpfe*. Zeit Online.
- Mucksch, H. (1998). *Datenschutz und Datensicherung in Klein- und Mittelbetrieben*. Wiesbaden: Springer Fachmedien GmbH.
- Mühlmann, H. (2013). *Europa im Weltwirtschaftskrieg*. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Neumann Fritz (Hrsg.), K. F. (2009). *Wissens- und Informationsmanagement. Strategie, Organisation und Prozesse*. Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH.
- Nigsch, O. (2012). *Regierung und Gouvernance*. Berlin: Pro Business GmbH.
- Nordstrom, C. (2005). *Leben mit dem Krieg*. Frankfurt/Main: Campus Verlag GmbH.
- Olbrich, A. (2012). *Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten der Kategorie "Fortgeführte Anschaffungskosten" nach IFRS 9*. Lohmar-Köln: Josef EUL Verlag GmbH.
- Peters Heiko, R. O. (2015). *Iranisches Atomabkommen: Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft*. Frankfurt am Main: Deutsche Bank Research.
- Portela, C. (29.01.2015). *EU-Sanktionen im Focus*. Innsbruck: Universität Innsbruck iPoint.
- Prakash, C. (2008). *Theories of International Relations*. New Dehli: Vikas Publishing House PVT LTD.
- Presse, D. (30.07.2014). *Russland kündigt Europa höhere Energiepreise an*. <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/3847025/Russland-kündigt-Europa-hoehere-Energiepreise-an>.
- Pröbstl, G. (2.05.2015). *Russland Sanktionen: EU verliert - Anleger steigen ein*. Handelszeitung.
- Rapport sur les relations financières et commerciales avec la «zone dollar»* . (1945). Bern.
- Rose, N. (2012). *Migration als Bildungsherausforderung*. Bielefeld: Transcript Verlag.

- Schlitt (Hrsg.), M. (2014). *Finanzierungsstrategien im Mittelstand*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Schlochauer, H.-J. (1962). *Wörterbuch des Völkerrechts*. Berlin: Verlag Walter de Gruyter & Co.
- Schmoeckel, M. (2008). *Rechtsgeschichte der Wirtschaft*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schneider, H. C. (1999). *Wirtschaftssanktionen: die VN, EG und Bundesrepublik Deutschland als konkurrierende Normgeber beim Erlass paralleler Wirtschaftssanktionen*. Duncker und Humboldt.
- Schöbener(Hrsg.), B. (2014). *Völkerrecht: Lexikon zentraler Begriffe und Themen*. Heidelberg: C. F. Müller, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Rehm GmbH.
- Schotten, G. (2007). *Wirtschaftssanktionen der Vereinten Nationen im Umfeld bewaffneter Konflikte*. Berlin: Wissenschafts-Verlag GmbH.
- Schriftsatz des OKW-Sonderstabs "Handelskrieg und Wirtschaftl. Kampfmaßnahmen*. (1940).
- Schuller, K. (10.03.2015). *Ein Jahr Krim-Annexion: Die befohlene Landnahme*. FAZ.net.
- Seifert, H. (1971). *Die Reparationen Japans*. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH.
- Sell Friedrich L., K. S. (2013). *Aufgaben und Lösungen in der Volkswirtschaftslehre*. Berlin Heidelberg: Springer-Verlag.
- Stadelmaier Frank, S. P. (2013). *Krieg. Eine Neudefinition*. Norderstedt: Books on Demand GmbH.
- Stahel, A. A. (1993). *Luftverteidigung - Strategie und Wirklichkeit*. Verlag der Fachvereine.
- Steinbrück, P. (2007). *Verordnung (EG) Nr. 329/2007 des Rates vom 27.März 2007*. Brüssel.
- Sun Tzu, P. G. (2007). *Die Kunst des Krieges*. Neuenkirchen: RaBaKa Publishing.
- Többens, H. W. (2000). *Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung in Deutschland*. Neue Zeitschrift für Strafrecht.
- Tsolkas Alexander, W. F. (2013). *Wirtschaftsspionage und Intelligence Gathering*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Vasquez, J. A. (1993). *The War Puzzle*. Cambridge: University Press.
- Verfassungsschutz, B. f. (2002). *Wirtschaftsspionage. Information und Prävention*. Düsseldorf: Vereinigte Verlagsanstalten.

- Voigt, R. (2005). *Weltordnungspolitik*. Wiesenbaden: Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlag GmbH.
- Wagner, B. (2004). *Business ist wie Krieg führen*. Frankfurt/Main: Eichborn Verlag.
- Waschinski, G. (11.03.2007). *Wirtschaftskrieger*. Spiegel Online.
- Weber, K. P. (1956). *Die Pflichtlagerhaltung und ihre Finanzierung in der Schweiz*. Winterthur Keller.
- Wigg, R. (2005). *Churchill and Spain. The survival of the Franco regime, 1940-45*. New York: Taylor&Francis e-Library.
- Wilhelm, A. (2006). *Außenpolitik: Grundlagen, Strukturen und Prozesse*, Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH.
- Will, M. (2010). *Selbstverwaltung der Wirtschaft*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Wüpper, G. (20.07.2013). *USA kontrollieren die Informationsgesellschaft*. Die Welt.
- Wurll, H. (1928). *Die forstlichen Nebennutzungen in der deutschen Kriegswirtschaft*. Buchdruckerei des Pestalozziwaisenhauses.
- Zimmermann, V. (2007). *Leiden verwehrt Vergessen: Zwangsarbeiter in Göttingen und ihre medizinische Versorgung in den Universitätskliniken*. Wallstein Verlag.

[http://bazonline.ch/ausland/europa/Wer-kauft-Frankreich-die-Kriegsschiffe-ab/story/16199342,](http://bazonline.ch/ausland/europa/Wer-kauft-Frankreich-die-Kriegsschiffe-ab/story/16199342)

<http://derstandard.at/2000004076026/Putin-reagiert-Russland-verhaengt-Import-Verbote>

<http://derstandard.at/2000012757010/Europaeische-Zeitungsallianz-fuer-Artikelaustausch>

<http://derstandard.at/2000025667812/EU-duerfte-Sanktionen-gegen-Russland-verlaengern>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/04/24/russland-verabschiedet-historisches-gas-abkommen-mit-china>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/06/19/ein-desaster-russland-sanktionen-gefaehrden-zwei-millionen-jobs-in-europa/>

<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/3847025/Russland-kündigt-Europa-hohere-Energiepreise-an>

<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4776899/Die-Eckpunkte-des-Wiener-Abkommens>

<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4821059/EU-verlaengert-Sanktionen-gegen-Russland>

<http://diepresse.com/home/politik/eu/4766782/Griechenland-Die-USA-sind-schon-seit-44-Jahren-insolvent>

http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/4616075/Medwedjew_Sanktionen-kosten-EUWirtschaft-90-Mrd-Euro

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX:32014R0269>

http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2014.229.01.0013.01.DEU

http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2007.088.01.0001.01.DEU

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:02009R1283-20091223>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:088:0001:0112:DE:PDF>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:088:0001:0112:DE:PDF>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2014:015:0018:0021:DE:PDF>

<http://ifsh.de/pdf/publikationen/pi/PI5.htm>

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113392.pdf

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113440.pdf

http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/europa_cee/4645215/Deutsche-Exporte-nach-Russland-2014-um-6-Milliarden-Euro-gesunken

http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/europa_cee/4744561/EUExporteure-verlieren-Marktanteile-in-Russland

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Iran/Bilateral_node.html

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/atomverhandlungen-im-iran-historisches-abkommen-13701607.html>

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/jahrestag-der-krim-annexion-die-befohlene-landnahme-13473235.html>

<http://www.faz.net/aktuell/politik/bundesregierung-stoppt-ruestungsexporte-nach-russland-12907832.html>

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/russland-reaktion-helmut-schmidt-nennt-sanktionen-dummes-zeug/9669636.html>

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-putin-verlaengert-sanktionen-gegen-eu/11963876.html>

<http://www.handelszeitung.ch/invest/stocksDIGITAL/russland-sanktion-eu-verliert-anleger-steigen-ein-776197>

<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/karriere/a-273967.html>

<http://www.salzburg.com/nachrichten/welt/politik/sn/artikel/historische-einigung-in-wien-atom-abkommen-mit-iran-steht-157713/>

<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/wirtschaftskrieger-hochschule-fuer-hauen-und-stechen-a-470728.html>

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/vergeltung-fuer-sanktionen-putins-schadet-russlands-wirtschaft-a-984847.html>

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/experte-aus-deutschland-nach-russland-brechen-wegen-sanktionen-ein-a-999871.html>

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/russland-so-hart-trifft-der-import-stopp-fuer-milch-gemuese-fleisch-a-984977.html>

<http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/standard/RussenKrise-gefaehrdet-ueber-zwei-Millionen-Jobs-in-Europa/story/11479767>

<http://www.uibk.ac.at/ipoint/news/2015/eu-sanktionen-im-fokus.html.de>

<http://www.welt.de/wirtschaft/article118230995/USA-kontrollieren-die-Informationsgesellschaft.html>

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/welt/weltpolitik/780364_Iran-hat-Atomabkommen-mit-dem-Westen-ratifiziert.html

http://www.zeit.de/2003/09/Kriegsschule_09

<http://www.zeit.de/2015/27/christian-harbulot-schule-fuer-den-wirtschaftskrieg>

<http://www.zeit.de/online/2006/41/Atomtest-Nordkorea>

<http://www.zeit.de/online/2009/22/atomst-nordkorea-uno-protest>

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-06/spionage-datenschutz-frankreich/seite-2>

https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller_Stand_der_Sanktionen_gegen_Russland_und_die_Ukrai.html

<https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Embargos/Aktueller-Stand-der-Sanktionen-gegenueber-dem-Iran.html>

Selbstständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht.

Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Mittweida, den 2. Dezember 2015

Elena Daniela Sarau, M.A., B.A.